Mittwoch, 27. Juni 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 148 - 26.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 13 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Nicaragua: Für das Haushaltsjahr 1985 hat der US-Kongreß jetzt endgültig jede weitere Hilfe für die gegen das nicaraguanische Regime kämpfenden „Contras" untersagt. Im mexikanischen Manzanillo nahmen derweil Vertreter der USA und Nicaraguas offizielle Gespräche auf. (S. 8)

Asyl: Einem Exilkroaten, der sich zur Zeit in jugoslawischer Haft befindet, ist vom Bundesverwaltungsgericht in Berlin Asyl zugebilligt worden. Der Mann hatte zuletzt 1974 einen Asylantrag gestellt, war aber trotzdem nach Jugoslawien abgeschoben worden. (S. 4)

Durchsuchung: Im Zusammenhang mit der Spendenaffäre hat die Staatsanwaltschaft erneut die Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) und der Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP) durchsucht. (S. 4)

Argentinien: Der frühere Junta-Chef Viola ist verhaftet worden. Er hatte Ende der 70er Jahre das direkte militärische Eingreifen bei der „Eliminierung marxistischer Elemente" angeordnet.

Italien: Eine Woche nach der Europawahl, bei der die KP zur stärksten Partei Italiens aufrückte, haben die Kommunisten bei den Regionalwahlen auf Sardinien Verluste hinnehmen müssen. Stärkste Einzelpartei wurde die Democrazia Cristiana. (S. 4)

Abrüstung: Die USA haben der Sowjetunion angeboten, die Verhandlungen auch in vertraulichem Rahmen wiederaufzunehmen, falls es Moskau zu „peinlich" sei, nach Genf zurückzukehren, sagte Vize-Außenminister Burt vor dem Kongreß in Washington.

Golfkrieg: US-Verteidigungsminister Weinberger sieht kein baldiges Ende des Kriegs zwischen Iran und Irak. Er glaube eher, daß es bald zu „einer der schrecklichsten Infanterieschlachten seit dem ersten Weltkrieg" kommen könnte. Beide Seiten hätten an der Front insgesamt eine Million Soldaten zusammengezogen.

Heute: Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit berät über Zahlungen für mittelbar vom Metall-Streik Betroffene.

An die Leser der WELT

Trotz der andauernden Streikaktionen der IG Druck erscheint die WELT auch heute mit 16 Seiten. Ein größerer Umfang ist leider nicht möglich. Wir bitten unsere Leser und Inserenten um Verständnis. Verlag und Redaktion DIE WELT

WIRTSCHAFT

Gewinn gestiegen: Die Bundespost erzielte im vergangenen Jahr bei einem Umsatz von 44,2 Milliarden DM einen Gewinn von 2,2 Milliarden gegenüber 1,7 Milliarden 1982. (S. 9)

VEBA: Nach einem glänzenden Abschluß 1983 erwartet der Konzern für das laufende Geschäftsjahr ein noch besseres Ergebnis. Im ersten Quartal '84 konnte der Überschuß nach Steuern mit 119 Millionen DM gegenüber dem Vorjahreszeitraum fast verdoppelt werden. (S. 11)

Milliardenüberschuß: Die Bundesanstalt für Arbeit befindet sich gegenwärtig in einer über Erwarten guten finanziellen Lage, berichtet die Bundesbank. Falls durch den Arbeitskampf nicht größere Belastungen entstehen, sei für 1984 mit einem Überschuß zwischen zwei und drei Milliarden DM zu rechnen.

Börse: An den Aktienmärkten kam es zu Kurssteigerungen auf breiter Front. Der Rentenmarkt war nur wenig verändert. WELT-Aktienindex 145,7 (144,6). Dollarmittelkurs 2,7952 (2,8073) Mark. Goldpreis pro Feinunze 369,00 (369,25) Dollar.

KULTUR

Michel Foucault: Der französische Philosoph und Historiker ist im Alter von 57 Jahren in einer Pariser Klinik gestorben.

Burgtheater: Nur ein mäßiger Erfolg war Rudolf Noelte mit seiner Inszenierung von Schillers „Maria Stuart" am Wiener Burgtheater beschieden. Noeltes pessimistische Sicht der Geschichte stand Schillers Gegenbild eines „Triumphs des Sittlichen" im Wege. (S. 15)

ZITAT DES TAGES



»Was sollen eigentlich die Deutschen in der DDR von uns Deutschen in der Bundesrepublik halten, wenn wir eine Protestpartei so stark machen, die das sicherlich ferne Ziel der Wiedervereinigung aufkündigt.«

Irmgard Adam-Schwaetzer, Mitglied des FDP-Präsidiums, zur Forderung der Grünen, das Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz zu streichen
FOTO: SANDEN/DPA

SPORT

UEFA: Der 66 Jahre alte Franzose Jacques Georges wurde in Paris auf dem 17. Kongreß der Europäischen Fußball-Union zum Präsidenten gewählt.

Tennis: Andreas Maurer, Hans-Dieter Beutel und Sylvia Hanika sind bereits in der ersten Runde des Wimbledon-Turniers in London ausgeschieden. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Discovery: Der Start der dritten US-Raumfähre ist gestern in Cap Canaveral zum zweiten Mal gescheitert. Die drei Triebwerke fielen kurz nach der Zündung aus. Am Montag hatte der Start wegen eines Fehlers im Ersatz-Computer neun Minuten vor dem Abheben unterbrochen werden müssen.

Doppelmord: Einer der schwierigsten Kriminalfälle der Berliner Nachkriegsgeschichte – der Mord an zwei jungen Berlin-Besucherinnen aus Norwegen vom März 1982 – ist aufgeklärt. Nach tagelangen Verhören hat ein 23jähriger Kellner die Bluttat gestanden. (S. 16)

Wetter: Heiter bis wolkig, kaum Niederschlag. 17 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Läßt Ost-Berlin Frauen früher in den Westen reisen?

Spekulationen über SED-Pläne / Nach Honecker will Sindermann kommen

WERNER KAHL, Bonn

In der „DDR"-Führung gibt es offenbar Überlegungen, das Reisealter für Frauen in den Westen von 60 auf 45 Jahre zu senken. Eine solche Entscheidung, so vermuten politische Beobachter, wäre für Ost-Berlin mit relativ geringen Risiken verbunden: Frauen würden mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder zu ihren Familien zurückkehren.

Ferner werden in den SED-Gremien Vorschläge geprüft, die Zahl der Anlässe, zu denen „DDR"-Bewohner unterhalb des Rentenalters in dringenden Familienangelegenheiten nahe Angehörige im Westen besuchen können, zu erweitern. Dagegen ist nach den Informationen aus Ost-Berlin nicht beabsichtigt, generell eine großzügige Reiseregelung zuzulassen.

Die Bundesregierung geht von einem Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im Herbst aus. In Bonn wurde gestern davon gesprochen, daß nach Honecker auch mit einer Visite des „Volkskammer"-Präsidenten Horst Sindermann gerechnet wird. Voraussetzung wäre allerdings die Klärung offener Fragen zwischen dem Bundestag und der „Volkskammer", so zum Beispiel über den Status der Bundestagsabgeordneten aus West-Berlin.

Erste Ergebnisse des Ostberliner Entscheidungsprozesses erwartet die Bonner Opposition „in Kürze". In die Beratungen drüben sei „neue Bewegung" gekommen, meinte ein Spitzenpolitiker der SPD.

Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU, Eduard Lintner,

SEITE 3:
Zwischen Angst und Hoffnung

äußerte gegenüber der WELT Zweifel, „ob es angesichts des innenpolitischen Drucks in der DDR ausreicht, bei Frauen das Reisealter zu senken". Nur Ost-Berlin könne die zugespitzte Situation bereinigen. Dazu gehörten „zwei Dinge: ausreichende Besuchsmöglichkeiten schaffen, auf die sich die Bevölkerung in Mitteldeutschland verlassen kann; ferner Personen, die Ausreiseanträge stellen, nicht zu bedrohen oder zu bestrafen und sie damit nur zu Verzweiflungsschritten zu treiben."

Wegen des Zustroms Zufluchtsuchender „DDR"-Bewohner sind nach Angaben der Bundesregierung in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin die Grenzen des Vertret- und Verkraftbaren erreicht. Die Ständige Vertretung hat deshalb, wie die WELT berichtete, den Zugang für „DDR"-Besucher stark eingeschränkt. Besucher gelangen nur noch in einen sehr kleinen Vorraum zwischen zwei Türen im Eingangsbereich. Dort können sie ihr Anliegen vortragen. Die innere Tür an der Pförtnerloge und damit der Zugang zu den Räumen in der Vertretung selbst ist geschlossen worden. Am Montag befanden sich rund ein Dutzend Personen im Vorraum. Sie konnten durch eine Trennscheibe mit einem Beamten der Vertretung sprechen. Vor dem Gebäude wurde kurz nach 12 Uhr ein Mann, der sich geweigert hatte, „DDR"-Polizisten seinen Ausweis zu zeigen, zu Boden geworfen und angeblich mit Fußtritten mißhandelt.

DER KOMMENTAR

Mittelweg

GÜNTHER BADING

Georg Leber hat mit seinem Einigungsvorschlag die Rückkehr zur bewährten Tarifpolitik vergangener Jahre empfohlen. Und er hat zugleich Neuland betreten. Bewährt – weil er anknüpft an den Grundsatz, daß die Tarifautonomie zwar einen Einigungszwang enthält, ein tragbarer Kompromiß aber nur zustandekommt, wenn der Zwang durch den Einigungswillen abgelöst wird. Leber hat die Reduzierung der Verhandlungen auf die Forderung nach Kapitulation der jeweiligen Gegenseite beendet. Gerade das hatte die Verhandlungen so lange blockiert. Sein Kompromißvorschlag wird beiden Seiten gerecht: Die Gewerkschaften bekommen den Einstieg in die kürzere Wochenarbeitszeit – aber ohne den Stufenplan bis zur 35-Stunden-Woche; die Arbeitgeber die von ihnen favorisierte flexible Arbeitszeitgestaltung. Und das ist Neuland.

Die Gewerkschaften waren seit Jahrzehnten gewohnt, Tarifregelungen durchzusetzen, die immer für alle Beschäftigten zu gelten hatten. Ob Automobilwerker oder Montiererin in der Fernseh-Herstellung – vier Prozent mehr Lohn hießen vier Prozent für alle Beschäftigten der Branche. Mit dem Leber-Plan kommt auf die Gewerkschaft ein Rahmenabkommen zu, das erst betrieblich ausgestaltet werden muß. Einführung neuer Technologien in den Betrieben trifft nicht alle Beschäftigten gleichermaßen. Die flexible Handhabung der Arbeitszeit, „sozialverträglich" im Rahmen eines Tarifvertrages, kann den Fortschritt „sozial beherrschbar" machen, wie es die IG Metall seit langem verlangt.

Kompromißwillen haben die Arbeitgeber im Tarifkonflikt schon sehr bald mit ihrem Angebot gezeigt, das auch die 38-Stunden-Woche enthielt, wenn auch nur für einen Teil der Beschäftigten. Eingelenkt aber hat auch die IG-Metall-Spitze. Ihr zweiter Vorsitzender Franz Steinkühler, dessen Versuche zur Politisierung des Arbeitskampfes nach wie vor Kritik verdienen, hat zu Beginn der besonderen Schlichtung das Signal gegeben: Er rief seinen fast vergessenen Plan einer „Durchschnitts-Arbeitszeit" ins Gedächtnis und hat damit den Weg für das Differenzierungsmodell Lebers erst gangbar gemacht.

London erhält Milliarden zurück

Trotz langer Diskussion keine neuen Zukunftsperspektiven für die EG

LÜKE/HADLER, Fontainebleau

Die Frage des britischen EG-Beitrages erwies sich auch beim zweitägigen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Fontainebleau bei Paris als schwierigster Verhandlungspunkt. Die Konferenz wurde auch aus diesem Grund bis in die Abendstunden des Dienstag verlängert. Es bestand nur Einigkeit darüber, daß Großbritannien für 1984 eine feste Rückerstattung in Milliardenhöhe erhält.

Von 1985 an soll die Beitragsermäßigung nach einer Prozentzahl errechnet werden. Dabei werden die britischen Zahlungen aus der Mehrwertsteuer mit den Finanzrückflüssen aus Brüssel verrechnet. Von diesem Saldo fordert Margaret Thatcher mehr als zwei Drittel zurück.

Durch die intensive Finanzdiskussion ließ sich auch diesmal die Absicht des französischen Staatspräsidenten Mitterrand nicht verwirklichen, vor allem Zukunftsperspektiven für die Gemeinschaft zu entwickeln. Absehbar war nur die Gründung von drei Kommissionen:

1. Eine deutsch-französische Kommission zum Abbau der Grenzkontrollen.

Mitterrand und Bundeskanzler Kohl kamen bei ihrem traditionellen gemeinsamen Frühstück nämlich zu

SEITE 3:
Fontainebleau mit viel Sonne

der Auffassung, daß die bisherigen Fortschritte in diesem Bereich absolut unzureichend seien. Kohls künftiger persönlicher Beauftragter in dieser Kommission wird Kanzleramtschef Schreckenberger sein.

2. Eine Kommission auf EG-Ebene zur Verwirklichung des „Europas der Bürger".

Der Auftrag, den die Regierungschefs dieser Arbeitsgruppe geben, reicht von Maßnahmen zur Erleichterung des freien Warenverkehrs über die Einführung einer Europaflagge und des schon seit Jahren versprochenen Europapasses bis hin zu europäischen Sportmannschaften und einem europäischen Fernsehen.

3. Eine Kommission soll die politische Union Europas vorantreiben. Dazu hatte Mitterrand bereits Ende Mai in Straßburg Vorschläge gemacht.

Weitere Themen des Gipfels waren der deutsche Alleingang bei den Agrarsubventionen und die Nachfolge des Präsidenten der EG-Kommission. Die Regierungschefs waren bemüht, den Agrarstreit nicht wieder neu zu entfachen. Über die Nachfolge für Gaston Thorn sollen jetzt unter der kommenden irischen Präsidentschaft Gespräche geführt werden. Der potentielle deutsche Kandidat Kurt Biedenkopf stieß in anderen Ländern auf erhebliche Reserve.

Reagan verärgert über Zinsanstieg in den USA

sbt. / DW. Washington

In den USA steigen die Zinsen, wie befürchtet, weiter. Führende Großbanken setzten die Prime Rate, den eigentlichen Leitzins, zum viertenmal seit Mitte März um 0,5 Prozent herauf. Damit erreichte der Preis für kurzfristige Kredite an erste Adressen 13 Prozent – der höchste Satz seit Oktober 1982. Die Konsequenz ist ein noch teurerer Dollar und eine Verschärfung der internationalen Schuldenkrise.

Wiederum hat der Markt die stets optimistischen Zinsprognosen der Reagan-Administration konterkariert. Ernst zu nehmende Wall-Street-Analysen sehen auch jetzt noch kein Ende des Aufwärtstrends. Nach ihrem Urteil kann die Prime Rate bis Dezember auf 13,5 bis 14 Prozent klettern. Genannt werden diese Gründe: Die „Abschlagszahlung" auf das Haushaltsdefizit, die der Kongreß noch in dieser Woche endgültig verabschieden will, ist völlig unzureichend; enttäuschend sind die halben Maßnahmen. So werden in vier Jahren die Einnahmen nur um insgesamt 50 Milliarden Dollar erhöht, zum Beispiel durch die Schließung von Steueroasen. In derselben Zeitspanne werden die Ausgaben (ohne Verteidigung) lediglich um elf Milliarden Dollar gesenkt.

Präsident Reagan soll auf die Zinserhöhung stark verärgert reagiert haben, weil er die Maßnahme außenpolitisch als großen Nachteil für die Schuldnerländer der Dritten Welt ansehe und innenpolitisch mit dem Verlust von Stimmen für seine Wiederwahl am 6. November rechnen müsse.

Seite 9: Schuldnerländer kritisieren

Leber-Plan: 38,5 Stunden und mehr Lohn

gba. Bonn

Auf der Grundlage des Einigungsvorschlags der beiden Schlichter im Metall-Tarifkonflikt haben IG Metall und Arbeitgeber gestern in Ludwigsburg getrennt in erweiterten Verhandlungskommissionen über eine Beendigung des seit mehr als sechs Wochen andauernden Streiks in der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbadens beraten. Der Einigungsvorschlag, der vom stimmberechtigten Schlichter Georg Leber vorgelegt, aber auch von dem durch die Arbeitgeber benannten, nicht stimmberechtigten Schlichter Professor Bernd Rüthers mitgetragen wurde, sieht eine Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden vor. Sie soll allerdings erst zum 1. April 1985 wirksam werden. Für das laufende Jahr schlägt Leber, ehemaliger Bundesminister und früherer Vorsitzender der IG Bau, Steine, Erden, einen reinen Lohn-Abschluß vor. Vom 1. Juli 1984 an sollen die Löhne und Gehälter um 3,3 Prozent erhöht werden. Für die sogenannten „Nullmonate" vom Auslaufen des bisherigen Tarifvertrags mit dem 31. Januar bis zum Juli schlägt Leber eine Einmalzahlung von 250 Mark vor. Wenn am 1. April 1985 die Arbeitszeit auf 38,5 Wochenstunden verkürzt wird, soll als Lohnausgleich dafür 3,9 Prozent mehr Einkommen bezahlt werden. Gleichzeitig soll als Lohnerhöhung für das Jahr 1985 und die ersten drei Quartale 1986 – der Vertrag wäre erstmals kündbar zum 1. Oktober 1986 – eine Lohnerhöhung von zwei Prozent bezahlt werden. Die Tarifparteien enthielten sich zunächst jeder Wertung.

Seite 8: Lebers Plan

Walesa: 40 Prozent wählten nicht

Damit sieht der Führer der Gewerkschaft „Solidarität" sein Mandat bestätigt

DW. Danzig

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat in Danzig mitgeteilt, daß nach den Zählungen der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" mehr als 40 Prozent der Wahlberechtigten nicht an den Gemeindewahlen vom 17. Juni teilgenommen haben. Dies habe ihm „die echten Wünsche und gesellschaftlichen Forderungen" der Polen bewußt werden lassen, betonte er. Es verpflichte ihn eindeutig, auf seinem Posten des Führers der „Solidarität" zu bleiben. Die Behörden hatten behauptet, die Wahlbeteiligung habe bei 75 Prozent gelegen.

Der im Untergrund aktive „Solidaritäts"-Führer Zbigniew Bujak schätzte die Anzahl derjenigen, die den Urnen ferngeblieben, auf zehn Millionen, während es nach offiziellen Angaben höchstens 6,5 Millionen waren. Wie die Gewerkschaft ermittelte, lag die Wahlbeteiligung in mehreren Großstädten erheblich unter den offiziellen Zahlen: In Warschau betrug sie 57,4 Prozent (offiziell 71 Prozent), in Danzig 47 Prozent (offiziell 68 Prozent), in Krakau 48,2 Prozent (offiziell 64 Prozent) und in Kattowitz 57,7 Prozent (offiziell 78 Prozent).

Lech Walesa führte weiter aus, er müsse sich jetzt „aus Treue zu meinem Mandat" um die im Abkommen vom August 1980 festgelegte offizielle Zulassung unabhängiger Gewerkschaften bemühen. Im Interesse einer „optimalen Lösung" sei er an einer Fortsetzung der Verhandlungen mit den Behörden bereit. Nach Freilassung der politischen Gefangenen würde er aber auch sein Mandat als Verhandlungsführer und seinen Platz an der Spitze der „Solidarität" abgeben.

Unter den politischen Häftlingen befinden sich die drei „Solidaritäts"-Führer Andrzej Gwiazda, Marian Jurczyk und Jan Rulewski, die im Herbst 1981 beim einzigen Kongreß der unabhängigen Gewerkschaft gegen Walesa für den Posten des Vorsitzenden kandidiert hatten. Walesa verwies darauf, daß seine seit Verhängung des Kriegsrechts inhaftierten Kollegen am meisten gelitten hätten.

In einem Schreiben an die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat das Provisorische Koordinationskomitee der „Solidarität" den offiziellen Gewerkschaften Polens Unfähigkeit und Abhängigkeit von den Behörden vorgeworfen. Das Komitee fordert in dem Schreiben zu weiterem internationalen Druck auf die polnische Führung auf, um die Wiederzulassung unabhängiger Gewerkschaften zu erreichen. Die „Solidarität" kämpfe immer noch mit Zehntausenden Aktivisten „gegen den überwältigenden Druck des totalitären Staates auf jedem Gebiet des gesellschaftlichen Lebens". Den Staatsgewerkschaften wird darin Fälschung ihrer Mitgliederzahl vorgeworfen.

Meteor II, das Schiff der Zukunft

DIETER THIERBACH, Bonn

Der hohe Leistungsstandard der deutschen Meeresforschung soll – nach dem Willen von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber – auch in Zukunft gesichert bleiben. Mit ihrem Antrag an den Haushaltsausschuß, die Mittel für den Neubau des Forschungsschiffs Meteor II freizugeben, hat die Bundesregierung einer dringenden Empfehlung der Senatskommission für Ozeanographie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) entsprochen.

Die neue Meteor soll 1986 für 99 Millionen DM vom Stapel der Lübecker Schlichting-Werft laufen. Die späteren Betriebskosten, auf rund sechs Millionen Mark pro Jahr geschätzt, teilen sich zu 70 Prozent die Deutsche Forschungsgemeinschaft und zu 30 Prozent das Bundesministerium für Forschung und Technologie. An neuen Forschungsaufträgen für das schwimmende Labor mangelt es nicht: Das Fahrtprogramm ist bereits bis in die 90er Jahre ausgebucht.

Die Schwerpunkte der deutschen Hochseeforschung liegen dabei in den europäischen Schelfmeeren, im offenen Nordatlantik einschließlich der subtropischen Gebiete des Mittelmeeres, in den küstennahen und äquatorialen Gebieten und im Bereich der Polarfronten und der Antarktis. Der Ersatzbau trägt den Anforderungen der verschiedenen Fachdisziplinen Rechnung. Dazu zählen Ozeanographie, maritime Biologie, Meereschemie, Luftchemie, Meteorologie, Geophysik und Geologie.

Die Meteor II wird die stolze Länge von 92 Metern aufweisen. 3500 kW dieselelektrische Leistung verhelfen ihr zu 14 Knoten Reisegeschwindigkeit; die Reichweite ist auf 10 000 Seemeilen ausgelegt. Das „Schiff der Zukunft" hat Platz für 32 Besatzungsmitglieder und 28 Wissenschaftler. *Schiffstechnisch* soll beim Entwurf des Ersatzbaues der letzte Stand der Technik berücksichtigt werden: Zur exakten Ortsbestimmung dient eine integrierte Navigationsanlage, die Schiffsort, Kurs und Geschwindigkeit mit größtmöglicher Genauigkeit ermittelt, anzeigt und registriert.

Der Einbau von automatischen, für den wachfreien Maschinenbetrieb erforderlichen Anlagen ist vorgesehen. Auch neuere Möglichkeiten zur Antriebsverbesserung, wie das sogenannte „Grimmsche Leitrad", ein vor der Schiffsschraube leer mitlaufender zweiter Propeller, sorgen für mehr Schub beim Schiff und sparen rund zehn Prozent an Energiekosten ein. Schließlich wird die Einsatzmöglichkeit von Rettungssatelliten auf dem Schiff geprüft.

Die 1962/63 gebaute, noch in Diensten stehende Meteor ist nicht nur wegen der Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Arbeitstechniken an Bord überholt. Selbst mit einer *fachspezifischen Modernisierung* wäre man den Anforderungen an ein modernes Forschungsschiff nicht gerecht geworden. So wird z.B. der Treibstoff in den Tanks aus Stabilitätsgründen schwimmend auf Ballastwasser gelagert. Die beim Spülen der Behälter vom Schiff ausgehende Umweltverschmutzung soll nicht länger hingenommen werden. Eine Generalüberholung der Meteor hätte nach Angaben des Forschungsministeriums unter Berücksichtigung aller Wünsche der beteiligten Wissenschaftler Kosten in Höhe von 73 Millionen Mark verursacht.

Die „alte" Meteor wird voraussichtlich - unter der Flagge des Deutschen Hydrographischen Instituts - im Oktober 1985 ihre letzte Fahrt antreten, um sich in der iberischen Tiefsee der Tiefenbiologie zu widmen. Der Vertrag mit der DFG läuft mit ihrer 69. Fahrt zum Jahresende aus.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zivilschutz

Von Eberhard Nitschke

Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung am 3. Juli 1980, *also zur Zeit der sozial-liberalen Koalition*, einstimmig aufgefordert, „die Zivilschutzgesetzgebung zu vereinfachen und zu verbessern“. Das Zivilschutzgesetz und das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes *sollten* zu diesem Zweck zusammengefaßt werden.

Jetzt ist der erste Schritt in dieser angestrebten Richtung erfolgt: Alle Bundesländer und alle mit Zivilschutz in Verbindung stehenden Organisationen haben in diesen Tagen aus dem Bundesinnenministerium den „Vorläufigen Referentenentwurf“ erhalten – 67 Schreibmaschinenseiten mit noch einmal 79 Schreibmaschinenseiten Begründung.

Ein erstes Echo auf die Sendung ist schon zurückgekommen. Die Stellungnahmen aller Empfänger sollen bis zum 25. August in Bonn vorliegen, im Dezember 1984 soll dann der Gesetzentwurf ins Kabinett. Zwischen Lesen und Tat liegt also die berühmte „Sommerpause“; die Frist scheint manchen zu kurz. Aber das Bundesinnenministerium hat schon deutlich gemacht, daß bei einer zwar lebenswichtigen, aber immer wieder vertagten Angelegenheit das Gesetz der Trägheit dem Gesetz des Handelns zu weichen habe.

Katastrophen und *Beinahe-Katastrophen in der täglichen* Umwelt haben die Bevölkerung gegenüber einem Zivilschutzgesetz sensibler gemacht, das eben nicht auf den „großen Knall“ *abgestellt ist, sondern auf die praktischen Erfordernisse* in jeder die Bevölkerung gefährdenden Situation. Die bisherige Zersplitterung des Zivilschutzrechtes, so wird im Bundesinnenministerium betont, habe dazu geführt, daß nur noch Fachleute den Überblick über die Gesamtmaterie haben. Der Zivilschutz sei jedoch darauf angewiesen, daß er von der Bevölkerung akzeptiert werde. Das betreffende Recht sei durch „ein geschlossenes, allgemeinverständliches Werk“ darzustellen.

Es wird interessant sein, wie die SPD, die 1980 den Auftrag zu seiner Niederschrift gab, sich jetzt bei Lieferung einstellen wird. Es gibt nach zuverlässigen Informationen nichts im Text, was nicht bestellt war. Es gibt allerdings inzwischen SPD-Regierungen in den Ländern, die anders aussehen als 1980.

Feuer von links

Von Heinz Barth

Man merkt: Es ist Wahljahr in den USA. Die Reagan-Administration *tut ihr Äußerstes, um mit der Sowjetführung*, die Igelstellung hinter den Kremlmauern bezog, noch vor der Novemberwahl ins Gespräch zu kommen.

Was ist das Äußerste? Wohl doch die ungewöhnliche Bereitschaft des Weißen Hauses, vertraulich Kontakte über die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen zu pflegen, die Moskau seit der Stationierung der ersten Mittelstrecken-Raketen in Europa sabotiert. Vor dem Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses ermunterte Richard Burt, für Europa zuständiger Vize-Außenminister der USA, die Sowjets, es doch einmal mit der oft bewährten Geheimdiplomatie zu versuchen, *falls ihnen die offene Rückkehr nach Genf*, gegen die sie sich festgelegt haben, peinlich sein sollte.

Soviel Sorge, daß der Kreml nicht an Gesicht verliert, war bislang nicht die Spezialität Ronald Reagans. Moskau hat eine Reihe von Gründen, nicht auf dieses Angebot einzugehen. Daß Gespräche über das zentrale Problem, das beide Supermächte trennt, der Weltöffentlichkeit verborgen bleiben könnten, glaubt man wohl nicht einmal im Weißen Haus. Mit Geheimdiplomatie ist die Sowjetführung so wenig zu verlocken wie mit der kürzlichen Offerte eines Gipfeltreffens Reagan–Tschernenko, das dem Kreml schon aus Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Generalsekretärs zu diesem Zeitpunkt nicht opportun erscheinen kann.

Es ist nicht nur die sowjetische Weigerung, dem Präsidenten *Wahlhilfe zu leisten, die für die absehbare Zukunft den Dialog* der Großmächte blockiert. Es ist auch die Durchsichtigkeit, mit der die Reagan-Berater ihre unseriös wirkende Werbung *um die Sowjetunion in die Präsidentschaftskampagne* einflechten. So irritiert es die liberale „Washington Post“, die sich sonst an Entspannungsfreudigkeit von niemand übertreffen *läßt*, daß Reagan bei den Aufwärmungsübungen seiner Ostpolitik neuerdings das Reizthema Sacharow fallenläßt.

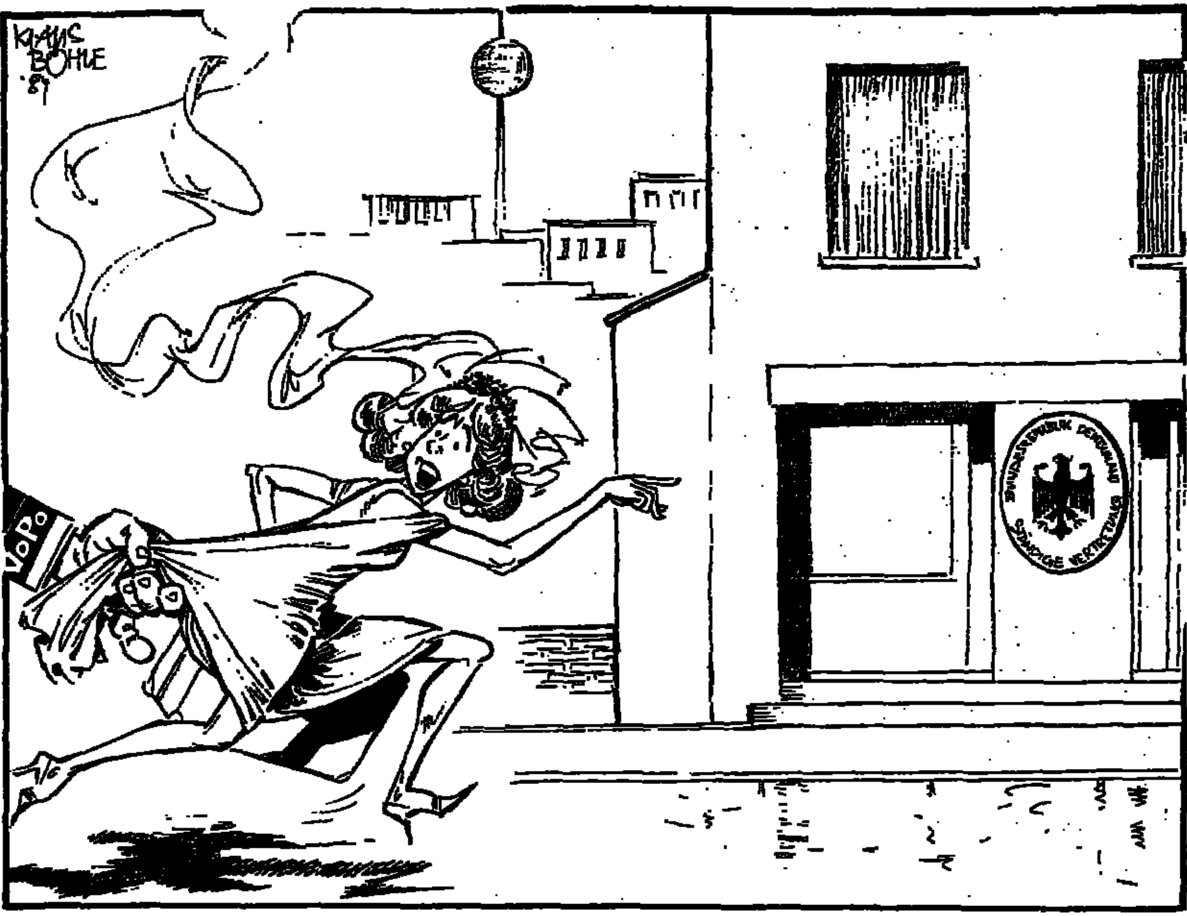
Da kann man sich nur über die Verheerungen wundern, die ein Wahljahr in der US-Außenpolitik anrichtet, wenn ein als erzkonservativ geltender Präsident von links Feuer bekommt, weil er zu rücksichtsvoll mit den Sowjets umgeht.

Deutsche und Ungarn

Von Carl Gustaf Ströhm

Der Besuch des Bundeskanzlers in Ungarn hat – gewissermaßen spontan – ein Thema in das Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit gerückt, das lange Zeit hindurch verschüttet und verdrängt war: die Tatsache, daß auch heute noch in Ungarn eine deutsche Volksgruppe existiert. Kohl hat richtig gehandelt, als er sich nicht den Bedenken einiger „Beschwichtigungsräte“ unserer höheren Diplomatie beugte, denen es am liebsten gewesen wäre, das Thema unter den Teppich zu kehren. Der Kanzler suchte das Gespräch und die Begegnung mit den ungarndeutschen Vertretern – und wie er selber sagte, war er sich mit Parteichef Kadar darüber einig, *daß diese Volksgruppe eine bedeutende Rolle als Brücke* zwischen Ungarn und Deutschen spielen kann.

Es ist nicht viel, was vom einstigen Deutschtum in Ost- und *Südosteuropa übriggeblieben ist. Manche* deutschen Volksgruppen oder ihre Reste in anderen Ländern wären froh, wenn sie annähernd gleiche Lebensbedingungen erwirken könnten, wie das in Ungarn der Fall ist. Manche sagen nun, die Ungarn legten diese Großzügigkeit aus nicht ganz uneigennützigen Motiven an den Tag: Erstens brauchten sie dringend qualifizierte und tüchtige Leute, die Deutsch können – und zweitens wolle Budapest mit seiner großzügigen Minderheitenpolitik indirekt moralisch auf Rumänien und die CSSR einwirken, wo die dortigen ungarischen Volksgruppen immer wieder ernste Schwierigkeiten haben. – Wie dem auch sei – die Bundesrepublik *hat, ob es ihr angenehm ist oder nicht, die moralische* Verpflichtung, sich um diese Menschen zu kümmern. Gerade weil Hitler die „Volksdeutschen“ im Osten mißbraucht, betrogen und dann verheizt hat, muß Bonn heute eine neue Haltung gegenüber diesen Menschen entwickeln. Dabei geht es nicht um politische Opportunität, ja überhaupt eigentlich nicht um Politik. Es geht um die Bereitschaft, den Deutschen und Deutschsprachigen bei der Bewahrung ihrer Kultur *und ihrer sprachlichen* Identität zu helfen. Die Ungarndeutschen wollen gute Ungarn und zugleich Deutsche sein und Deutsch sprechen. Warum sollte nicht beides in unserem klein gewordenen Europa realisiert werden können?



„Wat heest hier Republikflucht? Da is meen Bräutijam drinne!!“ ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Rot-Grün in Grau

Von Herbert Kremp

Die großen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sehen im Augenblick gewisse Schwierigkeiten, mehrheitsfähig zu bleiben oder zu werden. Die Denkzettelwahlen unter dem verfremdeten Titel Europa und die Kommunalwahlen in zwei Bundesländern, die ja stets so etwas wie Nachbarschafts-Voten sind, lieferten Diskussionsstoff, aber keine Nachweise. Die Grünen seien nun etabliert, meinen die einen, die *FDP dagegen sei ein Fall für Herrn* Hackethal, meinen die anderen. Alle können irren.

Denn alles ist reines Rätselraten über den Souverän, den Wähler. Was er ankreidet und schließlich ankreuzt, läßt sich nicht mehr so genau voraussagen wie in der flacheren Motiv-Landschaft der Fünfziger und Sechziger. Die nachwachsende Generation denkt voraussetzungslos, vor- oder nachin*stitutionell, wie man will, beziehungsweise*: wie sie will. Erziehung hätte da vielleicht geholfen, aber jetzt nutzen weder Kapuzinerpredigten noch die Tränen konservativer Kulturphilosophen. Die Bundesrepublik weist in der Zukunftsperspektive experimentelle Züge auf. Im Ausland registriert man sie mit scharfem Blick und nicht ohne Schadenfreude. Wenn nach dem deutschen Fußballriesen der deutsche Wirtschaftsriese infolge des *Streik-Eigentores* wankt, stößt man dort ins Clairon. Gleichzeitig fürchtet man jedoch unberechenbare *politische Gefühlsaus*brüche in der Folge; man behauptet, mit der „deutschen Dynamik“ *Erfahrung zu haben*.

Der Irrtum kann dadurch zustande kommen, daß die Bundesrepublik Deutschland zwei Wahrnehmungsbilder bietet, deren eines, die fiktive Reproduktion der Medien, Düsternis über uns und den Rest der Welt breitet. Düsternis ist eine hochbezahlte Profession, die *in den hellen Glasburgen* der Sendeanstalten gleichermaßen als sittlich und schick gilt. Wer morgens *aus Versehen in eine deutsche* Nachrichtensendung gerät, glaubt der Verlesung von lauter Todesanzeigen gewärtig zu werden, nur daß diese nicht so informativ sind wie die entsprechenden Mitteilungen der Tagespresse. Die systematische Anhäufung von Negativem wirkt auf das aufgeklärte Verständnis zwar durchaus komisch, grundiert aber das Bild vom Land, von der Regierung, von der Wirtschaft, vom Selbstverständnis. *Man will uns zweifeln machen.*

Für das andere Wahrnehmungsbild, das eigentlich reale, gibt es keine sicheren (Biedenkopf würde sagen: konsensfähigen) Begriffe. Man spricht zu Recht von der „Mehrheit“, vom „Volk“, von der „breiten Öffentlichkeit“, wenn man beschreiben will, daß in Wahrheit Zuversicht, Bürgerfleiß, das Gefühl für Würde und der anerzogene Anstand in Stadt und Land den Tag regieren. Dieses Leben, *das Leben derer, die nach einem* Wort des Soziologen Schelsky „die Arbeit tun“, ist sicher schwerer als das der medialen Friseure, die immer nur jeden zurechtkämmen wollen. Aber der Bürger fühlt sich nicht so recht vertreten, er ist zwar Mehrheit, aber er ist nicht begehrtes Darstellungsobjekt. Die Regierungen, die Parteien, die Kirchen glauben sich seiner sicher; sie lassen ihn zahlen und gehen und wenden sich ihrer Lieblingsbeschäftigung zu: der Suche nach bislang unentdeckten Minderheiten.

Das ist die geistige Situation der *politischen Parteien in Deutsch*land. Wobei man sofort darauf verweisen muß, daß die Unionspartei*en und vor allem Bundeskanzler* Kohl dem realen, optimistisch getönten Wahrnehmungsbild zuneigen. In diesem Sinne haben die Deutschen eine „Volkspartei“. Die Sozialdemokraten, die einmal Volkspartei waren und immer sein wollen, *haben sich hingegen in der* Opposition, in die sie sich schon unter Bundeskanzler Schmidt begaben, dem pessimistisch-alarmistischen Wahrnehmungsbild zugewandt, das die Medien gern reproduzieren. Sie sprechen unausgesetzt von Krieg, Umwelttod, Unternehmerwillkür, Ellenbogengesellschaft, von *Pleite und Geier*. Und wie sie sprechen (und vermutlich denken), so wirken sie. Eine Aura tiefster Sorge und Bitternis umgibt ihre Erscheinungen.

Die beiden Wahrnehmungsbilder, die sich in der politischen Realität oft übereinanderschieben, beeinflussen die Optionen der großen Parteien, die Entscheidung, worauf man „setzt“. Die Sozialdemokraten haben mit der Personalentscheidung bei den jüngsten Präsidiumswahlen den Akzent der rundum pessimistischen Welt- und Lageeinschätzung verstärkt. Dies bedeutet praktisch eine Annäherung an die Grünen von innen heraus, da es sich bei denen um die Partei desjenigen Teils der jungen Generation handelt, der von frühauf schnell gealtert ist. Man kann sich mit ihnen darauf einigen, daß im Staate (und in der „Gesellschaft“) fast alles faul sei, bringt dies nur in unterschiedlicher Form zum Ausdruck: Eppler mit gefalteten Händen, Lafontaine mit physikalischer Kriegsprognose, die Grünen durch ein flottes Festival.

Ist die Orientierung am düsteren Wahrnehmungsbild mehrheitsfähig? Man muß mit der Antwort vorsichtig sein, die Deutschen haben den Krieg verloren und den Nachkriegsfrieden nicht gewonnen. Man kann daher wohl nur sagen, daß der rot-grünen Konstellation der innere Zwang zum Bündnis eignet. Es ist quantumsfähig, nicht ohne weiteres mehrheitsfähig. Die Orientierung der Union am realen, helleren Wahrnehmungsbild verspricht dagegen bessere Chancen. Die Mehrheit möchte nicht dauernd in den Abgrund blicken, den sie nach Ansicht ihrer Einredner selber darstellt. Der bürgerliche Realismus vermittelt ein anderes Lebensgefühl. Es ist von Erfahrungen bestimmt, nicht von Befürchtungen, von Augenmaß, nicht von Angst. Insofern steht die Bonner Koalition gar nicht so schlecht da.



Alles faul im Staate: Erhard Eppler (SPD) FOTO: WERNER SCHÜRING

IM GESPRÄCH Klaus Terfloth

Plädoyer für Pakistan

Von Walter H. Rueb

Bonns Botschafter in Islamabad, Klaus Terfloth, ist gestern zum Heimaturlaub eingetroffen. Eigentlich *sollte* er dem Außenminister Pakistans, Sahabzada Yakub Khan, bei dessen Visite am Rhein protokollarisches Geleit geben, doch der hatte kurzfristig abgesagt. „Es wäre meine letzte Aufgabe in dieser Funktion gewesen“, sagte Terfloth. Vor drei Wochen, als ihn die WELT in Islamabad besuchte, versicherte er: „Ich scheide mit großem Bedauern von Pakistan. Es hat Spaß gemacht, in diesem Land zu wirken.“

Terfloth hat ausreichend Vergleichsmöglichkeiten: Vorher war der Fünfundfünfzigjährige Botschafter in Rangun und Tunis gewesen, dazwischen hatte er als Sprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn hautnahen Kontakt zu den Zentralen von Politik und Diplomatie der Heimat.

Kühl zieht Terfloth Bilanz seiner vierjährigen Arbeit in Pakistan. „Als ich im Frühjahr 1980 in Islamabad eintraf, sah sich Pakistan einer völlig neuen Lage gegenüber. Durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan hatte sich das Kräftegleichgewicht in Südostasien verschoben. Der sowjetische Aggressor war nun plötzlich Pakistans Nachbar geworden. Die Folgen sind bekannt, die Tatsachen aber werden vielfach verdreht: *Pakistan ist nicht Nutznießer des sowjetischen Einmarsches geworden.* Immerhin hat das Land über drei Millionen afghanischer Flüchtlinge aufgenommen. Pakistan wäre froh, wenn das Afghanistan-Problem schnell gelöst würde. Auf dem Land lastet großer politischer und militärischer Druck.“

Terfloth scheut sich nicht, der Regierung Pakistans und sogar dem vielgeschmähten Präsidenten Ziaul Haq Kränze zu winden. „Das Verhältnis Deutschland–Pakistan ist nicht nur problemfrei, es ist hervorragend. Pakistan verdient Respekt auch auf internationaler Ebene. Es hat bei-



Kriegsgefahr nicht aktuell: Botschafter *Klaus Terfloth* FOTO: DIE WELT

spielsweise bei allen Verhandlungen über Afghanistan Festigkeit gezeigt. Durch die Problematik im Westen sind die Probleme mit Indien etwas in den Hintergrund getreten, doch nicht verschwunden. Ich bin überzeugt: Zwischen Pakistan und Indien wird es keinen vierten Krieg geben.“

Der Diplomat, der in Kürze als Botschafter nach Helsinki gehen wird, beurteilt Pakistan und seinen Staatschef in kurzen Formeln so: „Die Islamisierung ist eine der stärksten Stützen von Zia ... Er ist autoritär, *doch* kein Diktator ... Und er wird von der Mehrheit seines Volkes zwar nicht getragen, doch toleriert ... Bei den angekündigten Wahlen in Pakistan hat die Pakistan People Party eine vielleicht 40prozentige Sieg-Chance ... Das Regime in Islamabad ist stabil. Zia hat die Armee im Rücken. Sie bekommt 50 bis 60 Prozent des Etats. Die Atombombe Pakistans wurde nur aus Prestigegründen hergestellt. Ich bin davon überzeugt, daß die Nuklear-Entwicklung nur friedlichen Zwecken dient. Die Frage nach einer Kriegsgefahr ist nach meiner Ansicht nicht aktuell.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zu den „DDR“-Flüchtlingen schreibt das Blatt:

Wie in einer Nußschale konzentriert sich die Not der deutschen Teilung in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin. Freiheit und Unfreiheit, Hoffnung und *Qual*, menschliche Tragödien und staatliche Ohnmacht liegen so dicht wie nirgends sonst beieinander. Der aktuelle Vorgang ist ohne Beispiel: Die Ständige Vertretung muß Flüchtlingen Hilfe verweigern, obwohl sie helfen möchte, sie muß ihre Tore schließen, obwohl sie allen DDR-Bürgern weit offenstehen sollten. Eine deprimierende Vorstellung. Und doch lassen die bitteren Realitäten in diesem Zwiespalt der Gefühle keine andere Wahl. Das gilt in doppelter Hinsicht: Das Platzproblem ist unlösbar geworden, das Rettungsboot voll, und gleichzeitig wächst die politische Belastung der Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin von Tag zu Tag mit der Gefahr nachteiliger Folgen *für die Bürger hüben und drüben* ... An einer Normalisierung der Lage sollte Ost-Berlin aus ureigenem Interesse gelegen sein. Daß die Vertretung eines anderen Staates zur Fluchtburg für ihre Bürger wird, schadet dem Ansehen der sonst so prestigebewußten DDR am meisten. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit werden erneut alle wohlfeilen Parolen vom „Hort des Humanismus“ widerlegt. Dies müßte auch ein Anstoß für die Ostberliner Führung sein, darüber nachzudenken, ob nicht eine Senkung des Reisealters, überhaupt eine großzügigere Reisepraxis nach ungarischem Vorbild, Ventile für die latente Unzufriedenheit öffnen und damit ähnlich beschämende Vorgänge wie in der Hannoverschen Straße verhindern würde.

BADISCHE ZEITUNG

Das in Freiburg herausgegebene Blatt schreibt über die Flüchtlinge in der Ständigen Vertretung:

Wie schwierig und störanfällig das deutsch-deutsche Verhältnis ist, wie ganz und gar unnormal, das zeigt sich bei dem Versuch von DDR-Bürgern, die Bonner Vertretung in Ost-Berlin als Fluchtweg in den Westen zu benutzen. Dabei geriet unsere Mission drüben in eine sehr schwierige Lage. Denn einerseits können unsere Beamten sie nicht einfach vor die Tür setzen, das widerspräche guten Prinzipien. Andererseits ist es ganz unmöglich, daß eine diplomatische Vertretung auf Dauer, nicht nur in Ausnahmen, quasi zu einer Fluchthilfeorganisation wird. Das würde ihre Funktion als politische Vermittlungsstelle gefährden, denn das deutsch-deutsche Gespräch ist ja nicht abstrakt, sondern kommt immer wieder den Menschen zugute – mehr Menschen als über die Vertretung die Ausreise erzwingen können. Da gilt es abzuwägen. Die Entscheidung Bräutigams, keine Ausreisewilligen mehr im Haus der Wünsche zu beherbergen, war wohl notwendig. Natürlich trifft die Hauptschuld an der Misere die Staatsführung der DDR: daß sie es nicht verstanden hat, ihre Bürger für sich zu gewinnen. Daß sie solche, die ihr Land verlassen wollen, gewaltsam daran hindert. Aber jene DDR-Bürger, die bei ihrer Selbsthilfe diesen Fluchtweg benutzen, helfen allenfalls sich selbst, nicht ihren Mitbürgern.

Cartagena: Ein Neubeginn für Schuldner und Gläubiger?

Die Schuldnerländer und Josefs Traum von den sieben mageren Kühen / Von Günter Friedländer

Zum Beginn der Cartagena-Konferenz lateinamerikanischer Schuldnerländer schrieb Kolumbiens führende Zeitung „El Tiempo“ in ihrem Leitartikel: „Man weiß nicht genau, was man mit dieser Konferenz erreichen will“, und empfahl, „die Demagogie beiseite zu lassen, die uns Lateinamerikanern so sehr gefällt.“

Die Konferenz war ein Beispiel für eine andere lateinamerikanische Vorliebe: sich im Improvisieren zu üben. Das Treffen war eigentlich als Parallelkonferenz zur Zusammenkunft der sieben Großen in London gedacht. Ein Sprecher der Schuldnerländer sagte: „Die sieben mageren Kühe wollen in Cartagena die sieben fetten Kühe in London“ konfrontieren.

Josefs in der Bibel verzeichnete Deutung eines Traumes von Pharao, in dem die sieben „häßlichen und mageren Kühe die sieben schönen und fetten Kühe auffraßen“, sollte den Sieben in London sagen, daß ihr Schicksal mit dem der lateinamerikanischen Schuldner eng verbunden sei. Aber dazu kam es nicht. Man wurde der organisatorischen Probleme nicht Herr, und Improvisieren genügte diesmal nicht. Man wollte die Konferenz jedoch auch nicht ganz abblasen. Die symbolische Zahl Sieben hatte nach London allerdings keine Bedeutung mehr, und man lud alle Schuldnerländer Lateinamerikas und einige aus der Karibik ein. Elf Länder kamen. Das ebenfalls eingeladene Kuba sagte ab.

Das Ergebnis paßt in das bei den Nordamerikanern so beliebte Schema, daß ein Ereignis zugleich gute und schlechte Nachricht ist. Die gute Nachricht aus Cartagena war, daß es nicht zur Bildung des ge*fürchteten Schuldnerkartells kam*, um kollektiv ein Moratorium für die etwa 350 Milliarden Dollar betragenden *Anleihen zu erklären*. Die schlechte Nachricht allerdings ist, daß das eher eine semantische Spitzfindigkeit darstellt. *Die Au*ßen- und Finanzminister nahmen die venezolanische These eines Ausgleichs zwischen Argentinien, Bolivien und Ecuador einerseits und Brasilien und Mexiko andererseits an, die individuellen Verhandlungen eines jeden Landes mit seinen Gläubigern fortzusetzen, gleichzeitig aber einen „neuen Mechanismus“ zu schaffen, um die Schuldenfrage als Gesamtproblem zu begreifen und zu lösen.

Man sollte dabei nicht vergessen, daß die USA selbst Lateinamerika auf dem Weg zum Schuldnerkartell vorantrieben, als sie im vergangenen März Brasilien, Kolumbien, Mexiko und Venezuela dazu brachten, Argentinien Geld für überfällige Zinsen zu leihen. Um den ungeheuren Preis der Schaffung einer solidarischen Schuldnergruppe wurde das Problem *um* 90 Tage bis zum 30. Juni vertagt.

Andererseits machte sich der *Zeitgewinn bezahlt. Die Gläubi*gerbanken der USA beginnen nun zu begreifen, daß sie die Zahlungs*unfähigkeit* Lateinamerikas ernst nehmen müssen, und fangen an, Anleihen, auf die keine Zinsen gezahlt werden – womit Argentinien nicht allein steht – in ihren Büchern auch so zu führen. Die Manufacturer's Hanover sieht daher ihre Verdienste im 2. Quartal des Jahres um mindestens 25, vielleicht sogar 37 Prozent sinken, und das westliche Bankensystem hat darunter nicht gelitten. Die Organisation der Zentralbanken in Basel erklärte sogar: „Wir Zentralbanken wissen, was wir (im Krisenfall) tun müssen.“ Positiv ist auch, daß Schuldner und Gläubiger sich nun einige Wahrheiten sagen. „Lateinamerika sollte nicht die Konsequenzen des mangelnden Gleichgewichts der amerikanischen Wirtschaft zahlen“, sagte Betancur über die mit der Prime Rate steigenden Zinsen. Die Gläubiger meinen, sie müssen nicht die Folgen der Mißwirtschaft und der Kapitalflucht Lateinamerikas zahlen. Konservativ schätzt man, daß von 1978 bis 1983 etwa 50 Milliarden Dollar aus *Lateinamerika in die USA flohen*, statt in den eigenen Ländern Arbeitsplätze, wirtschaftliches Wachstum und – durch mehr Export – Devisen zu schaffen.

Mit Cartagena könnte die notwendige Aussprache über eine neue Wirtschaftspolitik der Gläubiger und der Schuldner beginnen. Einige amerikanische Zeitungen sprechen bereits davon, daß als Priorität in Lateinamerika wirtschaftliches Wachstum an die Stelle von Zinszahlungen treten müsse. Man versteht endlich, daß ein Schuldnerkartell – oder wie immer man es nennen mag – nicht unbedingt ein Moratorium als Ziel haben muß, daß es wichtigere Themen gibt als die nächstfälligen Zinsen, und begrüßt in manchen Kreisen dieses Gespräch als vielversprechend und nützlich.

Die Cartagena-Gruppe gibt zu, noch nicht zu wissen, wie der „neue Mechanismus“ funktionieren soll. Sie wird sich im September in Buenos Aires erneut treffen. Inzwischen muß der kritische Stichtag des 30. Juni überwunden werden.

Nur durch die Luft erreicht die FAZ ihre Leser

Seit 12 Wochen werden Zeitungen bestreikt. Mal mehr, mal weniger. Besonders betroffen sind die Blätter in Frankfurt. Dort wird auch die Auslieferung von Notausgaben verhindert.

Von WALTER H. RUEB

Dem Hubschrauber stand ein Landeplatz in der Größe eines Basketballfeldes zur Verfügung. Auf der einen Seite begrenzte das Druckgebäude, auf der anderen eine 2,50 Meter hohe Mauer sein Manövrierfeld.

Mit Luftballons, Stoffdrachen, Knallkörpern, Bierflaschen, Steinen und Toilettenpapier-Girlanden versuchten Streikposten und Demonstranten, die Landung des Hubschraubers zu verhindern. Der Pilot mußte wiederholt zur Landung ansetzen, schließlich brachte er die Maschine im Hof der blockierten Frankfurter Societätsdruckerei heil herunter. Stundenlang hielt der Hubschrauber Streikposten und Zuschauer auf der vielbefahrenen Mainzer Landstraße, aber auch die Auftraggeber von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" in Atem.

20 Flüge fanden statt, von Sonntagnachmittag bis zum Einbruch der Nacht. Schließlich waren 340 000 Exemplare einer FAZ-Notausgabe herausgeflogen.

„Wir können uns doch nicht von Chaoten bei der Erfüllung unseres publizistischen Auftrags hindern lassen", begründete gestern Hans-Wolfgang Pfeifer, Vorsitzender der FAZ-Geschäftsführung, gegenüber der WELT das Vorgehen seines Blattes gegen den Streik und die damit einhergehende totale Blockade. Trotz des ungeheuren Aufsehens, Protesten von DGB, Polizeigewerkschaft und SPD-Politikern sowie der Morddrohungen gegen den Hubschrauberpiloten schließt Pfeifer einen weiteren Hubschrauber-Einsatz nicht aus. „Wir lassen uns die hier praktizierte Meinungsunterdrückung nicht länger gefallen."

Der spektakuläre Hubschrauber-Einsatz lenkte den Blick der Öffentlichkeit in der 12. Woche des Drucker-Streiks auf eine Betriebsstätte, die wie vielleicht keine andere das Opfer von gezielten, ruinösen Kampfmaßnahmen der IG Druck und Papier ist. Pfeifer: „In dieser Form werden tatsächlich nur in Frankfurt Zeitungen mundtot gemacht ..." Der Gewerkschaftsfunktionär Balder begründete das Vorgehen damit, daß es nur hier die dazu notwendigen Voraussetzungen und Möglichkeiten gebe ... Tatsächlich liegt das Problem darin, daß durch eine totale Blockade die Auslieferung der hier gedruckten Zeitungen verhindert wird."

Die Bilanz in der Großdruckerei sieht entsprechend aus: Bereits im April und Mai erschienen die hier gedruckten Zeitungen wiederholt mit reduzierten Umfängen, an vier Tagen



Allein die Luft bleibt offen: Ein Hubschrauber fliegt die Notausgabe der FAZ aus dem blockierten Druckereigelände. FOTO: AP

kam die FAZ überhaupt nicht heraus. Seit dem 13. Juni aber stehen die Rotationsmaschinen fast völlig still. Wo sonst die betriebseigenen Zeitungen „Neue Presse" mit 140 000 und „Abendpost Nachtausgabe" mit 200 000 Exemplaren sowie die im Lohndruck hergestellten Zeitungen „Frankfurter Allgemeine" mit 400 000 sowie die Deutschland-Ausgabe der „Financial Times" mit 60 000 Exemplaren gedruckt werden, verließen nur noch kümmerliche Notausgaben der FAZ die Maschinensäle.

„Am 22. und 23. Juni erschien die FAZ jeweils mit Notausgaben von sechs Seiten und insgesamt 70 000 Exemplaren", erzählte Betriebsleiter Wolfgang Löwe von der Societätsdruckerei. „Herbeigekarrter Mob blockiert mehrheitlich die Ausfahrten. Die Fahrer der Lieferwagen werden bedroht, beschimpft, Reifen zerstochen, Autos beschädigt. Wo Menschentrauben die Blockade nicht dicht genug machen, werden Autos widerrechtlich vor den Einfahrten geparkt ..."

Die Frage nach der Polizei nötigte Löwe und Pfeifer nur ein Achselzucken ab. „Was vermögen schon ein paar Beamte gegen Hunderte", sagte Löwe. „Immerhin haben wir jetzt endlich eine einstweilige Verfügung erwirkt."

In der einstweiligen Verfügung von gestern mit dem Aktenzeichen 2 Ga/14/84 wird der IG Druck und Papier zur Auflage gemacht, an den Einfahrten für passierende Personen drei Meter breite, für ein- und ausfahrende Kraftfahrzeuge vier Meter breite Gassen freizuhalten. Zuwiderhandelnden wird ein Ordnungsgeld von 100 000 Mark oder Haft angedroht; der Wert des Streitgegenstands wurde auf 100 000 Mark angesetzt.

Die Zuversicht auf eine Durchlöcherung der Blockade ist allerdings nicht allzu groß. „Die 'Frankfurter Rundschau' hat schon seit Tagen eine derartige einstweilige Verfügung", sagte Löwe. „Sie hat wiederholt massiven Polizeieinsatz angefordert und erhalten, doch jeweils nur drei Fahrzeuge mit druckfrischen Zeitungen vom Hof bekommen ..."

Die Tatsache, daß in seinem Betrieb mit 1800 Mitarbeitern seinerzeit nur 63 Prozent der 1100 in der Technik Beschäftigten für einen Streik votiert hatten, erfüllt Wolfgang Löwe mit Ingrimm und Bitterkeit. Die mutige Haltung von über hundert arbeitswilligen Setzern und Druckern, der Schachzug mit dem Hubschrauber und vor allem ein Erfolg am Montag aber hat seine Moral wieder etwas aufgemöbelt.

Der Kampf der Frankfurter Zeitungen und ihrer Großdruckerei gegen Ordnungs- und Gesetzwidrigkeit sowie die „Pervertierung der Freiheitsrechte aller" – so Präsident Alfred Neven Dumont vom Bund Deutscher Zeitungsverleger in einer Stellungnahme zur Dauerblockade in der Main-Metropole – hat auch einen erfreulichen Aspekt. Bei den Zeitungen ist die Solidarität unter den Mitarbeitern groß und die Leser unterstützen sie dabei. „Unsere Redaktion steht zusammen und ist einer Meinung", sagte FAZ-Geschäftsführer Pfeifer.

Angst vor einer Eskalation des Streiks und seiner Begleiterscheinungen hat man weder bei der Societätsdruckerei noch bei der FAZ. Vor den Toren des Druckhauses und der Zeitungen an der Mainzer Landstraße aber fielen gestern viele drohende Worte. Die Behauptung von Frankfurts Polizeisprecher Hans Neitzel, daß unter Streikposten und Blockierern viele Gesichter zu finden seien, die stets da auftauchten, wo es Putze gebe, ist allem Anschein nach richtig.

Dem Reporter fiel in zwanglosen Unterhaltungen auf, daß kaum ein Streikposten Begriffe kannte, die einem Setzerlehrling im ersten Lehrjahr geläufig sind. Gesprächig aber sind die Frauen und Männer vor den Eingängen des Druckzentrum sowieso nicht. Dazu sind die Nächte zu anstrengend: Nach dem einsatzvollen Gewühl bei der Blockade benötigen die Massen am Tag Erholung.

Anders als etwa bei den streikenden Metallarbeitern in Nordbaden und Nordwürttemberg aber hört man bei ihnen weder Musik noch Gesang, es gibt weder Würstchen noch Getränke, kreisende Kaffeekannen sind unbekannt, belegte Brote Mangelware. Was es gibt, läßt einen frösteln: Haßparolen, geballte Fäuste, finstere Mienen. An einer Stelle der Mauer zum Hof und Hubschrauberlandeplatz vom Sonntag sind offenbar Vorbereitungen im Gange, um die Mauer stürmen zu können. Ein Streikposten: „Beim nächsten Mal kommt der Heli nicht mehr hoch."

Fontainebleau mit viel Sonne

In idyllischer Schloßatmosphäre rangen die EG-Partner gestern in Fontainebleau um eine Lösung des dornigen Haushaltsproblems. Die Stimmung war entspannt. Doch die Differenzen ließen sich nur schwer überbrücken.

Von BERNT CONRAD

Die Szene war symbolisch: Zwei Schlangen gifteten sich an. Aber die Teilnehmer des Europa-Gipfels, die am Montag mittag die imposante Freitreppe des Renaissance-Schlosses Fontainebleau emporschritten, nahmen von der stilisierten Darstellung an der Brüstung keine Notiz. Der wärmende Sonnenschein, die Pracht des Empfangs mit farbenfroh uniformierter Garde Republicaine, flatternden Fahnen und einem huldvoll an der Eingangstür postierten Schloßherrn, François Mitterrand, verdrängten alle giftigen Gedanken, wenngleich der Streit um Margaret Thatchers Beitragsrückerstattung als unsichtbare dunkle Wolke über dem „Hof des weißen Pferdes" dräute.

Der französische Staatschef hatte sich als Tagungsort für diesen entscheidenden EG-Gipfel einen idyllischen Platz, 60 Kilometer südlich von Paris, ausgesucht. Nicht der Versailler Pomp des Sonnenkönigs Ludwig XIV., sondern die heitere Feierlichkeit der Bauten Franz I. und Heinrich IV. sollte die zerstrittenen europäischen Regierungschefs zur besseren Einsicht bringen.

Dem dienten auch die Sprechchöre junger Europafreunde, die von der gegenüberliegenden Seite der Place de General de Gaulle lautstark eine „europäische Regierung" und eine „europäische Union" verlangten. Positive Demonstranten – wo gibt es so etwas sonst noch?

Bei Erscheinen der britischen Premierministerin allerdings pfiffen die jungen Leute. Etwas blaß, aber unbeeindruckt, erstieg Frau Thatcher im schwarzen Kostüm die Freitreppe. Bundeskanzler Helmut Kohl hingegen lachte. Hinter ihm pfiff niemand. Und auch Bundesaußenminster Hans- Dietrich Genscher zwang sich trotz aller innen- und parteipolitischen Rückschläge zu einer forciert-heiteren Miene.

Mitterrand hatte sich die Taktik zurechtgelegt, die Stimmungslage dadurch zu entspannen, daß er zunächst einmal ganz andere Themen als die Haushaltszahlen auf die Tagesordnung setzte. So berichtete er selbst nach einem unpolitischen Mittagessen ausführlich über seine Moskau-Reise, ließ Kohl über dessen Gespräche mit Janosz Kadar in Budapest referieren und gab Frau Thatcher das Wort zu einer Schilderung des Londoner Weltwirtschaftsgipfels. Die „eiserne Lady" wurde allmählich nervös – sie wollte viel lieber über ihr Geld reden.

Um 18.00 Uhr war es endlich soweit: Man knüpfte an der Haushaltsfrage da wieder an, wo man vor drei Monaten auf dem ergebnislosen Brüsseler Europa-Gipfel aufgehört hatte. Ein Teilnehmer berichtete: „Die Stimmung war viel günstiger als beim letzten Mal. Bei allen wurde die Absicht spürbar, etwas zuwege zu bringen." Faktisch jedoch war der Graben zu diesem Zeitpunkt zwischen der Britin und ihren Partnern so tief wie eh und je.

So verfiel man nach eineinhalb Stunden auf die in solchen Fällen probate Idee, die Außenminister mit der Ausarbeitung eines konkreten Vorschlages zu beauftragen. Nun konnten sich die Chefs in der traditionsreichen Hostellerie du Bras-Bréau im nahegelegenen Dorf Barbizon genüßlich einem raffinierten Diner mit Gänse- und Entenleber, Hummer, Lamm, Spargel, Briekäse, Himbeersoufflé und Petits fours widmen, während ihre Minister im gleichen Fachwerkhaus angesichts des harten Auftrags eher unlustig in den Speisen stocherten.

Beobachtete man die Verhandler von der Dorfstraße aus durch die Butzenscheiben beim Arbeitsessen, so schienen sie von der Phantasie Robert L. Stevensons oder Jean Cocteaus, die früher hier eingekehrt waren, kaum beflügelt. Finster blätterte der Franzose Claude Cheysson in seinen Unterlagen; mit bitterernstem Gesicht ließ sich Genscher französische Vokabeln übersetzen; der Brite, Sir Geoffrey Howe, redete eindringlich auf seine Partner ein.

An neuen Modellen für die britischen Beiträge mangelte es nicht. Prozentzahlen schwirrten durch die Luft. Aber Sir Geoffrey war nicht zufriedenzustellen. Ihm ging es, wie seiner Chefin, nicht so sehr um ausgeklügelte Zahlen, sondern um die rasche Einführung eines neuen Beitragssystems. Um Mitternacht schließlich kamen die Minister zu dem Schluß, ihren Auftraggebern einen neuen Mißerfolg melden zu müssen. Die nahmen es mit Fassung auf und setzten – als gleichfalls probaten Ausweg – Experten für den Rest der Nacht ans Werk.

Die Deutschen hätten dem Tauziehen mit besonderer Gelassenheit beiwohnen können, wenn sie sich nicht durch die Einführung neuer Agrarsubventionen in eine Defensivstellung gegenüber den anderen manövriert hätten. „Hatten wir das nötig?", schimpfte ein Betroffener mit mühsam unterdrücktem Zorn. Der Kanzler, der zu nächtlicher Stunde noch über die dunkle Dorfstraße zu wartenden Journalisten ins gegenüberliegende Hotel „Des Plejades" gekommen war, sah die Sache ganz anders. Er hatte schon am Nachmittag seinen europäischen Kollegen beredt die „katastrophale Lage der deutschen Bauern" geschildert und glaubte, damit auch Verständnis gefunden zu haben. In Fontainebleau aber zweifelte niemand daran, daß Kohl den EG-Partnern einen Preis dafür würde zahlen müssen.

Unbeirrt schlenderte der Kanzler am nächsten Morgen nach einem Frühstück mit Mitterrand zu Fuß zum Schloß. Auf dem Markt schallte ihm plötzlich der Ruf „Guten Morgen, Herr Bundeskanzler!" entgegen. Angehörige der deutschen Schule in Fontainebleau hatten den Pfälzer erkannt und schwirrten um ihn herum. „Wollt Ihr nicht für mich den Gipfel übernehmen?", fragte Kohl die Kinder. Ein Junge rief: „Nein, denn dann müßten wir ja Englisch lernen." Darauf Kohl lachend: „Dann muß ich wohl selber wieder ins Schloß gehen."

Dort ging dann das Ritual, wie schon oft gehabt, weiter: Die Außenminister wurden noch einmal aufgefordert, auf der Basis der nächtlichen Expertengespräche einen neuen Einigungsversuch zu unternehmen. Kohl und Mitterrand hatten das Gefühl: im Laufe des Tages müßte es möglich sein, einen Kompromiß zu finden.

Die journalistischen Berichterstatter aber seufzten erschöpft vor sich hin. Vom französischen Außenministerium in Pariser Hotels untergebracht, mußten sie zu jeder Sitzung umständliche Fahrten mit U-Bahn, Eisenbahn und Autobus absolvieren. Gestern waren die meisten erst morgens um drei Uhr ins Bett gekommen. Schon wenige Stunden später ratterten ihre Schreibmaschinen wieder im Pressezentrum von Fontainebleau. Davon hatten die Regierungschefs keine Ahnung.

Wochen zwischen Angst und Hoffnung

65 Bürger der „DDR" haben sich in die Ständige Vertretung Bonns in Ost-Berlin geflüchtet. Sie wollen so ihre Ausreise erzwingen. Eine Lösung des Problems ist nicht in Sicht. Zunächst zog Bonn die Notbremse: Die Vertretung bleibt für „DDR"-Bürger geschlossen.

Von H. R. KARUTZ

Deutsche stehen vor verschlossenen deutschen Türen, Kinder aus Thüringen oder Sachsen spielen unter den Schreibtischen Bonner Beamter, nachts verwandelt sich der weiße Bau in ein Matratzenlager. Die ungebetenen Gäste, die zum Teil schon seit Wochen hier sind, schwanken zwischen Angst und Hoffnung: Das ist die Lage im Hause Hannoversche Straße 30 in (Ost)-Berlin-Mitte. Ost-Besucher werden nur noch vor zwei Portierslogen im Windfang abgefertigt.

Die ehemalige Polizeiunterkunft mit dem schwarzen Bundesadler auf goldenem Grund am Eingang ist seit Wochen ein unwirtlicher Ort geworden. In Absprache mit dem Bundeskanzleramt ging der Hausherr, Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, nun denselben Weg wie seine amerikanischen Diplomaten-Kollegen nahe dem Brandenburger Tor: Nach einem wochenlangen Umbau läßt die Botschaft – geschockt durch den glücklich gelösten Asyl-Fall von sechs „DDR"-Bürgern im Januar 1984 – so gut wie keinen „DDR"-Gast mehr ins Innere des Gebäudes.

„Die Krise der Vertretung darf nicht zu einer Krise der Politik werden." Bräutigam begründete die Bonner Einschränkungen an der Tür der Vertretung. Seit einigen Tagen verlegen deshalb die Fachbeamten der Behörde ihre Informationstätigkeit in den kaum vier Quadratmeter großen Windfang hinter der Tür aus Stahl und Aluminium.

Die jungen Männer des „Hausordnungsdienstes" (HOD) – vom Bundesgrenzschutz abgeordnete unbewaffnete junge Beamte im einheitlichen dunkelblauen Blazer – drücken nicht mehr auf den elektrischen Summer, der den Zutritt ins Gebäude freigibt.

Der Bundespräsident blickt auf eine Szenerie, die in der zehnjährigen Geschichte der Vertretung bisher einmalig ist: Das Carstens-Porträt befindet sich im Blickbereich der Deutschen, die vor verschlossenen deutschen Türen stehen. Ihr Begehren müssen sie jetzt – in Hörweite und auf Tuchfühlung mit allen anderen Wartenden – durch einen Ausschnitt in der panzerglasstarken Scheibe sprechen.

Am Montag nachmittag verzeichneten die ohnedies psychisch enorm belasteten Mitarbeiter des Hauses einen dramatischen Zwischenfall: Drei Jugendliche – vermutlich aus Ost-Berlin – versuchten mit Gewalt, ins Innere zu gelangen und wurden von



den BGS-Beamten aus dem Haus gedrängt.

Die Ordnungskräfte beobachten nun, schärfer als üblich, über die eingebauten Fernsehschirme in ihrer Loge auch das Geschehen auf dem Hof des Gebäudes. Mitarbeiter und Besucher parken dort in der Regel ihre Wagen. Eine Tür – ebenfalls nur per Summer zu entriegeln – erlaubt den Zugang von rückwärts. Auch diese Pforte öffnet sich nun nicht mehr für jedermann.

Nach einem Bericht der „Bild"-Zeitung weigern sich seit Montag weitere 20 „DDR"-Bürger, das Haus wieder zu verlassen. Mit den anderen Flüchtlingen zusammen wären dies bereits 65 Deutsche, die keinen anderen Ausweg mehr wissen. Das Gebäude quillt regelrecht über – denn es bietet ohnehin nur 90 Bediensteten, deren vorgesetzte Behörde das Bundeskanzleramt ist, Platz und Bewegungsfreiheit.

Für die Deutschen draußen vor der Tür ändert sich seit dem Bonner Barriere-Beschluß vieles: Wer früher beispielsweise lediglich im Besucherzimmer in den ungelenkten Blättern der Presse der Bundesrepublik lesen wollte, muß auf diese Informationsmöglichkeit verzichten.

Psychisch besonders belastend wirkt sich aus, daß sich zwischen die Hilfesuchenden hindurch „normale" Besucher aus West-Berlin oder dem übrigen Bundesgebiet hindurchdrängeln. Für sie sperrt sich das Haus auf.

Günstiger als die Landsleute drüben sind auch ausländische Gastarbeiter oder Polen gestellt, die beispielsweise von der „DDR" aus ein Durch- oder Einreise-Visum für West-Berlin oder die Bundesrepublik beantragen. Auch in diesen Fällen bleibt den Antragstellern das diskriminierende Notquartier im Windfang erspart.

Staaken: Das Zugeständnis löst ein Berliner Problem

Der neue Kontrollpunkt ist fertig, aber der Schnellstraßen-Zubringer noch nicht

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Rund drei Monate vor seiner noch immer geplanten ersten West-Reise reichte Erich Honecker jetzt einen ebenso kleinen politischen „Bonbon" über den deutsch-deutschen Tisch: Nachdem sie sich monatelang taub stellte, stimmte die „DDR"-Führung nun auch für die Bundesregierung überraschend nach monatelangen Geheimgesprächen Bonns und des Berliner Senats zu, den einzigen Übergang der Stadt in Richtung Hamburg, Holstein und das Urlaubsparadies Sylt drei Jahre länger für Reisen nach Norden offenzuhalten.

Gefahr von Staus

Nach der Vereinbarung über den Bau der Hamburg-Autobahn – Bonn zahlte *1,2 Milliarden DM – sollte* Staaken (Ost) oder Heerstraße (West) am 31. Dezember 1984 geschlossen werden. Ein neuer Kontrollpunkt im äußersten Nord-Zipfel West-Berlins steht, mit 17 Bonner Millionen Mark errichtet, seit *November 1982 bereit.* Aber auf westlicher Seite reichten sieben Jahre Vorbereitung nicht aus, um in der Stadt rechtzeitig einen Schnellstraßen-Zubringer zu eben jenem neuen Übergang Heiligensee/Stolpe anzulegen. *Der Bund bringt* für diese Straße, die bisher bis auf 2300 Meter nur auf den Reißbrettern der Tiefbau-Ingenieure steht, 515 Millionen Mark auf.

Ohne Ost-Berlins Nachgeben wären Berlins Auto-Touristen und Ausflügler vom Frühling 1985 an in Abgasen und Massenstaus gefangen gewesen. Denn zum neuen Übergang schlängelt sich bisher nur eine über *100 Jahre alte baumgesäumte* märkische Chaussee. Lediglich die letzten 2,3 Kilometer vor der Grenze sind für knapp *100 Millionen* Mark aus der Bundesschatulle schon hergerichtet.

Selbst das Einlenken Ost-Berlins, das die „DDR"-Kasse nicht belastet, da der Kontrollpunkt für den Besucherverkehr ohnedies offengeblieben wäre, reicht zeitlich womöglich noch immer nicht aus: Denn Berlins Oberverwaltungsrichter fanden 1982 aufgrund von Klagen mehrerer Anwohner manches juristische Haar in den Bebauungsplänen früherer Landesregierungen. Sie waren 1981 vom CDU-Senat anstandslos übernommen worden und erwiesen sich im Prozeß größtenteils als nichtig.

Zwar besaßen weder die Bundesregierung noch der Senat konkrete Hinweise auf einen positiven „DDR"-Bescheid in Sachen Staaken, aber Eingeweihte im Rathaus Schöneberg munkelten seit Tagen: „Es ist etwas in Bewegung gekommen." Vor allem Weizsäckers und Eberhard Diepgens Staatskanzlei-Chef Hansjürgen Schierbaum hatte immer wieder auf eine Entscheidung Ost-Berlins gedrängt.

Bei einer politischen Koordinierungsrunde im Mai in Bonn setzte sich vor allem auch der Bundesbevollmächtigte Peter Lorenz (Berlin) für das Senatsanliegen ein. Staatssekretär Hans Otto Bräutigam streifte das Thema ebenfalls, wo immer er mit „DDR"-Vertretern zusammentraf.

Dem Senat war in jedem Falle an einer Entscheidung gelegen – um bei einem endgültigen Ostberliner „Nein" rechtzeitig Vorsorge für einen Notausbau von Straßen in den sonst *total überlasteten Berliner Norden* zu treffen.

Bis zum Montag beharrte Ost-Berlin auf „absoluter Vertraulichkeit", so daß Diepgen selbst zu seiner Pressekonferenz nur unter dem Codewort „erhebliche Bedeutung" einlud. Mit dem Vize-Außenminister Kurt Nier gab einer der unflexibelsten und dogmatischsten „DDR"-Amtsträger das Ja des Politbüros seinem herbeigerufenen Gast Bräutigam bekannt.

Dorn für Moskau

Die Sowjets haben nach Überzeugung westlicher Experten im Bereich ihrer Truppenübungsplätze Döberitz/Dallgow unmittelbar neben der heutigen Transitstraße F 5 modernste Mittelstreckenraketen stationiert. Ihnen ist der Transitverkehr – nach Öffnung der Hamburg-Autobahn 60 Prozent mehr – seit Jahrzehnten ein Dorn im Auge.

Das Entgegenkommen Ost-Berlins kann eine Folge taktischer Überlegungen im Vorfeld des Honecker-*Besuchs sein und als Vorleistung* für künftige Erwartungen der „DDR" hinsichtlich neuer Vereinbarungen mit Bonn gewertet werden. Denn im vorigen Jahr zeigte Honecker weder bei seiner Begegnung mit Hans-*Jochen Vogel am 28. Mai* noch bei seinem Gespräch mit Weizsäcker am 15. September irgendeine Bereitschaft, von der vereinbarten Schließung abzurücken.

Deutsche Frage: Opposition soll Farbe bekennen

dpa, Osnabrück

Mit der Forderung der Grünen, das Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz zu streichen, muß sich nach Ansicht des *FDP-Präsidiums*mitglieds Irmgard Adam-Schwaetzer der Bundestag befassen. In einem *Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung"* sagte Frau Adam-Schwaetzer, die Grünen und die SPD sollten zu einer *eindeutigen* Klärung ihrer Standpunkte „in diesem Skandal erster Ordnung" gezwungen werden. „*Ich* bin sehr gespannt, ob die SPD auch die bisherige Position der großen demokratischen Parteien verlassen wird und auf den Kurs der Grünen einschwenkt, wie sie es in der Frage der Sicherheitspolitik – vor allem in der NATO-Nachrüstungsthematik – getan hat und dafür sogar Bundeskanzler Schmidt opferte", betonte die FDP-Politikerin.

Völlig unbegreiflich sei, so Frau Adam-Schwätzer, daß die FDP aus rein machtpolitischen Gründen sich immer mehr bereit zeige, mit einer Partei zusammenzuarbeiten, die sich nicht nur in der Deutschen Frage vom Grundgesetz losgesagt habe. „Der Preis, den die SPD dafür an die Grünen zahlen muß, ist im Interesse der Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland viel zu hoch."

Die FDP-Politikerin fügte hinzu: „Was sollen eigentlich die Deutschen in der DDR von uns Deutschen in der Bundesrepublik halten, wenn wir eine Protestpartei so stark machen, die das sicherlich ferne Ziel einer Wiedervereinigung aufkündigt?"

„DDR" will Transitreisenden bleifreies Benzin anbieten

Umweltkonferenz in München / Meinungsunterschiede über Art der Bekämpfung

D. GURATZSCH/DW. München

Die „DDR" will Transitreisenden und anderen westlichen Autofahrern bleifreies Benzin anbieten, wenn dies durch entsprechende Umweltschutzbestimmungen in der Bundesrepublik erforderlich werden sollte. Das erklärte der für den Umweltschutz zuständige „DDR"-Minister Hans Reichelt im Westdeutschen Rundfunk. Die Ostberliner Behörden sehen es nach den Worten Reichelts jedoch nicht als vorrangige Umweltschutzmaßnahme an, den eigenen Kraftfahrzeugverkehr auf den Betrieb mit Abgaskatalysatoren und bleifreiem Benzin umzustellen.

Auf der Multilateralen Umweltkonferenz in München sind die tiefgreifenden Meinungsunterschiede zwischen den einzelnen Staaten über die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Luftverschmutzungen gleich deutlich geworden. Zahlreiche Staaten, darunter die USA, Großbritannien und auch die kleineren Ostblock-Staaten, weigerten sich ausdrücklich, dem sogenannten „Dreißig-Prozent-Klub" beizutreten.

Dagegen erklärten neben Belgien mit überraschender Eindeutigkeit auch die Sowjetunion, Weißrußland, die Ukraine und die „DDR" ihren „Beitritt" zu dieser Staatengruppe, die sich im März dieses Jahres in Ottawa verpflichtet hat, ihre Schwefeldioxid-Emissionen bis spätestens 1993 um „mindestens 30 Prozent" gegenüber 1980 zu verringern.

Zu der Konferenz (31 Teilnehmer-Staaten) haben außer Albanien auch sämtliche Staaten des Ostblocks Delegationen entsandt. Die Konferenz gilt damit als das wichtigste internationale Umweltforum seit der Stockholmer Umweltkonferenz von 1972 *und seit der Genfer Konferenz* von 1979, auf der 34 in der ECE, der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen *für Europa, zusammen*arbeitende Staaten eine Konvention zur Begrenzung der grenzüberschreitenden Luftverunreinigungen beschlossen haben. Die dort noch fehlende Festlegung auf bestimmte Grenzwerte und Fristen *holten* zehn *Staaten* auf einem separaten Treffen in Ottawa im März dieses Jahres nach. Die Erweiterung dieses „*Dreißig-Prozent-Klubs*", dem zunächst neben Kanada, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, den Niederlanden, Österreich, der Schweiz, Frankreich auch die Bundesrepublik angehörte, auf „ganz Europa" bezeichnete Regierungssprecher Boenisch als eines der Ziele, die Bonn mit dieser Konferenz erreichen wolle:

Die Aussichten dafür standen nach dem ersten Konferenztag *nicht* besonders günstig. Während zahlreiche Staaten von gravierenden Schäden an Wäldern, Gewässern, Bauten und von zunehmenden Gefahren für die Gesundheit der Menschen berichteten und diese Bedrohungen auf *Luft*verschmutzungen, insbesondere auf Schwefeldioxid-Emissionen und Stick*oxid*-Emissionen zurückführten, erklärten andere Staaten, an der Spitze die Engländer und Amerikaner, die Forschungsgrundlagen für Gegenmaßnahmen reichten noch nicht aus.

Ihnen warf EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes „bequemen Umweltzynismus" vor, „der *sich letzter Unklar*heiten der Wirkungsforschung als Vorwand bedient, um das notwendige Handeln weit in die Zukunft hinauszuzögern".

Auch *Staatssekretär Carl-Dieter* Spranger vom Bundesinnenministerium stellte als Sprecher der Bundesrepublik an die Spitze *seiner* „nüchternen Bestandsaufnahme" die Gefährdung der menschlichen Gesundheit. Es war das erste Mal, daß ein deutscher Politiker diese Bedrohung noch vor den großflächigen Waldschäden anführte. Spranger sprach von Anzeichen für eine „umfassende Bedrohung der gesamten Umwelt. Auch Nahrungsmittel würden verseucht. Mit den Schäden an Bauten und Denkmälern sei „das gemeinsame kulturelle Erbe Europas gefährdet".

Mit besonderem *Interesse wurde* der Bericht des Russen Juri Israel über im Westen wenig bekannte weiträumige *Umweltschäden in* der Sowjetunion aufgenommen. Danach sind die Binnenseen der Kolahalbinsel und Kareliens versauert, die Tonböden Nordwest- und Zentralrußlands tiefgreifend geschädigt.

Zahlreiche Redner der Eröffnungssitzung, darunter die Deutschen und auch „DDR"-Umweltminister Hans Reichelt, beriefen sich auf die Verpflichtungen, die die Unterzeichner der KSZE-Schlußakte von Helsinki eingegangen seien, als sie den Umweltschutz zu einem wichtigen Gebiet der *Zusammenarbeit* zwischen Ost und West erklärten.

Kein Asylantrag per Postkarte

BVG: Chancen für Ausländer nur bei vorherigem Antrag in der Bundesrepublik

H. H. HOLZAMER, Berlin

Mit zwei zentralen Fragen des Asylrechts mußte sich gestern der 9. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin auseinandersetzen. In dem ersten Verfahren, das zur Verhandlung anstand, ging es um einen 54jährigen Jugoslawen, der seit 1962 in der Bundesrepublik lebte und 1974 wegen wiederholter Straffälligkeit nach Jugoslawien abgeschoben wurde, ob*wohl in dieser Zeit ein Verfahren auf* Anerkennung als politischer Flüchtling lief. Die Gründe für den Asylantrag – Mitwirkung an Demonstrationen und Beteiligung an einer kroatischen Emigranten-Gruppe in Frankfurt – führten *1975* in Zagreb zu einer Verurteilung für 15 Jahren schweren Kerkers, die der Jugoslawe noch heute vermutlich im Gefängnis KPD Scara Gradiska verbüßt.

Das Hohe Gericht hatte dem Jugoslawen zwar zugegeben, daß die Ablehnung des Antrags durch die Bundesanstalt für die Anerkennung politischer Flüchtlinge rechtswidrig war, verneinte aber ein „rechtliches Interesse" an der Weiterverfolgung des Anerkenntnisverfahrens, da sich der Jugoslawe nicht in der Bundesrepublik befinde. Dies sei aber die Voraussetzung für Asylanträge.

Der Rechtsanwalt des Jugoslawen meinte, ein rechtliches Interesse sei doch gegeben, da sein Klient nach seiner Freilassung aus der Haft eventuell Schadenersatzansprüche gegen die Bundesrepublik geltend machen könnte und er dann ohne erneutes – heute schwierigeres – Verfahren als anerkannter Flüchtling mit seiner Familie in der Bundesrepublik leben könnte.

Diesen Argumenten schloß sich nach kürzerer Beratung das Bundesverwaltungsgericht an. In der Begründung führte es aus, daß es grundsätzlich dabei bleibe, daß es keinen Asylantrag per Postkarte aus dem Ausland geben könne. Denn das könnte dazu führen, daß tausendfach solche Anträge gestellt würden. Wenn aber der Antrag innerhalb der Bundesrepublik Deutschland gestellt worden sei, wenn also einmal ein *Kontakt zur Bundesrepublik* vorhanden gewesen sei, könne dieser Antrag auch aus dem Ausland weiterverfolgt werden. *(BVerwg E 9 c 196 aus 83)*

Bei der zweiten Frage ging es um das Schicksal mehrerer Afghanen, die Ende der siebziger bzw. Anfang der achtziger Jahre in die Bundesrepublik gekommen waren. Ihre Asylanträge hatten sie damit begründet, daß sie in ihrer Heimat Wehrdienst leisten müßten. Die Anträge waren abgelehnt worden, von den Vorgerichten dann aber doch positiv beschieden worden.

Die Gerichte, das Verwaltungsge*richt Karlsruhe und der Verwaltungs*gerichtshof Mannheim, hatten ihre Urteile darauf abgestellt, daß die Machthaber in Kabul regelmäßig auf die Streitkräfte zurückgriffen, um die Aufständischen und damit afghanische Bürger zu bekämpfen. Nicht nur die sowjetischen Invasionstruppen, sondern auch die regulären afghanischen Militäreinheiten beteiligten sich zudem an Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung. Sie seien somit ein Instrument, mit der politischen Opposition Afghanistans fertig zu werden.

Die Anwälte der Afghanen machten sich diese Argumente der Vorin*stanzen zueigen und trugen* weiter vor, ihre Mandanten, die nach wie vor in der Bundesrepublik leben, würden in Afghanistan gezwungen werden, „die elementarsten Gebote der Menschlichkeit" zu verletzen. Was ihnen zugemutet würde, seien Verstöße gegen Menschenwürde.

Die Entscheidung des Gerichtes lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor. (BVerwg 9 c 185 bis 187 aus 83)

Likud steuert auf neuen Tiefpunkt zu

dpa, Jerusalem

Knapp vier Wochen vor den Neuwahlen zur Knesseth in Israel hat der bislang regierende Likud-Block einen neuen Tiefpunkt erreicht. Nach jüngsten Meinungsumfragen kann Likud derzeit nur noch mit 36 von insgesamt 120 Sitzen im Parlament rechnen. Bei einer ähnlichen Umfrage im Mai war die jetzige Regierungskoalition noch auf 39 Mandate gekommen.

Die israelische sozialdemokratische Arbeiterpartei, die seit 1977 in *der Opposition steht*, wird *nach den* jüngsten demoskopischen Erhebungen mit 51 Abgeordneten als stärkste Fraktion in die Knesseth zurückkehren. Um die absolute Mehrheit und damit die Regierungsübernahme zu gewinnen, müßte sie allerdings eine Koalition mit einer Reihe kleiner Parteien eingehen. Ein möglicher Koalitiospartner wäre die „Jachad" des früheren Verteidigungsministers Eser Weizman , die derzeit mit drei Mandaten rechnen kann.

Moskau: Votum gegen Europas Einheit

„Prawda"-Analyse der Wahlen zeigt: Ergebnis läuft der eigenen Strategie zuwider

FERNANDO MEZZETTI, Moskau

Zunächst hat Moskau auf die Ergebnisse der Europawahl begeistert reagiert, dann aber mit Bitterkeit festgestellt, daß „der reaktionäre Block" noch immer stark sei. Moskau betrachtete die niedrige Wahlbeteiligung, die in den einzelnen Mitgliedsländern festgestellt wurde, gleichsam als Bestätigung der Opposition gegenüber den Zielvorstellungen einer europäischen Einigungspolitik. Der Erfolg der Labour Party in Großbritannien, der Grünen in der Bundesrepublik Deutschland, der Kommunisten in Italien wurde als ein Erfolg derjenigen gewertet, die die europäische *Einigung* ablehnen.

Doch sei, so hieß es weiter, die Stimme für das Europäische Parlament auch eine Stimme gegen die nationalen Regierungen gewesen; denn sie hätten die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen unterstützt. Großbritannien, die Bundesrepublik und Italien werden als Beispiele aufgezählt. Die Wahlniederlage der KP Frankreichs wird in den Analysen ignoriert, dagegen Besorgnis darüber ausgedrückt, daß die Nationale Front Zulauf erhalten habe.

Diese Analysen, wie sie die Parteizeitung „Prawda" veröffentlichte, spiegeln die innere Propaganda wider, auch die *Reaktion, die sich* zwangsläufig aus dem sowjetischen System ergibt. Für westliche Analytiker *stellt* die weitgehende *Stimm*enthaltung eine bedauernswürdige Gleichgültigkeit der Wähler gegenüber den Problemen des geeinten Europas dar, für die „Prawda" nicht. Indem sie ein Beurteilungskriterium anwendet, das ausschließlich sowjetisch ist, interpretiert sie die Enthaltung als eine Form aktiver Opposition. Denn in der Sowjetunion gilt ein *Wahlboykott in der Tat als oppositio*nelle Handlung.

Die „Prawda" begeistert sich über das gute Wahlabschneiden der italienischen Kommunisten, der Grünen in der Bundesrepublik und der Labour Party in Großbritannien; aber sie liefert dafür keine Erklärungen. Denn dann hätte sie sagen müssen, wie es kommt, daß diese Wähler mit ihrem Votum für Straßburg zwar etwas von europäischer Bedeutung getan haben, aber mit dem Zweck, Europa zu zerstören.

Mit der Sicherheit, die sie aus ihren zerbrechlichen ideologischen Gewißheiten herleitet, identifiziert die „Prawda" die Verlierer: es sind „jene Kräfte, die diese geschlossene europäische Wirtschaftsgemeinschaft in eine ebenso geschlossene, politisch militärische Allianz unter der Ägide der NATO umformen wollten". Und weiter: Diejenigen, die für das Europäische Parlament gestimmt hätten, „haben ihre Opposition zur politischen Einheit Europas, zur Begrenzung der nationalen Souveränität zugunsten supranationaler Organisationen, wie der EG, gezeigt".

Es ist reine Propaganda. Die „Prawda" weiß sehr gut, *daß* der Fortschritt der politischen Einigung Europas durch die Streitereien der Regierung blockiert wird und nicht durch Aktionen von Minderheiten.

Indem sie ihre eigenen Analysen widerlegt, wonach die Wähler vor allem gegen die politische Einheit Europas gestimmt haben, *fügt* das Blatt hinzu, daß der Wahlausgang jene Parteien belohnt habe, die sich der Sta*tionierung* der Mittelstreckenraketen widersetzt hätten.

Mit mehr Ehrlichkeit schrieb die Regierungszeitung „Iswestija": „Die *Europawahlen haben wieder dem re*aktionären Block die Mehrheit im Parlament von Straßburg zugewiesen. Immerhin haben sich die Kräfte konsolidiert, die eine Veränderung im politischen Klima Europas wollen, das jetzt so stark durch die Mittelstreckenraketen der Amerikaner beeinflußt wird.

Die Widersprüchlichkeiten der Analysen und die propagandistischen *Sprüche enthüllen die wahre Position* Moskaus: Es ist eine tiefe Opposition gegen jede Form europäischer Einigung. *Der Kreml verunglimpft* die supranationalen Institutionen Europas als „im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse" stehend.

In Wirklichkeit betrachtet Moskau *solche Einrichtungen* als einen Faktor, der Europa weniger verletzlich und weniger erpreßbar macht; und *daher nicht im Gegensatz* zu den „Interessen der Arbeiterklassen", sondern ihrer eigenen Strategie der Machtausübung steht. Das erklärt auch ihre noch härtere Opposition gegen die französisch-deutschen Initiativen, die Westeuropäische Union wieder zu beleben, die im Gegensatz zur EG ausdrücklich verteidigungspolitische Charakterzüge aufweist.

Aufgrund dieser Überlegungen hat *die Sowjetunion* nie die Existenz der EG anerkannt und nie Beziehungen zu ihr aufgenommen. Sie zieht den bilateralen Kontakt in den einzelnen Ländern in Europa vor, um Einfluß auszuüben. Und sie sieht die Mög*lichkeit* einer europäischen Einheit als Gefahr. Wenn die Europa-Euphorie der siebziger Jahre bei uns abgeklungen ist, sich in der Berechnung von Zuckerrüben und Milch aufreibt, ist Moskau deshalb nicht weniger wachsam geworden.

Parteispenden: Stiftungen durchsucht

hey. / p. p.Bonn

Die Staatsanwaltschaft hat erneut die Räume von zwei parteinahen Stiftungen durchsucht: Ermittlungsbeamte sind Anfang vergangener Woche bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) in Bonn und der Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP) in Königswinter gewesen. Dabei ging es nach WELT-Informationen unverändert um Ermittlung in der Parteispendenaffäre.

Am Montag vergangener Woche baten Beamte in der Friedrich-Ebert-Stiftung um „Einsichtnahme in die Bücher". Vor allem interessierte, ob die Institution satzungswidrig Spenden zur Unterstützung des „Arbeitskreises kommunalpolitische Bildung" oder für Scheinabonnements der SPD-Parteizeitung „Vorwärts" verwendet hatte. Die Ermittler nahmen allerdings keine Akten mit. Die Verfahren, in deren Fortgang sie nach Spuren suchen, werden voraussichtlich im Oktober eröffnet werden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hofft wie die Friedrich-Naumann-Stiftung, daß es ihr dann wieder besser geht: Durch die öffentlichen Ermittlungen ist ihr Spendenaufkommen versiegt. Beide sind zur Zeit fast ausschließ*lich abhängig von staatlichen* Zuschüssen, die abgerechnet werden müssen und ihnen „keine Flexibilität" mehr erlauben.

Im Anschluß an die Durchsuchung in Bonn fuhren die Beamten, verstärkt durch Mitglieder der Bremer Staatsanwaltschaft, auf die Margare*thenhöhe zur Friedrich-Naumann*-Stiftung. Bis zum Freitag vergangener Woche kämpften sie sich durch die Unterlagen. Sie nahmen einen Karton mit, der mit Kontoauszügen gefüllt war. Die Mitarbeiter der Stiftung hatten sie ihnen freiwillig übergeben.

„Freiraum" für Deutsche

In Ungarn wächst das Interesse an der Muttersprache

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat während seines offiziellen Besuchs in Ungarn den „Freiraum" der dort lebenden Deutschen als beispielhaft gewürdigt. Zu den Unterlagen, die der Kanzler bei sich hatte, gehörten auch statistische Erhebungen. Danach wird die Zahl der in Ungarn lebenden Deutschen nach aktuellen Veröffentlichungen mit etwa 220 000 angegeben, sie entspricht also zweieinhalb Prozent der Gesamtbevölkerung.

Im Vergleich zur Gesamtzahl der Angehörigen von nicht-ungarischen Volksgruppen ist diese Zahl noch immer bedeutend, da Slowaken, Südslawen und Rumänen in diesem Land zusammen weniger ausmachen. Die meisten Deutschen in Ungarn leben heute in Transdanubien, im ungarischen Mittelgebirge zwischen Donau-Knie und Plattensee und im Raum Fünfkirchen. Allerdings erreicht der Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung nur in wenigen Orten mehr als 30 Prozent, so vor allem im südlichen Komitat Branau. Aufgrund von Verordnungen zum Minderheiten- schutz sind in allen Orten mit gemischter Bevölkerung zweisprachige Ortstafeln *angebracht* worden, in denen der deutschsprechende Bevölkerungsanteil über 30 Prozent liegt. *Insgesamt* ist dies, wie es in Unterlagen heißt, in 34 deutschen Gemeinden der Fall. Es gibt auch ausschließlich von Deutschen bewohnte Gemeinden, zum Beispiel Obánya und Ofalu.

Im vergangenen Jahr existierten nach amtlichen Angaben 73 deutsche Kindergärten (etwa 4000 Kinder) und 174 Grundschulen (24 250 Kinder), in denen Deutsch als Muttersprache gesprochen *und unterrichtet* wird. In Frankenstadt (Baja) in Südungarn gibt es ein deutsches Gymnasium nur für die deutsche Volksgruppe, an zwei Gymnasien in Fünfkirchen (Pécs) und Budapest sind durchgängige Klassenzüge eingerichtet, in denen in allen geisteswissenschaftlichen Fächern Deutsch Unterrichtssprache ist (insgesamt 390 Schüler).

Die Zahl der am muttersprachlichen Unterricht interessierten und teilnehmenden Schüler steige ständig. Vor allem der „Demokratische Verband der Ungarndeutschen" bemühe sich um die Pflege der Muttersprache. ZK-Sekretär Aczél habe auf dem Kongreß des Verbandes im Dezember 1983 die Ungarndeutschen ausdrücklich zur Wahrnehmung ihrer sprachlichen und kulturellen Identität ermutigt. Der Verband gibt wöchentlich die „Neue Zeitung" (Auflage bis 5000) heraus. Das Regionalstudio Pécs des ungarischen Rundfunks sendet wöchentlich *300 Minuten in* Deutsch, das Regionalstudio Raab (Györ) zehn Minuten. Auch das ungarische Fernsehen produziert und sendet im Landesstudio Pécs ein Programm für die Ungarndeutschen, von dem zehn Minuten pro Woche in das Landesprogramm übernommen werden.

Im Jahre 1939 waren 470 000 Deutsche in Ungarn. Durch Krieg, Deportation und Zwangsaussiedlung nach Deutschland auf Veranlassung der alliierten Kontrollkommission hatte *sich diese* Zahl bis 1947 auf 250 000 reduziert. Während der Jahre 1948 bis 1952 hatten die Deutschen keine politischen und bürgerlichen Rechte. 1952 wurde eine Amnestie erlassen, die den noch im Lande verbliebenen Deutschen die ungarische Staatsbürgerschaft zurückgab und ihnen die Möglichkeit einräumte, ihr früheres landwirtschaftliches Eigentum von ungarischen Siedlern zurückzukaufen. Dies ist in etwa 80 Prozent der Fälle gelungen. Die Deutschen in Ungarn haben seitdem den gesetzlichen Status einer nationalen Minderheit.

Seite 2: Deutsche und Ungarn

Wieder Festnahmen in Jugoslawien

cgs. Wien

Die jugoslawischen Sicherheitsbehörden haben einen weiteren Teilnehmer der „Karfreitag-Diskussion" – jener Veranstaltung in einer Belgrader Privatwohnung, bei der Milovan Djilas über die nationale Frage referieren sollte – verhaftet. Damit sitzen insgesamt sieben Personen aus dem Kreis von 28 Teilnehmern im Gefängnis. Es handelt sich um den 23jährigen Philosophie-Studenten Gordan Jovanovic. Gleichzeitig beschlagnahmte die jugoslawische Polizei in mehreren Belgrader Buchhandlungen den soeben auf Veranlassung oppositioneller Kreise nachgedruckten Bericht der ideologischen Kommission des kroatischen ZK über oppositionelle Literatur. Diese Publikation, die eine schwarze Liste von 200 Namen prominenter jugoslawischer Intellektueller enthält, welche sich oppositionell gegen das Regime geäußert haben, wird in einem in Belgrad kursierenden „offenen Brief" als „Manifest des Neo-Stalinismus" und als Versuch bezeichnet, jede offene Diskussion zu ersticken.

Das Mitglied des jugoslawischen *Parteipräsidiums*, Mitja Ribicic, hat in einem Interview für das ungarische Fernsehen erklärt, die jugoslawische *Opposition* lasse *sich durch die anti*kommunistische Linie des US-Präsidenten Reagan inspirieren.

DIE WELT

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden (Berlin); Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp (Bonn, verantwortlich für den Inhalt). Verlag und Druck: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1. Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler. Verantwortlich für Anzeigen: Dietrich Windberg. Redaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Keine Aussichten mehr für Swapo?

Pretorias Politik verändert die Lage im südlichen Afrika / Nujomas zweite Front

MANFRED NEUBER, Windhuk

Südafrikas erfolgreiche Strategie des „Hit-and-Talk" (auf militärische Präventivschläge gegen Frontstaaten folgen diplomatische Offerten zur Hilfe und Zusammenarbeit mit schwarzen Nachbarn) hat die Konfliktlage im südlichen Afrika verändert. Sie stellt sich, teilweise paradox, so dar:

● Gemeinsam wachen je 300 Soldaten Südafrikas und des marxistischen Regimes in Luanda an der Südgrenze Angolas darüber, daß die Terrorüberfälle der Swapo auf Südwestafrika unterbleiben. Offiziell unterstützt Luanda den „bewaffneten Kampf" dieser sogenannten „Befreiungsbewegung".

● Nach Angola entsandte kubanische Söldner schützen die Anlagen amerikanischer Erdöl-Multis in der Enklave Cabinda vor Angriffen prowestlicher Buschkämpfer. Mit den Petrodollars für den Rohöl-Export bezahlt Luanda den Unterhalt der Kubaner.

● Südafrika will tausend Armee-Angehörige auf Ersuchen des marxistischen Regimes in Moçambique zum Schutz des Cabora-Bassa-Staudammes abstellen. Bisher bildete Pretoria die Partisanen aus, die das Kraftwerk bedrohen. Nach der Übereinkunft mit Maputo wurden sie über Nacht fallengel[illegible] Moçambique will Strom im Tausch für Lebensmittel an Südafrika liefern.

Solche „verkehrten Fronten" können das Feindbild von Oberst Krohn nicht erschüttern. Der Kommandeur des Wehrbereichs Windhuk schildert im kantigen Südwester-Deutsch das Absetzmanöver der *südafrikanischen* Streitkräfte aus Südangola als durchschlagenden Erfolg. „Angola war bisher ein Sprungbrett für die von Moskau gelenkte Subversion im südlichen Afrika", sagt er. Diese Gefahr sei jetzt gebannt. Südafrika habe die Guerrilla-Taktik, wie sie General Giap in Vietnam verfolgte, gegen die Angreifer angewandt. Nun werde auch der Ho-Tschi-Minh-Pfad aus Angola abgeschnitten.

Nach Darstellung des südafrikanischen Militärs finden die Swapo-Kämpfer bei der Bevölkerung im Ovambo-Land an der Grenze zu Angola immer weniger Unterstützung. Deshalb versuche die Swapo, *vom* östlichen Botswana aus eine zweite Front gegen Südwestafrika aufzubauen. *Während angolanische und süd*afrikanische Einheiten nördlich des Grenzflusses Cunene ein bis zu 150 Kilometer nach Angola hineinreichendes Dreieck als entmilitarisierte (Swapo-freie) Zone kontrollieren, läuft die – offiziell nicht zugegebene – Unterstützung Südafrikas für die prowestliche Unabhängigkeitsbewegung Unita in Angola weiter. Ihren Führer Jonas Savimbi lobt der Gesprächspartner in Windhuk als „einen Meister der gegenrevolutionären Kriegsführung".

Die Unita kontrolliert mehr als ein Drittel des Landes. Ohne die Präsenz der 25 000 Kubaner in Angola, so meinen Militärexperten, könnte sich das Regime in Luanda nicht halten. Savimbi verfügt über 20 000 Mann in Kampfeinheiten und ebensoviele Helfer. Zur weiteren Befriedung des südlichen Afrika gehört nach Auffassung der südafrikanischen Regierung der Abzug der Kubaner aus Angola und die Beteiligung der Unita an der Macht in Luanda. Mit der starken Position der Unita in Angola verfügt Südafrika indirekt über ein Machtmittel, um Luanda an die Verpflichtung zu erinnern, sein Territorium nicht als Ausgangsbasis *für den* Swapo-Terror gegen Namibia zu benutzen. Seit der zweiseitigen Übereinkunft ist von dritter Seite über drei Dutzend Mal gegen die Waffenruhe verstoßen werden.

Nach fast 18 Jahren Terror und Buschkrieg um Namibia muß sich die Swapo eingestehen, daß bei der jetzigen Konstellation im südlichen Afrika ein militärischer Sieg in Windhuk nicht möglich ist. Gegen *den* Rat gemäßigter afrikanischer Staatsmänner läßt Moskau es dennoch nicht zu, daß Swapo-Chef Sam Nujoma in eine Verhandlungslösung einwilligt.

Der „Berlinguer-Effekt" setzt sich nicht fort

Christdemokraten bei Regionalwahlen stärkste Partei

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Bei den Regionalwahlen auf Sardinien und bei kommunalen Teilwahlen in 88 über ganz Italien verstreuten Gemeinden hat die Democrazia Cristiana am Sonntag und Montag ihre traditionelle Position als stärkste Einzelpartei des Landes zurückerobert. Die Kommunistische Partei, die eine Woche zuvor bei den Europa-Wahlen an die Spitze gelangt war, ist wieder auf den zweiten Platz zurückgefallen.

Der „Berlinguer-Effekt", das heißt der unerwartete kommunistische Stimmenzuwachs dank einer Welle menschlicher Symphatie für den kurz vor der Europa-Wahl plötzlich verstorbenen KP-Generalsekretär Enrico Berlinguer, scheint verpufft zu sein. Da auch die anderen mit der DC in der römischen Regierungskoalition verbündeten Parteien diesmal besser abgeschnitten haben als vor einer Woche, hat sich die Lage der Regierung Craxi nach Ansicht der meisten politischen Beobachter konsolidiert. Mit einer unmittelbar bevorstehenden Krise wird jetzt kaum noch gerechnet.

Von den fünf Regierungsparteien zeigen sich neben der DC vor allem die Sozialisten des seit einem Jahr amtierenden Ministerpräsidenten Bettino Craxi mit dem Wahlergebnis sehr zufrieden. Sie erzielten in manchen Gemeinden sogar ihr bestes Resultat seit Jahrzehnten.

KPI verlor Stimmen

Auf Sardinien ging der Stimmenanteil aller fünf Regierungsparteien zwar im Vergleich zu den letzten Regionalwahlen des Jahres 1979 zurück, war aber, insgesamt gesehen, weit besser als das Resultat der Europa-Wahlen. Die DC, die 1979 auf der Insel noch 37,7 Prozent aller Stimmen erhalten hatte und deren Stimmenanteil dann bei den nationalen Parlamentswahlen des vergangenen Jahres in den sardischen Wahlkreisen auf 31,7 Prozent, bei den Europa-Wahlen sogar auf 31,2 Prozent abgesunken war, konnte sich wieder auf 32,2 Prozent hocharbeiten.

Auch die Sozialisten und die republikanisch-liberale Gemeinschaftsliste konnten ihren Stimmenanteil gegenüber den Wahlen vor einer Woche um zwei beziehungweise 1,6 Prozentpunkte erhöhen. Die Sozialdemokraten verbesserten sich ebenfalls. Die Stimmenkurve der KPI, die seit 1979 ständig angestiegen war (von 27,2 Prozent über 28,8 Prozent bei den allgemeinen Parlamentswahlen des Vorjahres bis auf 32,4 Prozent bei den Europa-Wahlen), zeigt dagegen jetzt fallende Tendenz: die KPI erhielt diesmal 28,7 Prozent der Stimmen.

Bei den kommunalen Teilwahlen erlitten die Kommunisten vor allem in einigen Gemeinden Süditaliens empfindliche Rückschläge. In Matera (Lucanien) beispielsweise sank ihr Stimmenanteil von 32,8 Prozent vor einer Woche auf 21,6 Prozent. Derjenige der Sozialisten stieg gleichzeitig von 7,7 auf 14,3 Prozent.

Autonomiefrage wichtig

In politischen Kreisen Roms wird zwar darauf hingewiesen, daß bei den Gemeindewahlen oft lokale Faktoren das Ergebnis beeinflußt haben und daß bei den sardischen Wahlen die Autonomiefrage ihre Rolle gespielt hat. So errang auf Sardinien die autonomistische Aktionspartei 13,8 Prozent aller Stimmen. Trotzdem spricht kaum jemand den Wahlresultaten einen landesweiten Testcharakter ab.

Die ersten Kommentare aus dem Regierungslager sind von einer optimistischen Grundtendenz getragen. Der christdemokratische Parteipräsident Piccoli und Vizeparteisekretär Bodrato äußerten die Überzeugung, daß die Regierung gestärkt aus dem Wahlgang hervorgegangen sei.

Bei den Sozialisten zeigt sich sogar eine gewisse Euphorie. Das Parteiorgan „Avanti!" schrieb gestern morgen: „Die Sozialistische Partei schien stabil zu sein, aber heute zeigt sich, daß sie stark im Vorrücken ist, mehr als alle anderen Parteien."

Die Kommunisten bestreiten die Berechtigung eines Vergleichs zwischen den Europa-Wahlen und den jetzigen Teilwahlen. Sie vergleichen ihr Wahlergebnis mit demjenigen der letzten Regional- und Kommunalwahlen vor fünf Jahren. Das ermöglicht auch ihnen, eine positive Bilanz aufzumachen.

Über die künftige Regierungszusammenarbeit der römischen Koalition soll jetzt in einem Gipfelgespräch der Parteisekretäre mit Ministerpräsident Craxi diskutiert und entschieden werden.

Nach dem Aufmarsch von Paris: Mitterrand steckt im Dilemma

Die Position des Präsidenten ist schwächer denn je / Qualität eines Referendums

Von A. GRAF KAGENECK

Noch hallt Paris vom zürnenden Lärm der Millionen Menschen wider, die am Sonntag gegen die Aufhebung der privaten Schulen demonstrierten, da fragt man sich in den Hauptquartieren beider Lager betreten, wie es nun weitergehen soll. Der Umfang der Demonstration hat alle überrascht, die Organisatoren, die Opposition und die Regierung. So etwas hat es seit der Befreiung von Paris im August 1944 noch nicht gegeben. Noch nie haben sich so viele Franzosen zusammengefunden, um gegen eine Regierung, eine Institution oder eine gesellschaftliche Entscheidung zu protestieren.

Der Marsch der Million zum Bastilleplatz, den der gaullistische Politiker Alain Peyrefitte im „Figaro" in der Aussagekraft seiner Botschaft mit dem des „Völkchens" von Paris am 14. Juli 1789 vergleicht, kommt einem Referendum gleich. Niemand wird sich nun darüber täuschen können, daß die Schulreformpläne der sozialistischen Regierung nur unter Hinnahme schwerster sozialer Unruhen durchgesetzt werden können.

Ob sie dies tun wird, ist eine noch offene Frage. Präsident Mitterrand muß sich sehr überlegen, ob er auf der Reform bestehen soll. Nach dem vernichtenden Ergebnis der Europawahlen und dem Aufmarsch von Paris ist seine Position schwächer denn je. Gaullisten-Chef Chirac enthielt sich zwar der Forderung einiger anderer Oppositionspolitiker nach Auflösung der Nationalversammlung und vorzeitigen Wahlen, bescheinigte dem Staatschef aber, den „Kontakt" mit dem Volk, Basis der Macht der Präsidenten der 5. Republik, einseitig gebrochen zu haben. Damit verfüge er über keine Mehrheit mehr und müsse Konsequenzen ziehen.

Diese Konsequenz könnte nur sein, das Schulgesetz seines Bildungsministers Savary wieder rückgängig zu machen oder entscheidend abzuändern. Das Gesetz ist in erster Lesung Ende Mai von der Nationalversammlung angenommen worden und geht jetzt an den Senat, wo es wegen der bürgerlichen Mehrheit mit Sicherheit nicht durchkommt. Es würde dann in der Regel mehrfach zwischen beiden Häusern hin- und hergeschoben und, wenn es nicht zu einer Einigung im Schlichtungsausschuß kommt, endgültig von der Nationalversammlung verabschiedet. Präsident Mitterrand wird in den nächsten Tagen den Senatspräsidenten Poher empfangen, einen gemäßigten Christdemokraten der ersten Nachkriegsstunde, um mit ihm den Gesetzestext zu erörtern.

Im Grunde geht es nur um einen Punkt: Die Übernahme der Lehrer an Privatschulen in den Staatsdienst und deren Verkoppelung mit der staatlichen oder kommunalen Unterstützung für solche Schulen. Aber gerade im Kommunalen hakt es. Erfahrungen mit sozialistisch oder kommunistisch dirigierten Gemeinden haben gezeigt, daß Zuwendungen äußerst unwillig geleistet und wenn, mit hohen Auflagen für den Lehrplan verbunden werden. Der entsprechende Paragraph im Gesetz war von den Ultras des laizistischen Lagers (etwa ein Drittel der Sozialistischen Partei) in der ersten Lesung erheblich verschärft worden, und hieran hatte sich der erbitterte Widerstand der katholischen Elternschaft entzündet. Eine Änderung dieses Paragraphen würde auf ebenso erbitterten Widerstand der „Laizisten" stoßen.

Präsident Mitterrands Lage ist also äußerst unbequem. Er kann nur auf Mäßigung in beiden Lagern hinwirken und die Zeit für sich arbeiten lassen. Im katholischen Episkopat kann er sich auf ausgleichende Elemente stützen. Er wird einige Bischöfe empfangen. Weniger leicht wird ihm das bei der Anhängerschaft der öffentlichen Schule fallen, die überzeugt ist, den „Kathos" schon viel zu viel Konzessionen gemacht zu haben und keinen Schritt mehr zurückweichen will. Als dritter Weg bleibt ihm ein Appell zur Vernunft an die Öffentlichkeit. Er hat ihn am Montag im Dörfchen Montsauche im Departement Nievre beschritten, als er sagte: „Die Gründe zu allem Unglück sind immer Fanatismus und die Weigerung, den anderen verstehen zu wollen. Ich wünsche mir von ganzem Herzen, daß die Franzosen sich wenigstens untereinander verstehen und der Vernunft zum Triumph verhelfen werden, daß ihr Herz über ihren Verstand siegen möge."

Distanz zu Polens Regime-Katholiken

J.G.G. Düsseldorf

Als Antwort auf die neue Politik des „Polnisch-katholisch-gesellschaftspolitischen Verbandes" (PZKS) hat Primas Glemp dem Wochenorgan dieses Verbandes „Lad" untersagt, sich im Untertitel als katholische Zeitschrift zu bezeichnen. Eine führende Gruppe des Verbandes regimenaher Katholiken unter Führung des Nationaldemokraten Olszewski hatte kürzlich den Gründer der Zeitung, Zablocki, als Vorsitzenden abgesetzt. Er war einer der letzten Kontaktmänner zur Amtskirche.

Manila: Ermordeten Beamte Aquino?

AP, Manila

Der philippinische Ministerpräsident Virata hat vor der Kommission, die mit der Untersuchung des Mordes an dem Oppositionsführer Benigno Aquino im August 1983 beauftragt wurde, nicht ausgeschlossen, daß Angehörige des öffentlichen Dienstes an der Ermordung des Oppositionsführers beteiligt gewesen sein könnten. Es habe zwar keinen Plan der Regierung gegeben, doch könne man nicht wissen, ob einzelne Angehörige der Regierung oder des Behördenapparats in den Fall verstrickt seien.

Unità: Angola zu Gesprächen bereit

DW. Johannesburg

Die angolanische Regierung ist nach Meinung des Anführers der Untergrundbewegung Unità, Savimbi, zu Verhandlungen über das Ende der Guerrillatätigkeit bereit. In einem Interview des südafrikanischen Rundfunks erklärte Savimbi, aus „zuverlässiger" Quelle wisse er, daß der „harte Kern" der marxistischen Regierung in Luanda in absehbarer Zeit direkten Gesprächen mit seiner prowestlichen Bewegung nicht mehr aus dem Wege gehen werde, falls die Unità bis dahin nicht „ausgeschaltet" sei.

Mudschahedin suchen noch den idealen Führer

Afghanistans Ex-König nicht für alle Gruppen akzeptabel

WALTER H. RUEB, Bonn

Junos Khales und Sebquatullah Mudjadiddi, zwei prominente Führer des afghanischen Widerstandes aus verschiedenen Lagern, saßen in Bonn bei Besuchen von Auswärtigem Amt, Ministern, Repräsentanten von Parteien, Organisationen sowie der Medien einträchtig an einem Tisch. Das Zeichen einer Annäherung von fundamentalistischen und gemäßigten Parteien und der Überwindung der Zersplitterung einzelner afghanischer Gruppen im Kampf gegen die sowjetische Aggression?

Zu Gast in Bonn

Zumindest ein Zeichen der Hoffnung. Der Gastgeberin, der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin bei Bonn, war es nicht schwergefallen, die beiden Guerrillaführer gemeinsam einzuladen. Und Mudjadiddi, der seit 30 Jahren gegen die Versuche kämpft, Afghanistan dem sowjetischen Machtbereich einzugliedern, dafür jahrelang im Gefängnis saß, nach Libyen, Saudi-Arabien, Norwegen und schließlich nach Pakistan emigrierte, sagte unmißverständlich: „Wir haben alle ein gemeinsames Ziel: die Befreiung unseres Landes von den sowjetischen Aggressoren."

Khales ging auf das Thema einer Einheitsfront hinter einem legitimierten Führer ausführlicher ein. „Die Einigung kann zustande kommen, wenn ein Führer mit folgenden Eigenschaften gefunden wird: Er muß dem mohammedanischen Glauben verpflichtet, über jeden Zweifel erhaben und hochgeachtet sein; er muß überall Autorität besitzen und darf nicht durch eine zweifelhafte politische Vergangenheit belastet sein. Schließlich muß er in der Lage sein, geeignete Maßnahmen, die zu einem Sieg über die Russen oder zumindest zu einer politischen Lösung des Afghanistan-Problems führen, zu ergreifen."

Den im römischen Exil lebenden ehemaligen König Zahir Schah hält Khales nicht für die geeignete Persönlichkeit. Zahir Schah wehrte sich nach seiner Meinung zu wenig gegen die kommunistische Infiltration und Umarmung Afghanistans und ist dadurch politisch zu stark belastet. Khales: „Zahir Schah machte zu viele Fehler. Wir haben die Verhaftung großer islamischer Führer unter seiner Herrschaft nicht vergessen."

In allen anderen Punkten waren sich die beiden Guerrillaführer einig. Die Sowjets seien in jüngster Zeit aggressiver geworden. Khales: „Sie zerstören Afghanistan systematisch, um es zu entvölkern. Die Zivilbevölkerung wird regelrecht abgeschlachtet, doch der Widerstand ist dadurch nur noch stärker geworden. Und die Kampfmoral der Mudschahedin ist nach wie vor sehr gut."

Übereinstimmend bezeichneten beide Führer die sowjetischen Hubschrauber als größte Gefahr für den Widerstand; doch auch der Einsatz von Flugzeugen und Panzern fordere viele Opfer unter den Afghanen. Khales klagte: „Immer wieder setzen die Sowjets chemische Waffen gegen uns ein . . ."

Kritik übten Khales und Mudjadiddi an der Gleichgültigkeit Irans am Schicksal Afghanistans. Mudjadiddi führte die ausbleibende Hilfe des westlichen Nachbarlandes auf die Glaubensgegensätze zwischen Khomeinis fundamentalistischem und Afghanistans gemäßigtem Islam zurück und auch auf Teherans innenpolitische und militärische Probleme. Skeptisch äußerte sich Mudjadiddi zur Frage, ob eine politische Lösung des Afghanistan-Problems in absehbarer Zeit möglich sei. „Nur wenn Europa und die ganze freie Welt wirtschaftlichen und politischen Druck auf die Sowjetunion ausüben, hat eine politische Lösung des Afghanistan-Problems auf dem Verhandlungsweg überhaupt eine Chance."

Militärhilfe erwünscht

Im Auswärtigen Amt versprach man dem freien Afghanistan nach Angaben der zwei Repräsentanten humanitäre Hilfe. Mudjadiddi und Khales aber appellierten an die freie Welt: „Wir brauchen auch militärische Hilfe. Militärische Hilfe ist letztlich auch eine humanitäre Tat, denn gegen viele Waffen der Sowjets sind wir nach wie vor wehrlos. Hilfe kann verhindern, daß im Innern Afghanistans Resignation aufkommt, die dann zahlreiche unserer Landsleute in die Arme von (Staatschef) Babrak Karmal treibt. Hilfe aber darf an keinerlei politische Bedingungen geknüpft sein."



Fliegen in Deutschland:
Die Zeiten für Geschäftsreisen waren noch nie so günstig.

Wir möchten Ihnen das Fliegen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland noch angenehmer machen: mit dem Intervall-Verkehr zwischen verschiedenen deutschen Städten. Wenn Sie regelmäßig bestimmte Strecken fliegen, haben Sie dadurch zwei Vorteile. Erstens: Die Abflugzeiten lassen sich leichter merken. Zweitens: Sie sind freier in Ihrer Planung. Und damit flexibler. Fast so flexibel wie am Boden. Nur eben schneller. Buchen Sie deshalb Lufthansa. Es ist eine Frage der Zeit.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wirtschaft im Wettbewerb

„Grundgesetz des Wettbewerbs": WELT vom 8. Juni

Sehr verehrte Frau Gieskes,

für Ihren Artikel aus Anlaß des bevorstehenden 75-jährigen „Geburtstages" des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs (UWG) ist Ihnen zu danken, wenn ich auch in einigen Passagen widersprechen möchte. So kommen keineswegs „immer wieder Politiker auf die Idee, man müsse es verbessern".

Sie selbst kennen doch die ungezählten Klagen aus dem Einzelhandel – besonders aus dem Lebensmitteleinzelhandel –, die Verkaufsstrategien anprangern, die nun wahrhaftig nichts mehr mit fairem Wettbewerb, aber alles mit ruinösem Preiskampf und damit Verdrängungswettbewerb zu tun haben. Dieser unbestreitbare Sachverhalt hätte eine sachgerechtere Würdigung verdient als den Hinweis, hier vergnügten sich Politiker ohne jeden Handlungsbedarf auf einer Spielwiese.

Ebenso widersprechen möchte ich Ihrer Schlußfolgerung, die Neigung der Wirtschaft zu Selbsthilfemaßnahmen werde nachlassen, wei sie wisse, daß ihr beim Scheitern ihrer Selbsthilfebemühungen ein Gesetz droht. Genau das Gegenteil ist der Fall! Vielmehr gewinne ich den Eindruck, daß unsere feste Absicht, für den Fall des endgültigen Scheiterns dieser jahrelang ergebnislosen Bemühungen um die Gemeinsame Erklärung einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen, von den Betroffenen als heilsamer Einigungszwang empfunden wird, der letztlich das Handeln des Gesetzgebers überflüssig machen kann. Was in *diesem Zusammenhang* die Binsenweisheit vom qualitativen Unterschied zwischen einer freiwilligen Erklärung und einem gesetzlichen Verbot bedeuten soll, ist mir eigentlich nicht ganz klar.

Zu guter Letzt hätte ich mir auch eine etwas differenziertere Erörterung der Unter-Einkaufspreis-Verkäufe gewünscht. Es ist ja keineswegs so, daß wir hier ein uneingeschränktes Verbot fordern. Ich möchte vielmehr ausdrücklich feststellen, daß wir die gesetzliche Festlegung bestimmter Kriterien anstreben, bei deren Vorliegen eine solche Verkaufsstrategie unzulässig ist. Und: Wenn die Wirtschaft sich ohnehin darum bemüht, was denn wohl einen Richter veranlassen könnte, „in den Eingeweiden der Wirtschaft herumzuwühlen".

Ich stimme Ihrem Hinweis gerne zu, die Stärke des UWG liege in seiner wirtschaftspolitischen Neutralität. Genau aus dieser Neutralität folgt für mich die Notwendigkeit, Verzerrungen *zugunsten der einen oder der* anderen Seite abzubauen. Wir brauchen die Wiederherstellung gleicher Chancen am Markt und – solange Verzerrungen nicht abgebaut sind – befristete Maßnahmen zum Schutz vor den häufig existensbedrohenden Folgen der Ungleichbehandlung, wenn es anders nicht geht. Aufgabe der Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren ist es, die den Mittelstand bedrohenden Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen und keine neuen entstehen zu lassen. Diese Übergangsphase wird in die übergeordnete Zielsetzung der Ordnungspolitik einmünden müssen, nach der kein Marktteilnehmer wegen der Größe bevorzugt oder benachteiligt wird. Dabei handelt es sich nicht um wechselnde wirtschaftspolitische Vorstellungen, sondern vielmehr genau um das Grundanliegen des Gesetzes.

Mit freundlichen Grüßen
H. Hauser (Krefeld), MdB, CDU
Bonn

Rentenreserve

„Wittrock sieht in der Beeinflussung aktuelle Vorgänge die Hauptaufgabe"; WELT vom 12. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

die „Beitragsreserven" in der Rentenversicherung, die Präsident Wittrock vom Bundesrechnungshof sieht, weil die Rentenversicherungsanstalten ihren Prüfungspflichten bei den Arbeitgebern nicht ausreichend nachkämen, sind leider sehr fraglich.

Nach den Erkenntnissen des Bundesversicherungsamtes aus 13 Geschäftsberichten von Trägern der Arbeiterrentenversicherung hat sich beispielsweise bei ca. 11 000 geprüften Betrieben nur eine Beitragsnachforderung von 0,09 Prozent des Gesamtbeitragsaufkommens ergeben. Dies ist weniger als ein Zehntel der vom Bundesrechnungshof angenommenen Erfolgskurve. Dabei ist weiter zu berücksichtigen, daß die Effizienz der Prüfungen mit einem höheren Prozentsatz der erfaßten Betriebe merklich abnimmt und auch sehr stark durch die fehlende Realisierungsmöglichkeit *mancher* Nachforderungen eingeschränkt wird. Wenn in die Überlegungen einbezogen wird, wie oft auch Konkursverfahren gegen säumige Arbeitgeber durch die Träger der Sozialversicherung eingeleitet werden, bleibt fraglich, ob eine stärkere Prüftätigkeit entsprechend größere nachträgliche Beitragseinnahmen mit sich bringt.

Trotz dieser Zweifel arbeiten derzeit alle Beteiligten an einem Konzept für einen realisierbaren und wirkungsvollen Beitragseinzug.

Mit freundlichen Grüßen
W. Gleitze,
Vizepräsident des Bundesversicherungsamtes,
Berlin

Leser und Streik

Sehr geehrte Damen und Herren,

als langjähriger Abonnent Ihrer Zeitung ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich zu danken, die es ermöglicht haben, daß ich während der 10 Wochen des ausgesprochen politischen Streiks jeden Morgen die WELT aus dem Briefkasten holen konnte. Es hat sicherlich eines – von Außenstehenden gar nicht hoch genug einzuschätzenden – außergewöhnlichen Maßes an Engagement, Einfallsreichtum und fachlichem Können bedurft, um diese großartige Leistung zu vollbringen. Ich denke in diesem Zusammenhang vor allen an den – wenn ich richtig informiert bin – oft täglich wechselnden, „geheimen Streik-Takt" bei der Auswahl der Betriebe und an die damit verbundenen, nur schwer vorstellbaren Zwänge für die Redaktionsarbeit, den Druck und den Vertrieb. Dabei wurde ein einmaliger Beitrag zur Erhaltung der Pressefreiheit geleistet.

Bei denjenigen Ihrer – als Partner handelnden – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen dies alles zu verdanken ist, sollte außerdem noch eine – in unserem Staat leider immer seltener werdende – Tugend Erwähnung finden: die Zivilcourage. Ich kann mir aufgrund der im Fernsehen gezeigten Verhaltensweise von sogenannten Streikposten gut vorstellen, welchen erpresserischen Machenschaften jene verantwortungsbewußten Menschen in Ihren Betrieben seitens der Drahtzieher aus dem Bereich der IG „Druck und Zensur" nebst deren leichtgläubigen Mitläufern ausgesetzt sind und – leider – wohl auch noch über das Streikende hinaus ausgesetzt bleiben werden.

Diese Ihre Mithelfer haben bewiesen, daß sie das Grundrecht der freien Meinungsäußerung über die polemischen Parolen von Funktionären stellen, die – selbst frei von Risiken – zu einem unzeitgemäßen, neuen Klassenkampf aufrufen. Ich wünschte, daß dieses Beispiel Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an staatsbürgerlicher Besonnenheit in einer wirtschaftlich schwierigen Phase unserer Republik viele Verführte zur Umkehr bewegen würde, bevor es zu spät ist.

Mit allen guten Wünschen
für weitere erfolgreiche Arbeit
E.-U. Hantel,
Bonn 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte ich meinen Dank und meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß Sie trotz des Streiks, von dem Sie ja – wie ich weiß – besonders stark betroffen sind, an allen Tagen die von mir abonnierte WELT herausgebracht haben.

Ich finde vor allem bemerkenswert, daß Sie mit Hilfe von Mitarbeitern, die loyal zu Ihrer Zeitung stehen und oft unter großen Schwierigkeiten gute Notausgaben setzten und druckten, obwohl das bei einigen sicher nicht ihr Fachgebiet war. Vielleicht könnten diese bald allein die WELT mit etwas Übung komplett bringen.

Manfred Nicolai,
Mönchengladbach

Wort des Tages

„Wo alle Askese aufhört, hört die Kultur auf. Das Evangelium des Sichauslebens, der Kultur der bloß subjektiven und bloß ästhetisch reizvollen Erlebniswelt des Individuums verhindert die geistigen Anstrengungen und die Selbstdisziplin, die allein das Weiterarbeiten an einer fortgeschrittenen und komplizierte Leistungen fordernden Kultur möglich machen. Wo der Pflichtgedanke stirbt, stirbt die Kultur."

Eduard Spranger; dt. Psychologe und Pädagoge (1882–1963)

Blumenfreund

„Auf der Blumeninsel feiert der Chef heute selbst"; WELT vom 8. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor einigen Wochen kam bei Ihnen ein Artikel anläßlich des 75. Geburtstages des Grafen Bernadotte heraus. Darin wird er als einer der großen Förderer des Umweltschutzes gepriesen. Dem steht entgegen, daß er eine Ordnungsstrafe von 5000 DM zahlen mußte, als er Unrat erheblicher Menge einfach in den Bodensee kippte. *Als ihm trotzdem seitens einer* überregionalen Naturschutzvereinigung eine Medaille des Naturschutzes als Anerkennung verliehen wurde, gaben eine größere Reihe von echten Umweltschutzmitgliedern aus Protest gegen diese ungerechtfertigte Anerkennung ihre Medaillen zurück.

Die Insel Mainau wurde durch ihn in ein jährlich millionenfach besuchtes beachtenswertes Blumenparadies verwandelt. Heute ist sie auf eine Stiftung übertragen, aber darin dürfte Graf Bernadotte noch immer bestimmend sein. Biologische Gesichtspunkte dürften auf dieser schönen Insel nicht bestimmend sein. Jetzt wird ein Feuchtgebiet bei Konstanz einer neuen Straße geopfert, die als Zufahrt für den Parkplatz der Grafen-Insel dienen soll. Bei den jahrelangen Auseinandersetzungen um eine neue Autobahnstraße, bei der es darum geht, ob die alte Straße lärmschützend ausgebaut werden soll, oder eine neue zerstörend durch schöne Waldungen, was von allen Umweltschützern energisch abgelehnt wird, hat er niemals ein Wort, das von ihm sicher nicht überhört worden wäre, für eine umweltfreundliche Straße gesprochen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Schultz-Friese,
Überlingen/Bodensee

Bis zu acht

„Leserbrief: Landsmannschaften heute"; WELT vom 21. Juni

Durch den Wegfall zweier Zeilen hat sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Es muß heißen, „daß in dem Jahr zwischen den Deutschlandtreffen alle schlesischen Heimatkreise ihre Treffen abhalten, an manchem Wochenende bis zu acht. Neu sind die Treffen, die nicht nur nach stammlicher Herkunft, sondern entsprechend der föderativen Gliederung der Bundesrepublik Deutschland ... stattfinden."

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Herbert Hupka, MdB, CDU

Personalien

BUNDESPRÄSIDENT

Bundespräsident **Karl Carstens** hat in Bonn die Reihe seiner Abschiedsgespräche begonnen. Er empfing als Stellvertreter des Bonner Diplomatischen Korps den Apostolischen Nuntius, Erzbischof **Guido del Mestri,** und die Botschafter der Arabischen Emirate, von Kuwait, Madagaskar und den Philippinen. Von weiteren Diplomaten wird Carstens sich am Sonntag auf dem Empfang in Schloß Brühl verabschieden.

Am Mittwoch gibt der scheidende Präsident ein Abendessen für die Mitglieder des Bundeskabinetts und ihre Frauen. Am Donnerstag empfängt er in seinem Amtssitz eine Hundertschaft des Bundesgrenzschutzes zum Abschied, am Freitag macht er der Bundeswehr in Bergen-Hohne einen Abschiedsbesuch. Am Abend gibt das Musikkorps einen Zapfenstreich in der Villa Hammerschmidt. Am Sonntag wird in einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat der neue Bundespräsident vereidigt.

GEBURTSTAG

Als sich Senator Dr. **Ernst Wrede,** der am 27. Juni 1984 sein siebentes Lebensjahrzehnt vollendet, im vergangenen Herbst nochmals zum Präsidenten der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB) und zum Vorsitzenden des Vereins der Bayerischen Metallindustrie (VB) wählen ließ, wußte er, was bevorstand: Die im voraus bereits zum härtesten Arbeitskampf in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland proklamierte Auseinandersetzung, die inzwischen lange Schatten auf Wirtschaft, Arbeitswelt und innenpolitisches Klima geworfen hat.

Der gebürtige Bremer trat in die Friedrich Merk Telefonbau GmbH ein, wurde dort 1954 Geschäftsführer dieses Unternehmens und 1970 Leiter der Geschäftsführung. Mitglied der Geschäftsführung ist er noch heute. Zugleich steht er dem Aufsichtsrat der Klosterbräu St. Veit AG vor.

Dr. Wrede ist Präsidialmitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), von „Gesamtmetall" und vom Landesverband der Bayerischen Industrie (LBI) sowie Vorstandsmitglied der Landesstelle Bayern des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI).



Im Redaktionsgebäude der WELT in Bonn sagte er Adieu: Dietrich Windberg, langjähriger Anzeigen-Chef von WELT und WELT am SONNTAG, seit 1952 bei der WELT. Zahlreiche Prominente aus Wirtschaft und Politik verabschiedeten ihn am Montagabend bei einem Empfang in den wohlverdienten Ruhestand. Unser Foto zeigt Windberg (r.) im Gespräch mit dem Unternehmensberater und früheren Düsseldorfer Wirtschaftsminister Gerhard Kienbaum. FOTO: HÖFT

Rogers lobt Bonns Beitrag zur Verteidigung

D.G. Hamburg

Ein gutes Zeugnis hat NATO-Oberbefehlshaber Bernard W. Rogers den Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik Deutschland ausgestellt. Bei einem Besuch im Hamburger Verlagshaus Axel Springer sagte der Vier-Sterne-General, wenn alle anderen europäischen NATO-Partner soviel wie die Bundesrepublik für ihre Verteidigung leisteten, würde sich das Bündnis in besserer Verfassung befinden. Als negative Beispiele nannte Rogers, der zugleich Oberkommandierender der US-Streitkräfte in Europa ist, die NATO-Staaten Portugal, Griechenland und Türkei.

General Rogers, der einer Einladung Axel Springers folgte, kritisierte besonders eine Streckung von Beschaffungsprogrammen sowie die Verringerung der Ausgaben für militärische Übungen und die Unterhaltung der Waffensysteme. Es berühre die Verteidigungsfähigkeit der NATO, wenn die Mitgliedsstaaten die zugesagten Steigerungsraten bei den Rüstungsausgaben von jährlich drei Prozent nicht erreichten.

Glückwunsch löst Erstaunen aus

p. p. Bonn

Erstaunen hat in der *SPD* ein Geburtstagsartikel ausgelöst: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Konrad Gilges *hat in der kommunistischen Zeitung* „UZ" dem ersten Vorsitzenden der DKP, Kurt Bachmann, den er „nun schon seit 25 Jahren" kennt, zum 75. Geburtstag „viel Glück" gewünscht. Gilges, im Bild abgedruckt, *erinnert sich in der „UZ" daran*, wie er mit Bachmann während der Ostermärsche „viele Kilometer durch das *Ruhrgebiet marschiert (ist)* und es dabei Gelegenheit gab, politische Gedanken auszutauschen". Er habe in *dem Kommunisten-Führer „einen* aufrechten Antifaschisten kennengelernt". Auch seien „viele *Argumente von Kurt Bachmann" gegen* „die atomare Bedrohung" für ihn „beeindruckend und überlegenswert" gewesen, schreibt Gilges, der auch Mitglied der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegener" ist, laut Verfassungsschutzbericht die „größte kommunistisch beeinflußte Organisation".

Legt Genscher noch 1984 den Vorsitz der FDP nieder?

Spekulationen über Sonderparteitag in diesem Jahr / Beratungen über die Nachfolge

STEFAN HEYDECK, Bonn

Hans-Dietrich Genscher wird möglicherweise noch in diesem Jahr als FDP-Vorsitzender zurücktreten. Es gibt Überlegungen, deshalb noch 1984 einen Sonderparteitag einzuberufen. Dafür spricht, daß der nächste ordentliche FDP-Kongreß im Februar 1985 „ein Programm- und kein Personalparteitag" werden soll. Dagegen stehen aber auch die hohen Kosten. Das verlautete vor einer Konferenz des Parteipräsidums und der FDP-Landeschefs gestern abend in Bonn.

Die Spitze der FDP beriet abermals, wer die Genscher-Nachfolge antreten soll. Wie sich bereits bei ihrem Treffen am vergangenen Donnerstag gezeigt hatte, ist der ehemalige Generalsekretär und bisherige Vorsitzende der liberalen Fraktion im Europa-Parlament (ELD), Martin Bangemann, aussichtsreichster Anwärter. Außerdem ging es um die Frage, ob er im Falle der Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Graf Lambsdorff diesen ablösen und ab dann gleichzeitig Hans Engelhard als Justizminister zurücktreten soll. Allerdings hieß es gestern, daß mit einer Entscheidung des Bonner Landgerichts „voraussichtlich" auch in dieser Woche nicht zu rechnen sei. Die Diskussion in der FDP über Lambsdorff nannte SPD-Fraktionschef Vogel eine „Beerdigungsverhandlungen bei geöffnetem Sarg.

Nachdem Genscher angekündigt hatte, „spätestens im Februar 1985" zurückzutreten, wurde in den FDP-Gliederungen eine Präferenz für Bangemann sichtbar. Auf der Sitzung am Donnerstag waren auch die Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer und Generalsekretär Helmut Haussmann ins Gespräch gebracht worden. Gestern kam es zu Kritik am Berliner FDP-Vorsitzenden Walter Rasch. Er hatte aus Verärgerung darüber, daß sich trotz der vereinbarten Vertraulichkeit Führungsmitglieder öffentlich auf Bangemann festgelegt hatten, in einem Interview von „Genscherismus" gesprochen. Rasch: „Oben wird bestimmt, und die Partei soll schlukken."

Auf einer Vorstandssitzung der nordrhein-westfälischen FDP, an der auch Haussmann teilnahm, gab es nach Angaben von Teilnehmern „großes Unbehagen" über den Landes-Chef, Staatsminister Jürgen Möllemann. Er wurde aufgefordert, sich stärker in der Landespolitik zu Wort zu melden. Gleichzeitig wurde in einer Erklärung scharfe Kritik am „Spiegel" geäußert, der Möllemann eine Verknüpfung von Amts- und Privatgeschäften vorgeworfen hatte. Auf dessen Gegendarstellung erwiderte das Magazin, er habe die Anschuldigungen nicht „entkräftet".

Möllemann meinte nach der Sitzung, die Bürger würden bei dem Urnengang im Mai 1985 über die Zukunft der FDP entscheiden. Haussmann hatte angedeutet, daß davon das politische Schicksal Möllemanns abhängen könnte: „Die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen werden zeigen, wie die Partei hier kämpft und ob sie hinter ihrer Führung steht."

Zunächst keine Hilfe für „Contras"

US-Senat streicht Finanzmittel / Gespräche mit Nicaragua in Mexiko aufgenommen

TH. KIELINGER, Washington

Für das Haushaltsjahr 1985 hat der US-Kongreß jetzt endgültig jede weitere amerikanische Hilfe für die in Nicaragua kämpfenden Aufständischen („Contras") untersagt.

Nachdem das Repräsentantenhaus bereits mehrfach in diesem Sinne abgestimmt hatte, folgte jetzt auch der Senat, indem er die Bitte des Weißen Hauses um 21 Millionen Dollar „Contra"-Hilfe von einer Gesetzesvorlage abkoppelte, über die für arbeitslose Jugendliche in den USA und vom Hunger bedrohte amerikanische Familien neue *staatliche Mittel* bereitgestellt werden sollen. Der Senat entschloß sich mit großer Mehrheit (81:1 Stimmen) für diese Entscheidung.

Erleichtert kommentierte der Sprecher des Abgeordnetenhauses, Thomas P. O'Neill: „Zum Glück für unser Land hat jetzt auch der Senat die merkwürdige Philosophie des Präsidenten zurückgewiesen, daß es wichtiger sei, Nicaraguaner zum Töten anzuheuern als Amerikanern Arbeit zu verschaffen."

Nur widerwillig hat das Weiße Haus dem Kompromiß zugestimmt. Entscheidend war, daß niemand das populäre Hilfsprogramm für die Unterbemittelten zum Scheitern bringen wollte. Darüber hinaus versprach Howard Baker, der Führer der republikanischen Mehrheit im Senat, die Vorlage zur Unterstützung der „Contras" in der nächsten Haushaltsperiode wieder einzubringen. Doch bleibt diese Aussicht mehr als ungewiß. Das gegenwärtige Hilfsprogramm für die Aufständischen in Nicaragua läuft am 30. September aus.

Inzwischen trafen sich in dem mexikanischen pazifischen Küstenort Manzanillo amerikanische und nicaraguanische Unterhändler zu ihrem ersten Kontaktgespräch, seit Außenminister Shultz am 1. Juni zu einem überraschenden Treffen mit der Junta-Führung in Managua zusammengekommen war. Die Begegnung in Manzanillo ist streng diskret. Auf amerikanischer Seite leitet das Gespräch der Sonderbotschafter für Zentralamerika, Harry Shlaudeman, auf nicaraguanischer Seite der stellvertretende Außenminister Victor Hugo Tinoco.

DW. Washington

In einer in Managua verbreiteten Erklärung der linksgerichteten Sandinisten-Regierung hieß es, die in Mexiko aufgenommenen Gespräche stellten aus der Sicht Nicaraguas das „Bemühen dar, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu normalisieren".

Vor der Aufnahme der Gespräche hatten sich allerdings Vertreter der nicaraguanischen Regierung skeptisch über die Aussichten zur Beilegung der amerikanisch-nicaraguanischen Differenzen geäußert. Der Konflikt gründe sich auf die Ansicht Präsident Reagans, daß Nicaragua bei der nach seinen Worten von der Sowjetunion und Kuba betriebenen marxistischen Unterwanderung Mittelamerikas Unterstützung leiste.

Lebers Plan: Kompromiß in mehreren Stufen

Auch unterschiedliche Wochenarbeitszeiten möglich

GÜNTHER BADING, Bonn

Der in Ludwigsburg nach fünf Schlichtungstagen vorgelegte „Einigungsvorschlag" für die Tarifparteien der Metallindustrie sieht einen Kompromiß in mehreren Stufen vor:

- 1984 soll eine reine „Lohn-Runde" werden mit Einkommensverbesserungen von 3,3 Prozent vom Juli an und einer „Einmalzahlung" von 250 Mark für die sogenannten „Nullmonate" seit Auslaufen des Tarifvertrags Ende Januar bis jetzt;
- zum 1. April nächsten Jahres wird die tarifliche Wochenarbeitszeit um 1,5 Stunden auf 38,5 Stunden verkürzt. Als Lohnausgleich für die kürzere Arbeitszeit werden die Löhne um 3,9 Prozent angehoben.
- Gleichzeitig werden Lohnerhöhungen von zwei Prozent für die nächsten zwölf Monate vereinbart. Die nächste Einkommens-Tarifrunde wäre dann erst im Frühjahr 1986 möglich. Die Laufzeit des Arbeitszeit-Tarifvertrags wird abgekoppelt von der Lohn-Laufzeit. Die Arbeitszeit von *38,5* Stunden wird festgeschrieben bis mindestens Oktober 1986.
- Differenzierung der Arbeitszeit. Die Arbeitszeit im Betrieb kann nach dem Leber-Plan „im Rahmen des Volumens, das sich aus der für den Betrieb *festgelegten* tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden ergibt" in Betriebsvereinbarungen *festgelegt* werden. Dabei können für Teile des Betriebs oder bestimmte Gruppen der Belegschaft *auch unterschiedliche Wochenarbeitszeiten* festgelegt werden. Die Wochenarbeitszeit im Betrieb soll *nach Lebers Vorstellungen in einer* Bandbreite zwischen 37 und 40 Stunden vereinbart werden.

Tarifrente angeboten

- Auch die von den Arbeitgebern angebotene Vorruhestandsregelung *für* ältere Arbeitnehmer wird voraussichtlich in einem Vertragspaket enthalten sein. Sie ist zwar im Leber-Vorschlag nicht vorgesehen, doch hatten die Arbeitgeber in ihrem Angebot zu Beginn der Verhandlungen neben der 38-Stunden-Woche für Schichtarbeiter und 3,3 Prozent mehr Lohn auch diese Tarifrente für die 58jährigen auf den Tisch gelegt.

Zwar hielten sich beide Tarif-Parteien zunächst mit Kommentaren zurück, nachdem Leber sein Modell vor der *Presse* erläutert *hatte*. Allerdings schien das Angebot für die Arbeitgeber akzeptabel, weil ihr Konzept einer flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit aufgenommen und die sogenannte „Rasenmäher-Methode" der IG Metall mit gleicher Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigten ohne Rücksicht auf Arbeitsabläufe oder persönliche Qualifikationen verhindert wurde. Der IG Metall-Vorstand befasste sich gestern in Ludwigsburg mit dem Vorschlag, bevor beide Seiten wieder in der gemeinsamen Schlichtungskommission tagten.

Karlsruhe entscheidet

Im Streit zwischen IG Metall und Arbeitgebern um die Rechtmässigkeit der Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit, daß während des Metall-Streiks kein Kurzarbeitergeld an mittelbar Betroffene zu zahlen sei, will das Bundesverfassungsgericht am Donnerstag über die Zulässigkeit der Arbeitgeberbeschwerde gegen die Entscheidungen mehrerer Sozialgerichte entscheiden. Diese hatten den Erlaß des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit als nicht rechtens eingestuft. Franke, der sich bei der Verweigerung genereller Zahlungen auf das Neutralitätsgebot für die Anstalt im Tarifkonflikt stützt, wird heute dem Verwaltungsrat der Anstalt vorschlagen, von der *Härteklausel* im Arbeitsförderungsgesetz Gebrauch zu machen und für etwa ein *Fünftel der mittelbar* Streikbetroffenen (rund 60 000 Personen) Kurzarbeitergeld zu bezahlen.

Die Arbeitgeber der Druckindustrie haben gestern neue Lösungsvorschläge noch für diese Woche angekündigt. In einem Interview der Hannoveraner „Neuen Presse" sagte der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, Hubertus Loß, sie würden sich insbesondere mit den Löhnen, der Lohnstruktur und der Mitbestimmung befassen. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung nannte Loß „eigentlich einen Klacks, der aber politisch hochgespielt wird". Keinesfalls gehe es den Druck-Arbeitgebern darum, die Gewerkschaften „kaputtzumachen". Es *liege* „im eigenen Interesse" der Arbeitgeber, „gesunde und lebensfähige Gewerkschaften" auch nach den derzeit laufenden Streiks zu haben.

Zivilschutz neu geordnet

Bonn will verändertes Gesetz / Zusätzliche Helfer gefordert

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit neuen Gesetzesinitiativen will die Bundesregierung den Zivilschutz *in der Bundesrepublik Deutschland* umstellen und effektiver gestalten. Dazu gibt es einen „vorläufigen Referentenentwurf *eines* Zivilschutzgesetzes", der den Landesregierungen und allen Katastrophenschutzorganisationen *zugegangen ist. Bis zum 25.* August sollen die beteiligten Organisationen Stellungnahmen abgeben, *das Gesetz selbst soll noch 1984 in* Kraft treten.

Der neue Entwurf hat zum Ziel, den Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen. Dazu gehört nach Auffassung des Bundesinnenministeriums die verstärkte Heranziehung von Helfern im Spannungs- und Verteidigungsfall, die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung und organisatorisch die Umwandlung des Bundesverbandes für den Selbstschutz in einer Bundesanstalt sowie neue gesetzliche Grundlagen für die Arbeit des Technischen Hilfswerkes.

Im Bundesinnenministerium ist die Frage noch offen, ob es beim Neubau von *Wohngebäuden Pflicht* werden soll, Schutzräume einzubauen. Diese Frage ist zunächst aus den Gesetzentwurf ausgeklammert worden. Die Statistiken des Bundesinnenministeriums besagen, daß es zum 31. *Dezember 1983 in der Bundesrepublik* Deutschland 2,2 Millionen Schutzplätze gegeben hat. Dies bedeutet, daß *nur 3,6 Prozent der* Bevölkerung im Verteidigungsfall einen Schutz finden können. Sollte sich die Bundesregierung dazu entschließen, den Schutzraumbau auszuweiten, müßte es verstärkte Zuschüsse entsprechend der Pläne aus dem Bundesbau- und Bundesinnenministerium geben, die folgendes besagen: Im sozialen Wohnungsbau gäbe es beispielsweise 400 bis 500 Mark Zuschuß für die Errichtung je eines Schutzplatzes in Mehrfamilienhäusern. Schutz für die Bevölkerung im Spannungs- und Verteidigungsfall sollen künftig auch die Berufsvertretungen von Ärzten und Apothekern leisten. Sie sollen darauf vorbereitet sein, in Notfällen in besonderer Weise aktiv zu werden.

Das Technische Hilfswerk soll schließlich ohne Veränderung in Aufbau *und Organisation besser in ein* System integriert werden, das dem System auch anderer Organisationen des *Katastrophenschutzes entspricht*.

Der „Bundesverband für den Selbstschutz" wird zu einer neuen Bundesanstalt. Begründet wird dieser Vorschlag im Gesetzentwurf mit dem Hinweis, daß dann die Verant*wortung des Bundes für die Aufklä*rungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Zivilschutz besser Rechnung getragen werden *könne. Schließlich* wird durch den Gesetzentwurf das Beamtenrecht *dem* Arbeitssicherstellungsgesetz angeglichen, *das bisher für* Spannungsfälle nur die Pflichten von Arbeitern und Angestellten festlegte.

Seite 2: Zivilschutz

1986 Erziehungsgeld?

Zahlung soll an Einkommensgrenzen gebunden sein

GISELA REINERS, Bonn

Voraussichtlich schon von 1986 an sollen Hausfrauen nach der Geburt eines Kindes ein Erziehungsgeld von monatlich 600 Mark erhalten. Wie es *heißt, hat Bundesfinanzminister* Stoltenberg (CDU) entsprechende Mittel grundsätzlich bereitgestellt, um eine Forderung der Familienpolitiker in der Union zu erfüllen.

Das Erziehungsgeld baut auf dem Mutterschaftsurlaubsgeld auf, das zur Zeit nur an berufstätige Mütter gezahlt wird, und zwar vier Monate lang im Anschluß an die zweimonatige Schutzfrist, in der die Mutter ihre vollen Bezüge erhält. Die Koalitionsregierung von CDU/CSU und FDP hatte nach Amtsantritt das Mutterschaftsurlaubsgeld von monatlich höchstens 750 Mark auf 510 Mark gekürzt, wollte es aber von 1987 an allen Müttern zahlen. Jetzt soll das Mutterschaftsurlaubsgeld in ein Erziehungsgeld umgewandelt werden, das in Höhe von 600 Mark vier Monate an berufstätige und sechs Monate an nicht-erwerbstätige Mütter gezahlt wird.

In einem Stufenplan bis 1988 soll das Erziehungsgeld von 600 Mark dann erst vier Monate, später sechs Monate, also insgesamt 10 und 12 Monate lang, weitergezahlt werden. Allerdings soll die Zahlung an Einkommensgrenzen gebunden werden, um sozial schwächere Familien zu unterstützen. Wo diese Grenzen liegen könnten, ist noch nicht bekannt. Mit der Größenordnung von 600 Mark pro Monat wird jedoch eine Forderung von Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) erfüllt. Der Mehraufwand für den Bundeshaushalt soll sich gegenüber dem jetzigen Stand bei anfänglich 1,5 Milliarden Mark, später 2,5 bewegen.

Die Mittel könnten aus dem Bereich des Kindergeldes aufgebracht werden, in dem bis 1986 Beträge von mehr als zwei Milliarden freiwerden.

USA bestätigen Explosion in der Sowjetunion

DW. Washington

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat Informationen über eine Großexplosion in einem Munitionsdepot der sowjetischen Marine im Mai bestätigt. Er wisse weder Einzelheiten noch die Ursache der Explosion, erklärte Weinberger vor Journalisten, doch habe es sich offenbar um einen Unglücksfall gehandelt: „Dabei wurden mit Sicherheit in großem Umfang Material und Anlagen zerstört." Nach inoffiziellen Berichten soll es auch hohe Verluste an Menschenleben gegeben haben.

In den ersten amerikanischen Berichten über den Vorfall von Sewerorsk, 1450 Kilometer nördlich von Moskau, hatte es in der vergangenen Woche geheißen, möglicherweise seien ein Drittel der Boden-Luft-Raketen der sowjetischen Nordmeerflotte sowie einige Marschflugkörper zerstört worden. *Die Explosion*, der jüngste *Zwischenfall einer Serie von* Detonationen in den vergangenen sechs *Monaten*, war durch einen „Spionage-Satelliten" entdeckt worden. Aufgrund der Stärke der Explosion *hatte man ursprünglich an eine Atomexplosion* geglaubt.

USA: Moskau lehnt Raketengespräche ab

rmc. Washington

Die Sowjetunion ist offenbar nicht bereit, in absehbarer Zeit ihre Politik des „leeren Stuhls" bei den Genfer Rüstungskontroll-Verhandlungen zur Begrenzung der Nuklearwaffen strategischer und kontinentalstrategischer Reichweiten (START und INF) zu ändern. Selbst die Möglichkeit, solche Verhandlungen ohne Wissen der Weltöffentlichkeit fortzuführen, habe sie ausgeschlagen, erklärte Richard Burt, der höchste Beamte für europäische Angelegenheiten im US-Außenministerium, vor einem Unterausschuß des Repräsentantenhauses in Washington. Burt berichtete, die USA hätten der Sowjetunion vorgeschlagen, die nuklearen Abrüstungsverhandlungen „auf irgendeine Weise" fortzuführen, auch mit Hilfe eines „geheimen Kanals". Bisher jedoch sei die sowjetische Antwort enttäuschend gewesen. Washington werde aber dabei bleiben, die Sondierungskontakte mit Moskau nicht abreißen zu lassen. Selbst die Möglichkeit, die INF- und START-Verhandlungen zusammenzulegen, wird von den USA nicht ausgeschlossen.

Für kompatible Weltraumsysteme

AFP, Moskau

Die Sowjetunion würde es begrüßen, wenn Ost und West „kompatible" Weltraumsysteme entwickeln, die es beispielsweise ermöglichen, daß in Zukunft amerikanische und europäische Raumschiffe an sowjetischen Weltraumstationen anlegen können und umgekehrt, erklärte Roald Sagdeew, Leiter des sowjetischen Weltraum-Forschungszentrums, im französischen Fernsehen. Zuvor hatte sein französischer Kollege Hubert Curien vom Nationalen Weltraum-Forschungszentrum in Aussicht gestellt, daß die zukünftige europäische Raumfähre „Hermes" wahrscheinlich an andere, auch an sowjetische Raumstationen werde anlegen können. Auch der Vertreter der NASA, Frank B. McDonald, sprach sich für die Idee der Kompatibilität der Raumsysteme aus. Eine solches Projekt wurde bisher erst einmal beim gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Raumflug in Juli 1975 eines *Apollo-Sojus Gespanns* mit drei US- und zwei UdSSR-Astronauten realisiert.

SPD und SED bilden Arbeitsgemeinschaft

W.K. Bonn

Eine zwischen der SED-Führung und dem SPD-Bundesvorstand vereinbarte Arbeitsgemeinschaft „Chemische Waffen" wird, wie gestern in Bonn bekannt wurde, im Juli mit ihren Beratungen beginnen. Die Arbeitsgemeinschaft, in die sowohl SED als auch SPD jeweils drei Funktionäre schicken, wird auf seiten der Bonner Gruppe vom außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten Voigt, geführt. Die SED-Funktionäre werden vom Politbüro-Mitglied Hermann Axen geleitet. Zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkrieges arbeiten damit Parteivertreter aus der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" im militärischen Bereich innerhalb Deutschlands zusammen.

Wiederholt hatte die Propagandaabteilung des SED-Zentralkomitees die Bundesrepublik Deutschland beschuldigt, einen „Angriffskrieg mit chemischen Waffen" zu planen. Die Verdächtigungen waren von Bonn zurückgewiesen worden.

Wandel der Zeit

fu (London) – Wie sich die Zeiten ändern. Es ist noch gar nicht lange her, da drohte der staatliche Automobilkonzern British Leyland unter der Last der Arbeitskämpfe zu kollabieren. Die Gunst der Stunde nutzten damals die deutschen Automobilhersteller, die ihren Marktanteil in Großbritannien auf mehr als acht Prozent ausweiten konnten. Nicht eingerechnet ist der hohe Anteil der in Deutschland fabrizierten Fords und Opels, die in Großbritannien von den Schwesterfirmen Ford UK und Vauxhall unter eigenem Namen vertrieben werden.

Heute nutzt die Tochter British Leylands – Austin Rover – die Gunst der Stunde. Der Ausstand in der deutschen Metallindustrie wurde zum Anlaß genommen, Sonderschichten und Überstunden einzuführen, um mit Produktions-Rekorden das große Loch am britischen Neuwagen-Markt zu stopfen, das mit dem Ende der Autolieferungen aus der Bundesrepublik schon bald erwartet wird.

Austin Rover winkt ein fetter Preis: Der August ist wegen der dann fälligen Vergabe neuer Nummernschilder traditionell der verkaufsstärkste Monat in Großbritannien. Ohne die deutschen Wettbewerber und vor allem ohne die in Deutschland produzierte oder von deutschen Teilen abhängige Ford- und Vauxhall-Konkurrenz dürfen sich die Austin-Rover-Manager die Hände reiben.

Derweil muß VW seine Werbekampagne für das Modell Jetta, das in Großbritannien neu eingeführt werden soll, abblasen: Nicht einmal 1000 Jettas sind bei den britischen Händlern eingetroffen.

Exporterfolge

Mk. – Die Weltwirtschaft hat an Schwung verloren. Für diese Feststellung des Kieler Instituts spricht einiges. Aber dadurch sollte nicht zugleich an der Dynamik des deutschen Exports gezweifelt werden. Daß Zuwachsraten von real elf Prozent, wie sie in den ersten vier Monaten registriert worden waren, nicht einfach in die Zukunft fortgeschrieben werden könnten, das haben selbst die Außenhändler immer wieder betont. Die gewaltigen Lieferzuwächse in den Dollar-Raum galten schon immer als labil, begünstigt durch den Kursanstieg der amerikanischen Währung. Wenn jetzt der Importsog der USA als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung, die eine langsamere Gangart eingeschlagen hat, etwas schwächer werden dürfte, so bricht er doch nicht ab. Die deutsche Konjunktur wird auch weiterhin vom Export bestimmt. Für dieses Jahr wurden die Erwartungen zuletzt noch weiter nach oben korrigiert – bis hin zu einem Zuwachs von acht Prozent. Selbst wenn dieses Tempo nicht gehalten werden kann, muß für 1985 nicht schwarz gesehen werden.

WIRTSCHAFTSLAGE / Normalisierung nach kräftiger Lageraufstockung

Bundesbank: Noch gute Bedingungen auch nach Ende des Tarifkonfliktes

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Trotz des streikbedingten Produktionsausfalls im zweiten Quartal sieht die Bundesbank keineswegs schwarz für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik, vorausgesetzt, der Arbeitskampf geht bald mit gesamtwirtschaftlich tragbaren Kompromissen zu Ende. Mit dem Streit um die drastische Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich deuten sich auf mittlere Sicht jedoch grundlegende Veränderungen in den Produktionsbedingungen an, warnt die Bundesbank.

Angesichts der Tragweite dieser Streitfrage, so schreibt die Notenbank in ihrem Monatsbericht, verwundere es nicht, wenn Produzenten und Verbraucher bis zur Klärung der Lage mit größerer Vorsicht disponieren als noch zum Jahresbeginn. So ist die Aufwärtsentwicklung der Nachfrage und Produktion nach dem vielversprechenden Start ins neue Jahr zu Beginn des Frühjahrs ins Stocken geraten, und die Stimmung in der Wirtschaft verlor manches von dem vorher zu beobachtenden Optimismus. Zwar sei nach der kräftigen Lageraufstockung zum Jahresbeginn eine gewisse *Normalisierung* unausweichlich gewesen, und außerdem zeigte die Nachfrage nach Bauleistungen weiterhin gewisse Schwächen. Doch sei der Zusammenhang mit den *Arbeitskämpfen offenkundig*.

Bis zum 22. Juni, so rechnet die Bundesbank vor, dürften durch Streik, Aussperrung und unmittelbare Produktionsstillegungen allein in der *Metallindustrie* annähernd acht Millionen Tagewerke ausgefallen sein, was schätzungsweise einem Produktionsausfall in der Größenordnung von drei Milliarden Mark oder drei Prozent der durchschnittlichen Nettoproduktion des Verarbeitenden Gewerbes im Mai und Juni entspricht. Für die Arbeitnehmer in der Metallindustrie wären damit Lohn- und Gehaltsausfälle von schätzungsweise 1,5 Milliarden Mark (ohne Streikgelder u. ä.) verbunden.

Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion im zweiten Quartal bedeute jedoch nicht das Ende der aufwärtsgerichteten wirtschaftlichen Grundtendenz, beruhigt die Bundesbank. Denn die Unterbrechung des Aufschwungs beruhe in erster Linie auf einer Störung im Bereich *des Güterangebots und nicht* auf einem generellen Nachfragemangel. Die Ausfälle könnten zu einem gewissen Teil ausgeglichen werden, vorausgesetzt, der Arbeitskampf ginge *bald zu Ende und die Kompromisse* wären gesamtwirtschaftlich tragbar.

Damit wären, so meint die Notenbank, zugleich günstige Voraussetzungen für eine weiterhin ruhige Preisentwicklung gegeben, nachdem sich der Preisauftrieb in den vergangenen Monaten in wichtigen Bereichen sogar nochmals etwas abgeschwächt habe; bei den Verbraucherpreisen bewege sich die Steigerungsrate seit Monaten saisonbereinigt und auf Jahresrate umgerechnet unter zwei Prozent. Das Ziel der Preisstabilität sei also näher gerückt als noch vor kurzem erwartet, und auch bei mäßigen Lohnsteigerungen erscheine ein realer Kaufkraftgewinn gesichert.

Günstig wertet die Bundesbank auch die voraussichtlichen neuerlichen bemerkenswerten Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung, welche die Kreditmärkte wesentlich entlasten. Zwar sei das längerfristige Konsolidierungsziel noch nicht erreicht; doch befänden sich die öffentlichen Finanzen nun auf einem Pfad, der, sofern er konsequent weiter beschritten werde, allmählich den Spielraum entstehen lasse, der letztlich auch eine störungsfreie Realisierung der beabsichtigten Steuersenkungen ermöglichen würde. Auch vom Ausland her erwartet die Notenbank weiterhin eine wesentliche Unterstützung der Konjunktur.

Die Geldbestände sind nach dem *Urteil der Bundesbank* so reichlich bemessen, daß eine kräftige Produktionssteigerung möglich sein sollte. Mit Erleichterung vermerkt der Monatsbericht, daß DM-Anlagen trotz der *Zinseskalation* in den *USA* international nicht an Attraktivität verloren haben; darin spiegele sich die positive Einschätzung der D-Mark wegen der Geldwertstabilität.

TANKSTELLEN

Der Strukturwandel ist noch lange nicht abgeschlossen

DOMINIK SCHMIDT, **Minden**

Der Strukturwandel, dem sich das Tankstellengewerbe in der Bundesrepublik seit Jahren konfrontiert sieht, ist nach Ansicht des Bundesverbandes des deutschen Tankstellen- und *Garagengewerbes* (BTG) noch längst nicht abgeschlossen. Hubert Brockmeier, Geschäftsführer des BTG, verweist nicht nur auf die anhaltende Ausdünnung des Tankstellennetzes. Auch die Umsatzstruktur der Betriebe verschiebt sich in zunehmendem Maße zuungunsten des eigentlichen Geschäfts, nämlich des Kraftstoffverkaufs. Diese Tendenz, so Brockmeier bei der Vorlage des Jahresberichts 1983, werde sich 1984 noch verstärken.

Die Entwicklung im laufenden Jahr beurteilt Brockmeier zurückhaltend. Nachdem sich im ersten Quartal noch ein „beachtliches Plus beim Kraftstoffabsatz" ergeben hatte, sei die Branche aus heutiger Sicht schon zufrieden, wenn das Vorjahresniveau wieder erreicht wird. Einen Ausgleich suchen und finden die Betriebe in der Ausweitung des Dienstleistungsangebots und des Warengeschäfts.

Die unbefriedigende Ertragssituation der Betriebe habe sich 1983 zwar nicht weiter verschlechtert, für 1984 aber zeichne sich ein Rückgang der *Provisionserlöse ab. Die* im Frühjahr vorigen Jahres von Aral vorgenommene Kürzung der Provision schlage jetzt voll durch. Auch andere Mineralölgesellschaften, so Brockmeier, haben inzwischen angekündigt, in dieser Richtung aktiv zu werden.

Derzeit liegen die Provisionserlöse für Selbstbedienungstankstellen zwischen 2,8 und 3,5 Pfennig pro Liter. Für den einzelnen Betrieb, der im Durchschnitt 2,2 Millionen Liter Kraftstoff absetzt und damit einen Umsatz von 466 000 (429 000) DM erzielt, errechnen sich daraus Provi*sionserlöse von 103 000 (102 000) DM.* Betriebe mit Bedienung stehen relativ gesehen zwar günstiger da. Wegen des geringeren Absatzes (885 000 Liter nach 792 000 Litern) erreichen die *Provisionserlöse* aber durchschnittlich nur 65 500 (62 600) DM. Vor diesem Hintergrund überrasche es nicht, daß das Tankstellennetz weiter schrumpft. Brockmeier rechnet 1984 mit einem weiteren Rückgang auf deutlich unter 20 000 (Ende 1983: 20 776) Stationen.

Sorgen bereiten dem Gewerbe die *Anstrengungen* der Mineralölfirmen, die Pacht- und Grundstücksverträge mit kurzen Laufzeiten auszustatten und langfristige Verträge vorzeitig zu kündigen. Kein Tankstellen-Betreiber *sei bereit,* Neuinvestitionen vorzunehmen, wenn er nicht über einen längeren Zeitraum hinweg kalkulieren könne. Die Regel seien derzeit jährliche Kündigungsfristen. Grundsätzlich positiv stehe der BTG der geplanten Einführung von bleifreiem Benzin gegenüber, obwohl damit erhebliche Investitionen verbunden seien.

Falscher Ordnungsrahmen

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Schlacht um den Ausnahmetarif der Bundesbahn für Partiefracht ist geschlagen. Manche Beteiligte lecken sich noch die Wunden, ganz verheilen werden die Narben aber wohl nicht.

Um im Wettbewerb um Nicht-Massengüter mithalten zu können, hatte die Bahn vor zwei Monaten ihren Antrag zur Genehmigung dem Verkehrsministerium geschickt. Im Kern ging es darum, daß sie für Partien von mehr als vier Tonnen, die aber noch zu klein sind, um einen Waggon zu füllen, Frachtsätze anwenden wollte, die Sendungen von 20 Tonnen entsprechen. Nach den Protesten des Güterkraftverkehrsgewerbes und der Spediteure hat das Verkehrsministerium die Bahn veranlaßt, den Antrag so abzuändern, daß er genehmigt werden konnte.

So kann die Bahn nicht mehr ganz so günstige Frachtsätze anbieten. Individuelle Absprachen sollen auch nicht möglich sein. Der Geltungsbereich soll sich nur auf 20, nicht auf 80 Kilometer um Intercargo-Bahnhöfe herum erstrecken.

Warum sich das Ministerium so massiv eingeschaltet hat, ist nicht einsichtig. Wenn die Bahn nach den Leitlinien der Bundesregierung in den Wettbewerb gestellt und das Unternehmen vom Vorstand in eigener Verantwortung geführt werden soll, dann gehört dazu auch die Preispolitik. Dann hätte sich die Prüfung doch darauf beschränken sollen, ob die geplante Maßnahme dem Eigentümer, also dem Bund, schadet, ob die Verluste der Bahn steigen.

Der DB-Vorstand hat dies verneint. Zwar war der Tarif nicht auf der Vollkostenbasis kalkuliert, aber ein Deckungsbeitrag wäre zu erwarten gewesen. Und zwar selbst dann, wenn die Bahn für den Zu- und Ablauf einen der 1200 privaten Fuhrunternehmer eingesetzt hätte, mit denen sie zusammenarbeitet. Für die Bahn ist der Tarif eine Ergänzung des Intercargo-Angebots, *das noch* freie Kapazitäten hat.

Allerdings drängt sich der Verdacht auf, der auch durch andere Beschwerden des Gewerbes gestützt wird, daß hinter den Klagen eine ganz andere Absicht steht. Immer dann, wenn nur die Gefahr droht, daß am verkehrspolitischen Ordnungsrahmen mit seinen staatlichen Preisvorschriften und den Marktzugangsbeschränkungen gerüttelt werden könnte – sei es beim Abbau der Grenzkontrollen im Benelux-Verkehr, sei es bei der geforderten Flexibilität im Seehafenhinterlandverkehr –, dann holt das Gewerbe die ganz schweren Geschütze hervor und ballert damit in der Gegend herum. Unsichere Gemüter mag das noch verschrecken, obwohl sehr viele Rohrkrepierer mit dabei sind. Der Vorwurf, die Bahn gefährde mit Dumping-Preisen selbständige Existenzen, hält keiner Überprüfung stand. Zum einen zieht die Schiene doch allenfalls mit der Straße gleich, die nach wie vor eindeutiger Marktführer ist. Erschwert werden allenfalls die Möglichkeiten zur Tarifanhebung.

Deutlich wird an dem Streit etwas anderes. Die verkehrspolitische *Diskussion hat sich gedreht.* Der Verkehrsbereich wurde vor mehr als fünfzig Jahren aus der Marktwirtschaft herausgenommen, um der Bahn zu helfen. Jetzt stellt sie sich dem Wettbewerb, *und dann wird so* getan, als sollte der Ordnungsrahmen das Gewerbe schützen. In dieser Hinsicht hat der Streit um die Partiefracht klärend gewirkt. Mittelstandspolitiker müssen vorsichtig sein, wenn sie sich mit den Forderungen des Gewerbes identifizieren. Sie setzen sich damit für Wettbewerbsbeschränkungen ein. Die Verkehrspolitiker haben recht, die darauf verweisen, daß das Gewerbe in dem Naturschutzpark des Ordnungsrahmens gut gedeihen konnte, wenn heute noch die Konzessionen einschließlich des abgeschriebenen Lkw mit um die 200 000 Mark gehandelt werden.

Mehr *Mut* zum Markt ist notwendig. Gemessen wird das Gewerbe nicht daran, ob es die Bahn klein halten kann, sondern daran, ob es gelingt, dem Werkverkehr Marktanteile abzujagen. Mit den ständigen Klagen bringt es seine Leistungsfähigkeit nur ins Gerede. Mehr Flexibilität ist auch deshalb notwendig, weil auf Dauer der Ordnungsrahmen so wie bisher nicht haltbar ist. Die Entwicklungen in der EG gehen darüber hinweg. Das Gewerbe muß die Initiative ergreifen. Leider wird sein Image immer noch von denen geprägt, die von Liberalisierung nichts halten.

AUF EIN WORT

„Die *Fixierung* auf die Idee, daß die internationale Verschuldungssituation durch die Bereitstellung zusätzlicher internationaler Liquidität erheblich erleichtert werden könnte, ist ein Schulbeispiel dafür, wie kurzfristig finanzielle Lösungen für Probleme gesucht werden, die weder kurzfristig noch – *ihrem Ursprung nach* – finanzieller Natur sind."

Dr. Fritz Leutwiler, Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Zürich
FOTO: CAMERA PRESS

Legitimation oft nicht ausreichend

dpa/VWD, **Bonn**

Verstöße gegen das Bankauskunftsverfahren, das Geldinstituten Auskünfte über Privatkunden nur noch mit deren *ausdrücklicher* Zustimmung erlaubt, werden in der Kreditwirtschaft beobachtet. Wie sich herausstellt, holen Kreditkartenunternehmen Bankauskünfte nach der erstmaligen Erteilung der Kreditkarte auch später in periodischen Abständen zur Überwachung ein. Soweit bekannt, liegt außer der Eurocard Deutschland GmbH keinem anderen *Kartenunternehmen* eine Ermächtigung für solche periodischen Abfragen vor. Es fehlte also oft eine ausreichende Legitimation.

US-ZINSEN

Schuldnerländer kritisieren Erhöhung der Prime Rate

rtr, **Quito**

Harsche Kritik an der Anhebung der Prime Rate um 0,5 auf 13 Prozent durch US-Großbanken haben die Regierungen mehrerer Länder Lateinamerikas geübt. Der ecuadorianische Finanzminister Pedro Pinto bezeichnete die Zinserhöhung als eine Provokation der Entwicklungsländer *durch die internationalen Geschäfts*banken. Es sei nicht die Absicht der Länder Lateinamerikas gewesen, ein Schuldnerkartell zu bilden. Statt dessen hätten sie versucht, Lösungen im Dialog und auf diplomatischem Weg zu finden. Es habe nun den Anschein, als sollten sie von diesem Bemühen abgehalten werden.

Venezuela forderte eine Entschädigung für die auf Grund der Prime-Rate-Erhöhung entstehenden zusätzlichen Belastungen der hochverschuldeten Länder der Dritten Welt.

Keinerlei Begründung für die Anhebung der Prime Rate kann auch das US-Präsidialamt erkennen. Generell seien die Zinsen in den USA bereits zuvor viel zu hoch gewesen, sagt Pressesprecher Larry Speakes. Die Ursache dafür liege in der noch immer bestehenden, jedoch völlig unbegründeten Befürchtung der Finanzmärkte vor einem Wiederaufleben der Inflation. Die Anhebung der Zinsen sei bei einer Teuerungsrate von derzeit 3,9 Prozent im ersten Quartal nur schwer erklärbar. Es sei außerdem nicht zu akzeptieren, daß sich die *Tagesgeldzinsen angesichts* dieser Inflationsrate bei elf bis zwölf Prozent bewegen. Wie Speakes sagte, sieht er keinen Grund für die skeptische Bewertung der Inflationserwartung. Die Preisentwicklung sei unter Kontrolle. Die US-Zinsen würden nur sinken, wenn die Märkte endlich überzeugt seien, daß die Inflation nicht wieder in Schwung kommt.

EINZELHANDEL

Starke Umsatzeinbrüche durch den Arbeitskampf

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Über teilweise erhebliche Umsatzrückgänge im Gefolge des derzeitigen Arbeitskampfes klagt der Einzelhandelsverband Baden-Württemberg. Schon Anfang Mai dieses Jahres seien stellenweise Umsatzeinbrüche von 10 bis 25 Prozent festzustellen gewesen, wobei sich inzwischen die negative *Entwicklung noch verstärkt haben* dürfte. Besonders nachhaltig sei die starke Verunsicherung der potentiellen Käuferschaft beispielsweise in den Einrichtungs- und Möbelhäusern *spürbar,* also *auf den Sektoren langle*biger Gebrauchsgüter. Weniger betroffen seien dagegen Haushaltwaren-Geschäfte oder auch Baumärkte.

Nach Angaben von Verbandspräsident Siegfried Göz überlege man derzeit in den betroffenen Einzelhandelsunternehmen, wie die Umsatzeinbrüche aufgefangen werden könnten. Zur Diskussion stehe zum Beispiel das Vorziehen des Jahresurlaubs wie auch eine Reduzierung in der Auftragsvergabe.

Gleichwohl geht er davon aus, daß der baden-württembergische Einzelhandel in den ersten sechs Moanten dieses Jahres alles in allem (ähnlich wie im Bundesgebiet) noch auf ein *Umsatzplus von drei bis 3,5 Prozent kommt,* was real auf Stagnation hinauslaufen würde. Im ersten Quartal dieses Jahres hatten die Umsätze im Einzelhandel noch um 4,5 Prozent über den entsprechenden Vorjahresumsätzen gelegen, was ein reales Plus von knapp zwei Prozent bedeutet. Im vergangenen Jahr hatten die rund 49 000 baden-württembergischen Einzelhandelsbetriebe den Umsatz um vier Prozent (Bundesdurchschnitt: plus 3,4 Prozent) auf 60 Mrd. DM gesteigert.

MASSENVERKEHR

RWI: Lkw verdrängt stetig Bahn und Binnenschiffahrt

dpa, **Essen**

In der Bundesrepublik werden immer mehr Güter mit dem Lastwagen befördert, während die traditionellen Massengutverkehrsträger Eisenbahn und Binnenschiffahrt auf der Schattenseite des wirtschaftlichen Strukturwandels stehen. Wie das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in einer Untersuchung festgestellt hat, ist die Entwicklung durch Änderungen der Verbrauchs- und Produktionsstrukturen ausgelöst worden.

Auf der anderen Seite hat die Wirtschaft dem Bericht zufolge aus Kostengründen zunehmend auf den Einsatz transportintensiver Vorprodukte verzichtet. Die Verkehrspolitik sieht sich nun verstärkt mit den Auswirkungen der Konkurrenz zwischen Bahn und Binnenschiffahrt um das schrumpfende Transportaufkommen der Massengüter konfrontiert. Um ihre Kapazitäten auf den zu Binnenwasserstraßen parallelen Strecken auszulasten, heißt es, müsse die Bahn ihre Beförderungstarife oftmals bis unter die Selbstkosten senken.

Die an das Frachtratenniveau der kostengünstiger anbietenden Binnenschiffahrt angeglichenen Beförderungstarife führen nach der Untersuchung bei transportintensiven, meist wachstumsschwachen Branchen wie dem Kohlenbergbau oder der Stahlindustrie zu einer Kostenentlastung. *Fazit des RWI:* „Die Verkehrspolitik begünstigt daher diese Branchen, indem sie die Eisenbahn dem Konkurrenzdruck der Binnenschiffahrt aussetzt und die anfallenden Kosten (Subventionen an die Bahn sowie Investitionen in das Binnenwasserstraßennetz) dem Steuerzahler aufbürdet."

BUNDESPOST / Der Fernmeldedienst Temex wurde vorerst aufgeschoben

Datenschützer setzten sich durch

GISELA REINERS, **Bonn**

Der Postverwaltungsrat hat in seiner Sitzung am Montag spät abends beschlossen, *die Einführung* des neuen Fernemeldedienstes Temex aufzuschieben, bis die damit zusammenhängenden Datenschutzfragen geklärt sind. Auf der nächsten turnusmäßigen Sitzung am 10. Oktober soll erneut beraten werden. Mit Temex können Daten ferngemessen und gesteuert werden sowie mit Hilfe von Signalen „ferngewirkt werden".

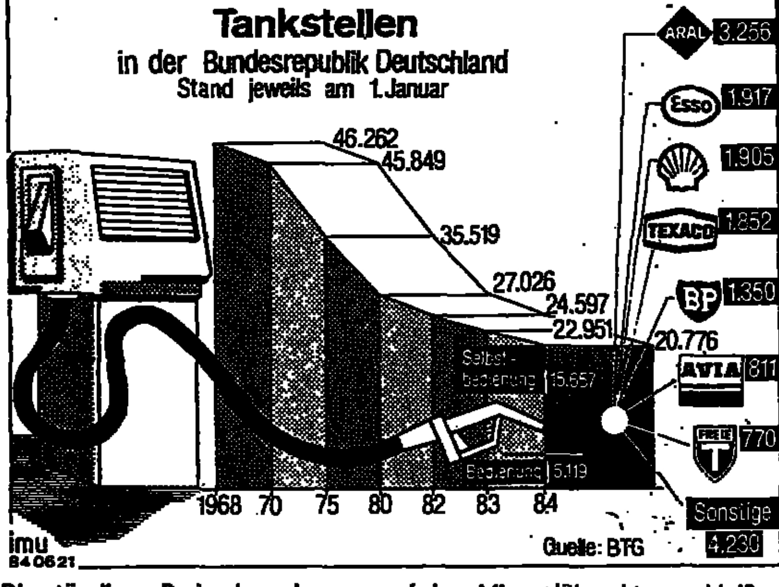
Die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern hatten schon im Juni Bedenken formuliert. Beim Fernmessen, -regeln und -wirken werde nämlich in den grundgesetzlich besonders geschützten Wohnraum eingedrungen. Strenge Ausnahmeregeln schützten seine Unverletzlichkeit. *Werden nun über die* Telefonleitung z. B. Strom-, Gas- und Wasserverbrauch abgelesen, die Heiztemperatur geregelt, Wach- und Sicherungssysteme angeschlossen, so seien Beobachtungen der Privatsphäre die Folge. Deshalb dürfe, so die Datenschützer, der Dienst auch nicht versuchsweise ohne gesetzliche Grundlage eingeführt werden. Der Wohnungsinhaber müsse erst schriftlich einwilligen, ein Recht auf Verweigerung *ohne Nachteile haben* und umfassend unterrichtet werden. Auch solle er sich ausschalten dürfen.

Damit haben sich die Daten*schutz-Bedenken voll durchgesetzt.* Die Postvertreter waren der Auffassung gewesen, eine Rechtsgrundlage zu schaffen sei erst sinnvoll, wenn es Versuchsergebnisse gebe. Betriebsversuche seien auch nötig, um die Anschlußbereitschaft der Telefonkunden zu schätzen. Sie fanden jedoch kein Gehör. Ein Investi*tionsvolumen von geschätzt 90 Millio*nen Mark für die Technik im Telefonnetz bis zum Ende des Jahrzehnts wird erst später aktiviert werden.

Der Datenschutz war jedoch nicht die einzige juristische Einrede. Es bahnt sich auch ein Meinungsunterschied an zwischen Bundespost und Ländern. Der Postverwaltungsrat vertritt jedoch die Auffassung, daß Temex ein Fernmeldedienst ist, also die Post allein für die technische Ausgestaltung und die Signalübermittlung zuständig ist. Die Länder Berlin und Bayern dagegen reklamieren eigene Zuständigkeiten.

Weiter beschloß der Verwaltungsrat, die Gebühr pro Gesprächseinheit beim Karten-Telefon auf 30 statt wie geplant 25 Pfennig festzusetzen. – Das *Rechnungshof-Gutachten zur* Verkabelung konnte aus Zeitmangel nicht mehr beraten werden. Doch beschäftigen sich heute Post- und Rechnungsprüfungsausschuß und anschließend der Haushaltsausschuß damit. Freitag ist es Gegenstand einer Aktuellen Stunde im Bundestag.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die ständigen Preisschwankungen auf dem Mineralölmarkt verschleißen offenbar die Tankstellenbranche. Zwischen 1970 und 1984 ging die Zahl der Tankstellen um mehr als die Hälfte zurück. Der Anteil der „Freien" an dem verkleinerten Tankstellen-Netz ist gestiegen. QUELLE: IMU

Stärkerer Stromeinsatz im Wärmemarkt gefordert

Bonn (dpa/VWD) – Für energiepolitisch wünschenswert hält das Bundeswirtschaftsministerium einen ver*stärkten Einsatz* von Strom im Wärmemarkt und zwar auf der Basis von Kernergie und Kohle. In einem Bericht des Ministeriums, mit dem sich der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages heute beschäftigen will, wird dieser Wunsch mit dem relativ hohen Öl- und Gasanteil auf diesem Markt begründet. Gleichwohl macht das Ministerium deutlich, daß keine weiteren Maßnahmen zur Förderung eines zusätzlichen Kohleabsatzes im Wärmemarkt möglich seien. Begründet wird dies unter anderem mit dem Gebot der Haushaltskonsolidierung und der Politik des Subventionsabbaus.

Atomstrom nimmt zu

***Paris** (AP) – In den westlichen* Industrieländern hat die Erzeugung von Strom in Kernkraftwerken im vergangenen Jahr rapide zugenommen. Wie aus einem Bericht der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervorgeht, sind in den Kernkraftwerken der 24 Mitgliedsländer im vergangenen Jahr 806 Mrd. Kilowattstunden Strom erzeugt worden. Das sind fast zwölf Prozent mehr als im Jahr 1982, in dem eine Steigerung um acht Prozent gegenüber 1981 registriert worden war. Belgien, Frankreich, Japan, *Kanada und die* USA haben ihre Atomstromproduktion 1983 erheblich gesteigert.

Starke Abwertung erwartet

Jerusalem (AFP) – Der Schekel wurde gegenüber dem Dollar erneut um 2,5 Prozent abgewertet. Die israelische Valuta verlor damit seit Anfang Juni 13 Prozent ihres Wertes. Die Abwertung erreichte seit Jahresbeginn gegenüber dem Dollar 114 Prozent. Die Gerüchte über eine bevorstehende „große" Abwertung um 33 Prozent verstärken sich.

Defizit weiter gestiegen

Washington (AFP) – Das Haushaltsdefizit der Vereinigten Staaten hat sich im Mai um 33,9 Mrd. Dollar erhöht. Nach Angaben des Finanzministeriums beträgt das Defizit seit Beginn des Steuerjahres vor acht Monaten insgesamt 140,2 Mrd. Dollar. Sollte die Ausgabenpolitik nicht eingeschränkt werden, so werde der Schuldenberg bis Ende des Steuerjahres auf 210 Mrd. Dollar anwachsen. Die Regierung will jedoch weiterhin versuchen, das Minus im laufenden Haushaltsjahr auf 177,8 Milliarden Dollar zu begrenzen (Vorjahresdefizit: 195,6 Milliarden Dollar).

Bilderaustausch

London (rtr) – Die Nachrichten*agentur Reuters und United Press In*ternational (UPI) haben eine Vereinbarung über gegenseitigen Bilderaustausch vereinbart, die es Reuters ermöglicht, ab Januar 1985 einen kompletten Bilderdienst außerhalb der USA zu starten. Reuters werde UPI während der ersten fünf Jahre der zehnjährigen Vertragslaufzeit 2,46 Mill. Dollar zahlen. Die Nachrichtenorganisation hat die Anlagen des UPI-Fotobetriebs außerhalb der USA für 3,3 Mill. Dollar erworben.

Neue Staatsanleihe

Paris (J.Sch.) – Die französische Regierung versucht, das Haushaltsdefizit verstärkt inflationsneutral zu finanzieren. Zu diesem Zweck legt sie eine neue Staatsanleihe zur Zeichnung auf. Sie lautet auf 12 Mrd. Franc, kann aber bei starker Nachfrage aufgestockt werden. Der Betrag der letzten Anleihe (Februar 1984) war von 12 auf 18 Mrd. Franc erhöht worden. Von den neuen Obligationen werden 4 Mrd. Franc acht Jahre lang mit 12,80 Prozent fest verzinst. Die andere Tranche hat eine Laufzeit von zwölf *Jahren bei einem revidierbaren Zins* von zunächst 12,30 Prozent.

Börsen-Angebot erweitert

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Zahl der seit Anfang 1983 zum amtlichen Handel neu zugelassenen Börsentitel mit einem Betrag von rund 1,5 Mrd. DM sei angesichts der langen „Entwöhnungsphase" der Börse recht ansehnlich, sagte Manfred Zaß, Vorstandsmitglied der Frankfurter Wertpapierbörse. Daneben konnte die Angebotspalette mit Aktien aus bislang nicht oder nicht ausreichend vertretenen Branchen erweitert werden. Über den juristischen Wert eines Börsenzulassungsprospekts und den daraus abgeleiteten *Haftungsfragen* seien gerade in letzter Zeit öffentliche Diskussionen aufgrund entsprechender letztinstanzlicher Rechtsprechung aufgekommen. Für den geregelten Freiverkehr gibt es keinen Prospekt im Sinne des Börsengesetzes, demzufoge auch keine Prospekthaftung.

Ein erfülltes Leben ging zu Ende. Uns bleiben Liebe und Dankbarkeit.

Carl Mayntz

* 28. Februar 1897 in Hermsdorf/Schlesien † 24. Juni 1984 Eystrup

Seine Familie

Hanna Mayntz geb. Göbber

Klaus-Dieter und Heidi Noeggerath
geb. Mayntz
mit Sabine und Harald

Helmuth und Angelika Mayntz
geb. Ledwin
mit Gudrun und Birgit

Martin und Mechthild Blaschke
geb. Mayntz
mit Johanna, Irmela, Susanne, Kurt und Josef

Irmela Lambrecht
geb. Mayntz
mit Ingo, Ute und Hendrik

Norbert und Hilke Mayntz
geb. Heinemeyer
mit Christian, Michael, Karen, Arne und Ingwe

2813 Eystrup, Am Spreet 3

An Stelle von zugedachten Blumen oder Kränzen bitten wir um eine Spende auf das Konto Nr. 42/03030/01 Commerzbank A.G., Filiale Hoya, (BLZ 256 414 01) „Brot für die Welt".

Die Trauerfeier findet im engsten Familien- und Freundeskreis am 28. Juni um 9.30 Uhr im Hause Am Spreet 3 statt. Die Beisetzung ist am gleichen Tag um 11.30 Uhr ausgehend von der Friedhofskapelle auf dem Friedhof Eystrup.

Wir trauern um

Herrn

Carl Mayntz

* 28. Februar 1897 in Hermsdorf/Schlesien † 24. Juni 1984 Eystrup

Mit großer Umsicht,
viel Einfühlungsvermögen und Tatkraft
hat er als Hauptgesellschafter
seit 1923 unser Unternehmen
aufgebaut und geleitet.

Er war richtungweisend
und sein Wirken wird über seinen Tod hinaus
für uns unvergessen bleiben.

Gesellschafter und Mitarbeiter
F. Göbber KG
2813 Eystrup

An Stelle von zugedachten Blumen oder Kränzen bitten wir um eine Spende auf das Konto Nr. 42/03030/01 Commerzbank A.G., Filiale Hoya, (BLZ 256 414 01) „Brot für die Welt".

Die Trauerfeier findet im engsten Familien- und Freundeskreis am 28. Juni um 9.30 Uhr im Hause Am Spreet 3 statt. Die Beisetzung ist am gleichen Tag um 11.30 Uhr ausgehend von der Friedhofskapelle auf dem Friedhof Eystrup.

Die chemische Industrie trauert um

Prof. Dr.-Ing. Dr. rer. nat. h. c. Siegfried Balke

Mitglied des Ältestenrates des VCI

der am 11. Juni 1984 im Alter von 82 Jahren verstorben ist.

Über drei Jahrzehnte hat der Verstorbene in den berufsständischen Organisationen der deutschen Chemiewirtschaft maßgeblichen Anteil an der Bewältigung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen sowie der technisch-wissenschaftlichen Aufgaben übernommen. Als langjähriger Vizepräsident unseres Verbandes und Mitherausgeber der Zeitschrift „Chemische Industrie" setzte er sein großes Wissen und seinen Ideenreichtum ein. Es entsprach seinem Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Allgemeinheit, daß er sich auch für hohe politische Ämter zur Verfügung stellte.

Die chemische Industrie verliert mit ihm eine ihrer überragenden Persönlichkeiten.

Wir werden Siegfried Balke ein dankbares Andenken bewahren.

Verband der chemischen Industrie e. V.

Heinz-Gerhard Franck
Präsident

Werner Kneip
Präses des Ältestenrates

GOTT IST ÜBER UNS,
GOTT IST NEBEN UNS,
GOTT IST IN UNS,
ABER UNSERE SEELE IST SCHWACH
VOM ZWIESPALT UNSERES LEBENS

ELISABETH BAUER

GEB. ESSER

* 30. OKTOBER 1916 † 21. JUNI 1984

JOSEF BAUER
CHRISTA FENNE GEB. BAUER
DR. H. JOACHIM FENNE
CHRISTINA UND CAROLINE
LISA MARX GEB. BAUER
HANS MARX
STEPHAN, ROBERT UND CHRISTOPH
STEFANIE BAUER
HANS KREUZ

4000 DÜSSELDORF 1, TIERGARTENSTRASSE 12

DER TRAUERGOTTESDIENST UND DIE BEISETZUNG HABEN IM FAMILIEN- UND ENGSTEN FREUNDESKREIS STATTGEFUNDEN.

Am 22. Juni 1984 verstarb unerwartet unser Prokurist

Adolf Koecher

geboren am 10. November 1920

Er war seit 1960 in der Kohlensäure-Industrie und seit dem 1. Januar 1972 in unserem Unternehmen in leitender Stellung tätig.

Wir verlieren einen hervorragenden Mann, dessen Handeln durch Sachverstand und objektives Urteilsvermögen gekennzeichnet war. Seine Mitarbeiter schätzten sein faires Verhalten, sein zurückhaltendes und frohes Wesen. Er hatte die große Gabe, entstehende Spannungen zu lockern und ausgleichend in den zwischenmenschlichen Beziehungen zu wirken.

Wir trauern um einen Mitarbeiter und guten Freund, dessen Verlust uns tief trifft und der nur schwer zu ersetzen sein wird.

Geschäftsführung und Mitarbeiter
der Kohlensäurewerke C. G. Rommenhöller GmbH
Bad Driburg-Herste

DOW CHEMICAL / Energieverbrauch wurde gesenkt

Ergebnis hat sich verbessert

JAN BRECH, Hamburg

Die Dow Chemical GmbH, Stade, eine 100-Prozent-Tochter des US-Konzerns Dow Chemical Company, Michigan, (rund 11 Mrd. Dollar Umsatz) hat im Berichtsjahr 1983 glänzend verdient. In dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht wird ein Jahresüberschuß von 118,3 Mill. DM ausgewiesen, der das Stammkapital von 130 Mill. DM fast erreicht. In dem Überschuß sind 29 Mill. DM Dividende der Tochtergesellschaft Dow Chemical Rheinwerke GmbH enthalten, die Vorprodukte der Dow Chemical Stade zu Festharzen weiterverarbeitet und rund 200 Mill. DM umsetzt. Vom Gewinn werden an die US-Mutter 100 Mill. DM Dividende transferiert.

Im Vergleich zum Vorjahr, in dem Dow Chemical lediglich aufgrund einer Dividendenzahlung der Tochtergesellschaft Rheinwerke GmbH einen Überschuß von 6,3 Mill. DM erzielen konnte, ist die Ergebnisverbesserung ungewöhnlich. Bezogen auf den real um 8 Prozent gestiegenen Umsatz von 1,3 Mrd. DM ergibt sich eine Rendite von 8 Prozent. Geschäftsführer Bernhard Brümmer, der zum ersten Mal den Geschäftsabschluß im Rahmen einer Pressekonferenz kommentierte, räumt ein, daß diese Relation auch in der Chemie nicht gerade üblich sei.

Die erhebliche Ergebnisverbesserung im Berichtsjahr führt Brümmer vor allem darauf zurück, daß die in den Jahren der Rezession erbrachten Vorleistungen zur Energieeinsparung in der Produktion angesichts höherer Kapazitätsauslastung 1983 voll durchgeschlagen hätten. Die Beschäftigung der Dow-Anlagen stieg von 63 auf 70 Prozent.

Mit Investitionen von 364 Mill. DM in den Jahren 1980 bis 1983 ist nach Angaben von Brümmer der Gesamtenergieverbrauch um 32 Prozent verringert worden. Nur deshalb sei es möglich gewesen, die schwierigen Jahre 1980 bis 1982 ohne Verlust abzuschließen. An Energie benötigt Dow Chemical rund 300 MW, die jeweils zur Hälfte aus dem öffentlichen Netz, und aus Eigenerzeugung im Wärme-Kraft-Verbund stammen.

Bei den Energieeinsparungen, so Brümmer, sei man noch nicht am Ende. In Stade arbeitet seit Anfang Februar die erste von drei geplanten Gasturbinen, die insofern Neuland bedeuten, als sie in der Grundlast gefahren werden und vor der ersten Grundüberholung 16 000 bis 20 000 Stunden laufen sollen. Die Gasturbinen, von dem japanischen Konzern Ishikawajama-Harima Heavy Industries entwickelt und gekoppelt mit einem für Flugtriebwerke entwickelten Gasgenerator von General Electric, soll Erdgas mit höherem Wirkungsgrad in Elektrizität umwandeln, anstatt unerwünschten Dampf zu produzieren. Bei einem erfolgreichen Test der laufenden Gasturbine hat Dow Chemical die Option für zwei weitere Einheiten. Die Investitionen von insgesamt 60 Mill. DM sollen Primärenergieeinsparungen von 65 Mill. DM pro Jahr erbringen.

Vom Umsatz der Dow Chemical, die seit 1969 an der niedersächsischen Elbseite angesiedelt ist, dort bislang 1,4 Mrd. DM investiert hat und zur Zeit rund 1340 Mitarbeiter beschäftigt, entfallen 85 Prozent auf Chemie-Grundstoffe und 15 Prozent auf Spezialitäten. Von der Produktion gehen 85 Prozent in den Export nach Westeuropa und Übersee.

Für dieses Jahr erwartet Brümmer eine Fortsetzung der guten Ertragsentwicklung. Die Kapazitäten seien inzwischen zu 80 Prozent ausgelastet. In diesem Jahr will Dow Chemical wieder knapp 100 Mill. DM investieren.

VEBA / 1983 hat sich in allen wichtigen Konzernbereichen das Ergebnis verbessert

Mit diesem Jahr bisher zufrieden

HANS BAUMANN, Düsseldorf

Das Berichtsjahr 1983 übertraf bei der Veba AG, Düsseldorf, alle bisherigen Jahre. Und zu den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres findet Vorstandsvorsitzender Rudolf von Bennigsen-Foerden die Formulierung: „Sie nahmen einen erfreulichen Verlauf."

Das ist ein großes, wenn nicht gar gewagtes Wort, denn von Bennigsen liebt das Understatement. So stellt er selbst das Glanzlicht 1983 unter den Scheffel der beiden vorangegangen Jahre, die zwar nicht schlecht waren, aber doch besser hätten sein können. *Und so findet er auch keine hoffnungsfrohe* Adresse an die Aktionäre des Riesen. Er vertröstet sie auf eine Aussage zur Dividende für 1984 auf der HV am 23. August. Nur soviel signalisiert er: „Wir werden weiter unsere Schatullen füllen und die Aktionärsfreundlichkeit vertiefen."

Da man dem Schatullenfüllen im Berichtsjahr (siehe Tabelle) große Aufmerksamkeit schenkte, läßt sich die Vokabel „vertiefen" bei der Definition der Aktionärsfreundlichkeit des Hauses vielleicht doch dahin deuten, daß man von den 7,50 DM je 50 DM nom. Abschied nimmt und dem Aktionär einen Bonus für die Konsolidierung des Konzerns und des Ergebnisses einräumt.

Nach den Erläuterungen von Finanzchef Klaus Piltz brachten Preußenelektra und Veba Kraftwerke Ruhr noch einmal erhöhte Ergebnisbeiträge. Auch im Mineralölbereich hat sich die Gesamtsituation deutlich verbessert, wenn auch Veba Oel nicht zum Ergebnis des Konzerns beitrug, aber auch keine Verluste bescherte. Erhebliche Fortschritte machte die Chemie. Für 1984 rechnet man mit einer Dividende von Hüls, die auch *schon für 1983 hätte fließen können*, wenn man das Ergebnis nicht zur weiteren inneren Stärkung in der Gesellschaft gelassen hätte. Per saldo: Ergebnisverbesserungen in allen wichtigen Konzernbereichen, die zur inneren Stärkung und zur weiteren Bereinigung der Struktur genutzt werden.

Bei 1,68 Mrd. DM Grundkapital *erreichen die Rücklagen im Konzern* inzwischen fast 5 Mrd. DM nach fast 4,7 in 1982. In den nächsten 5 Jahren wird die Veba 16 Mrd. DM investieren, 15 Prozent davon im Ausland. 80 Prozent der Mittel werden wieder aus der Innenfinanzierung stammen, 60 Prozent in die Elektrizitätswirtschaft und 20 Prozent in den Mineralölbereich gehen. Darin sind auch enthalten 2,8 Mrd. DM für die Rauchgasent*schwefelung, die bei der Veba-Kraft*wirtschaft den Strompreis im Laufe der Jahre um bis zu einem Pfennig je Kilowattstunde verteuern wird. Der Grund für diesen relativ geringen Anstieg liegt in dem hohen Anteil der kostengünstigen Kernkraft, bei der auch nicht entschwefelt zu werden braucht. Im Berichtsjahr betrug dieser Anteil 40 Prozent, er wird 1984 auf über 55 Prozent klettern.

Der Ausblick läßt den Schluß zu, daß das Jahr 1984 das Vorjahr wohl noch einmal übertreffen wird. Der Konzernaußenumsatz stieg per Mai um 6,5 Prozent auf 20,9 Mrd. DM. Der Überschuß nach Steuern lag mit 119 Mill. DM um 56 Mill. über dem des Vorjahreszeitraums. Alle Sparten – auch Mineralöl – tragen zu den guten Ergebnissen bei. Bei Hüls allein stieg der Umsatz bis Mai um 18 Prozent. Die Stromabgabe im Bereich Preußenelektra liegt im Mai um 8,4 Prozent über dem Vorjahreszeitraum.

Die Veba-Kraftwirtschaft richtet sich bei ihren Umweltbemühungen auch auf die Beseitigung der Stickoxide ein. Dafür werden zusätzliche Investitionen in der Größenordnung einer weiteren Milliarde erforderlich.

Fazit: Veba hat die Konsolidierung weitgehend abgeschlossen. Jetzt wird in allen Bereichen optimaler als je zuvor gearbeitet. Das hervorragend aufgearbeitete Zahlenwerk belegt schon für 1983 den Erfolg, der auch in dem deutlichen Rückgang des Verschuldungsgrades von 3,7 auf 2,6 zum Ausdruck kommt.

Veba Konzern	1983	±%
Umsatz (Mrd. DM)	49,2	- 2,6
dav. Strom	9,6	+ 9,1
Öl/Gas/Chemie	17,9	- 6,8
Hohlglas	0,6	–
Handel/Verkehr	20,4	- 6,4
Beschäftigte	77 157	- 4,1
Sachinvestitionen	2415	+ 15,7
Cash-flow (brutto) [1]	3923	+ 25,8
Cash-flow (netto) [1]	2770	+ 26,9
Nettogewinn [2]	455	+ 46,8
Jahresüberschuß	472	+ 9,0

[1]) Jahresüberschuß + Zuf. zu langfr. Rückst. + Abschreibungen ± ao. Positionen + EEV-Steuern, minus Dividendensatz. [2]) Gewinn je Aktie 50 DM nom. 13,50 (9,20) DM.

DKB / Bau-Spezialbank mit starkem Wachstum

Neugeschäft verdoppelt

HARALD POSNY, Düsseldorf

*Soll das Bonner wohnungspoliti*sche Ziel einer Wohnungseigentumsquote in der Bundesrepublik von 50 Prozent erreicht werden, müssen nach Ansicht der Deutschen Kreditbank für Baufinanzierung AG (DKB), Köln, noch erhebliche Anstrengungen unternommen werden. Wie das Vorstandsmitglied der zur Deutschen Bank gehörenden Spezialbank für Baufinanzierung, Erwin Gros, erläuterte, bedürfe es dazu einer differenzierteren Betrachtung der derzeitigen Wohnungsversorgung. Der globale Ausgleich von Haushalten und Wohnungen dürfe den Blick auf regionale Unterschiede nicht verstellen.

In ländlichen Regionen liege der Anteil der eigengenutzten Wohnungen längst über dieser Zielgröße. An die Stelle des „Gießkannenprinzips" müsse eine gezielte Förderung in den mit Eigentümerwohnungen unterversorgten Ballungsgebieten treten. Hier stoße der Neubau jedoch durch knappes Bauland und hohe Baukosten auf enge Grenzen. Der Trend „Zurück in die Stadt" sollte gefördert werden.

Nach den Worten von Gros könne der überwiegende Teil der Wohneigentumsbildung nur auf dem vorhandenen Bestand heraus erfolgen. Um dem Regierungsziel näher zu rücken, müßten jährlich etwa 100 000 bis 150 000 Mietwohnungen an Eigentümer verkauft werden. Dieses Vorgehen habe Chancen: Von allen bis 1982 umgewandelten Sozialwohnungen wurden 50 Prozent durch die bisherigen Mieter erworben.

Der 1983 spürbar belebte Wohnungsbau hat sich positiv auf Neugeschäft und Ergebnis der DKB ausgewirkt. So wurden nach Angaben von DKB-Vorstandsmitglied Herbert Beyer die Kreditzusagen um 32 (22) Prozent auf 2,5 Mrd. DM gesteigert. Damit habe sich das Neugeschäftsvolumen innerhalb der letzten drei Jahre nahezu verdoppelt. Die überproportionale Zunahme von 45 Prozent auf 1,05 Mrd. DM mittel- und langfristiger Finanzierungen führt er auf die 1983 verstärkte Auflösung des jahrelangen Nachfragestaus zurück. Die Bauherren waren wieder bereit, längerfristige Zinsfestschreibungen anzunehmen." Zum Teil wird der DKB-Erfolg auch auf größere Kundennähe zurückgeführt. *Das Institut ist inzwi*schen an 28 Plätzen in der Bundesrepublik präsent. Dabei komme der verstärkte Einsatz von EDV-Techniken dem Service zugute.

Das Kreditvolumen erhöhte sich 1983 um 43 (46) Prozent auf 2,6 Mrd. DM, davon 2,2 (1,6) Mrd. DM mittel- und langfristiger Darlehen. Dem standen fremde Gelder in Höhe von 3,66 (2,63) Mrd. DM gegenüber, davon fast ein Drittel aus dem Kundenbereich. Zum Ertrag aus dem Geschäftsvolumen von 99,6 (76,8) Mill. DM kam ein Provisionsüberschuß von 17,5 (14,1) Mill. DM. Nach 38,2 (31,6) Mill. DM Risikovorsorge wurde aus dem Jahresüberschuß von 10,2 (6,7) Mill. DM eine auf 14 (12) Prozent erhöhte Dividende auf 90 (70) Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet. Die haftenden Eigenmittel der Bank betragen 190 (140) Mill. DM, das entspricht 4 (3,3) Prozent der auf 4,72 (4,27) Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Schwalbach: Baumit-Werkstatt f. Design u. Innenausbau, Hohenstein-Breithardt; **Baerheim-Erft:** Körfer & Piek GmbH, Bergheim-Zieverich; **Bochum:** Beukker Einrichtungs-GmbH & Co. KG; **Braunschweig:** Bierfreund Industrierohrleitungsbau GmbH, Braunschweig-Rautheim; **Celle:** Wilhelm Mack; **Detmold:** Hans Schwarz, Bad Salzuflen; Margarete Drüke, Lage; **Frankfurt/Main:** Carl Stender Kunstforlag GmbH u. Co. Verlags KG, Hofheim-Lorsbach; Carl Stender Kunstforlag GmbH, Hofheim-Lorsbach; **Fürth (Bay):** Horst Anhaus, Erlangen; **Hamburg:** Transmarin Hamburg GmbH; **Lübeck:** Nachl. d. Werner Keil; **Lüdenscheid:** Dietmar Rath, Kaufmann, Plettenberg; Walter Rath, Neuenrade; **Mainz:** CHC Weinimport GmbH, Mainz-Hechtsheim; **Neustadt:** Gebr. Kemper GmbH, Garbsen; **Nürnberg:** Herbert Hetzel; **Remscheid:** Panda Markt GmbH, Solingen; **Wuppertal:** Nachl. d. Karl Ignatz Meyknecht, Kaufmann, Heiligenhaus.

Anschlußkonkurs eröffnet: Bad Kreuznach: Walter Zosel GmbH & Co. KG, Pfaffen-Schwabenheim; **Sulingen:** Ulrich Langer, Inh. d. Fa. Otto Plotzitzka, Varrel.

Vergleich eröffnet: Mainz: Schweikhard Ingelheim GmbH, Gewerbegebiet Rüsterbaum.

Vergleich beantragt: Münster: domorent Mietwohnungsverwaltung GmbH.

KONJUNKTUR / Optimismus in Großbritannien

Arbeitsmarkt bereitet Sorge

WILHLEM FURLER, London

Die konjunkturelle Entwicklung in Großbritannien wird auch den jüngsten Erhebungen zufolge positiv beurteilt. Lediglich der Bergleute-Streik setzt die Wachstums-Erwartungen etwas herab. So geht die angesehene London Business School davon aus, daß das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr nicht, wie noch im Frühjahr vorausgesagt, um 2,9 Prozent wachsen wird, sondern wahrscheinlich nur um 2,6 Prozent.

Das Ergebnis der jüngsten Umfrage des britischen Industrieverbandes CBI bei rund 1760 Mitgliedsunternehmen der verarbeitenden Industrie zeigt eine ähnliche Entwicklung voraus. Mit 29 Prozent der Befragten erwarten nicht mehr ganz so viele Unternehmen einen Anstieg ihres Produktions-Volumens im kommenden Quartal wie bei der Umfrage zuvor. Doch immerhin 60 Prozent rechnen damit, daß sie ihr Produktionsvolumen während der nächsten drei Monate auf dem gegenwärtigen Niveau halten werden.

Auffallend optimistisch wird sowohl *in der Studie der London Busi*ness School als auch in der CBI-Umfrage die weitere Preisentwicklung beurteilt. Die Wirtschaftsschule hat ihre Prognose über die Inflationsrate am Ende dieses Jahres merklich auf 4,7 Prozent reduziert. Damit liegt sie jetzt fast auf einer Linie mit der offiziellen Regierungs-Voraussage, die für Ende dieses Jahres 4,5 Prozent lautet.

70 Prozent der vom CBI befragten Unternehmen gehen davon aus, daß sie ihre Preise während der nächsten vier Monate nicht anheben werden. So vorteilhaft im Hinblick auf zu befürchtende Preisanhebungen sind die Antworten der Unternehmen seit September letzten Jahres nicht mehr ausgefallen.

Der Anstieg der Einzelhandelspreise auf das ganze Jahr gerechnet wird von der London Business School folgendermaßen vorausgesagt: 5,5 Prozent für dieses Jahr, 5,0 Prozent für 1985, 4,7 Prozent für 1986 und 4,5 Prozent für 1987. Dagegen gibt sich das Institut eher pessimistisch im Hinblick auf die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen, die der Ansicht seiner Experten erst 1987 mit 2,9 Millio*nen unter die Drei-Millionen-Marke* fallen dürften. Gegenwärtig sind 3,085 Millionen Briten ohne Arbeit.

Mehrwegflaschen immer beliebter

rei, Bonn

Die Benutzung von Mehrwegflaschen *für Fruchtsäfte zeigt nach* Aussagen des Verbandes der deutschen Fruchtsaftindustrie (VdF) auch 1984 eine steigende Tendenz. Zur Zeit beträgt der Marktanteil 32 Prozent und sei wohl auf etwa 40 Prozent zu erhöhen. Propagiert wird jetzt die weiße Literflasche mit Schraubverschluß im Pfandkasten zu sechs Stück. Diese Größe wurde gewählt, um ein tragbares Gewicht anzubieten.

Preisnachteile gegenüber der Einwegflasche oder dem Karton fürchtet man nicht. Beim Verbraucher habe sich der Eindruck verfestigt, daß im Karton einfachere Fruchtsaftgeträn*ke angeboten würden, mit geringe*rem Fruchtanteil und die Einwegflasche sei unverzichtbar z. B. auf Reisen – ebenso wie andere Verpakkungsarten, weil Flaschen z. B. in Bädern und Stadien verboten seien. Ein Karton koste zwar nur etwa 18 Pfennig gegenüber etwa 45 Pfennig bei der Flasche. Doch könne die Flasche rund 20 bis 25mal umlaufen, was einer Lebensdauer von fünf bis sechs *Jahren entspreche. Als* Pfand würden einheitlich 30 Pfennig pro Flasche und drei Mark pro Kiste verlangt.

Entscheidung ist wieder verschoben

J. Sch. Paris

Das Handelsgericht in Paris hat sei*ne Entscheidung über den Ver*gleichsantrag des größten privaten französischen Stahl- und Metallkonzern Creusot-Loire (30 000 Beschäftigte), die gestern fallen sollte, auf den 28. Juni verschoben. Dies verlautete aus Justizkreisen. Dem erneuten Aufschub war ein Antrag des Unternehmens vorausgegangen, das noch laufende Zahlungsmoratorium zu verlängern. Die Regierung, Gläubiger *des mit insgesamt fünf Mrd. Franc* (1,6 Mrd. DM) verschuldeten Unternehmens, hatte dem Antrag nicht widersprochen, da Creusot Loire zum Wochenbeginn neue Sanierungsvorschläge gemacht hat.

Bislang konnten sich der Staat und die Muttergesellschaft Schneider S.A. – mit rund 50 Prozent Hauptanteilseigner – nicht auf einen Sanierungsplan einigen. Schneider hatte sich geweigert, ihrer Tochtergesellschaft 800 Mill. Franc als zusätzliches Aktienkapital zur Verfügung zu stellen. Da die Regierung einen Konkurs schon aus *sozialen Gründen* verhindern will, *wird erwartet*, daß der Staat unter Beteiligung von Schneider eine neue Rettungsaktion beschließt.

ROSENTHAL / Jetzt steht die Konzentration auf den Wohnbereich im Vordergrund

„Die Technische Keramik hätte uns überfordert"

DANKWARD SEITZ, München

Ob das so geplant war? „Innovation" lautet in diesem Jahr das Thema, mit dem sich die Rosenthal AG, Selb, neben dem üblichen Zahlenwerk mit nachdenkenswerten Beiträgen *in ihrem* Geschäftsbericht 1983 befaßt. Und gleichzeitig muß Dietrich Müller, im Vorstand für Finanzen und Verwaltung zuständig, verkünden, daß sich das Unternehmen Anfang 1985 aus dem hoch innovativen Bereich der Technischen Keramik zurückziehen wird.

Die Hoechst AG, Frankfurt, wird zum 1. Januar 1985 vom Stammkapital der Rosenthal Technik AG in Höhe von 25 Mill. DM vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskartellamtes 75,01 Prozent übernehmen. Auf die bei Rosenthal verbleibenden 23,79 Prozent hat Hoechst eine Kaufoption erworben; die restlichen 1,2 Prozent werden von AEG-Telefunken gehalten.

Innerhalb der nächsten zwei Jahre muß Hoechst *das Unternehmen* umbenennen und auf den Namen Rosenthal verzichten. Wie von seiten des Chemiekonzerns verlautete, ist vorgesehen, die Neuerwerbung als „organisatorisch selbständige Einheit" weiterzuführen. Welcher Kaufpreis vereinbart wurde, war nicht zu erfahren, jedoch meinte Müller, daß er *„fair" sei.*

Nur in dieser Flucht unter das Dach eines Großen sahen Müller und sein Kollege Edgar Lutz, Vorstandssprecher der Rosenthal Technik, die *Chance, langfristig die etwa 2600* Arbeitsplätze zu sichern und das Unternehmen, das ein wichtiger Zulieferant für die Elektronikindustrie ist, auf eine feste Basis gegenüber der japanischen und amerikanischen Konkurrenz zu stellen. Denn in den nächsten fünf Jahren wäre ein so hoher Investitionsbedarf angefallen, der die Kraft der Rosenthal-Gruppe überstiegen hätte.

Bereits in den letzten zehn Jahren hat Rosenthal in diesen Bereich etwa 120 Mill. DM nach Angaben von Müller investiert, doch hat das Unternehmen in diesem Zeitraum nur rund 12 Prozent zum Gruppengewinn bei einem Umsatzanteil von etwa 37 Prozent beigesteuert. 1983 erzielte die Gruppe weltweit einen Umsatz von 626,0 (601,7) Mill. DM, wozu die Rosenthal Technik 191,0 (185,8) Mill. DM beisteuerte. Angesichts der guten Nachfrage, insbesondere aus dem Ausland, wird der Umsatz der Rosenthal Technik 1984 nach Schätzungen von Müller auf etwa 240 Mill. DM steigen.

Ganz offensichtlich ist man bei Rosenthal aber jetzt auch darüber erleichtert, daß die seit 1977 mit Verlust arbeitende, nicht zum Konsolidierungskreis gehörende US-Tochter Rosenthal Technik North America auf Hoechst übergeht. Bei ihr ist in*zwischen ein steuerlicher* Verlustvortrag in Höhe von 15 Mill. Dollar aufgelaufen, wie Müller mitteilte. Mit auf 33,7 (3,7) Mill. DM gestiegenen Wertberichtigungen und einer Rückstellung von 9,5 Mill. DM in der Bilanz 1983 sei dieser Betrag weitgehend verdaut. Inwieweit 1984 die Tochter noch einmal belasten wird, dazu wollte sich Müller nicht äußern. Fest stehe nur, daß von Hoechst keine Verluste übernommen würden.

Die Sanierung dieser Tochter dürfte auch mit ein Grund dafür gewesen sein, daß Rosenthal die Dividende für 1983 auf 7,00 (8,50) DM zurückgenommen hat. Daß Cash-flow und Ergebnis je Aktie gestiegen sind, begründete Müller damit, daß bei deren Berechnung der Rückstellungsbetrag mitberücksichtigt wird. Diesen halte man jedoch nicht für ausschüttungsfähig, solange nicht feststehe, ob er in Anspruch genommen werden muß.

„Konzentration auf den Wohnbereich" lautet jetzt das Motto bei Rosenthal. Nachdem hier bereits 1983 das bisher beste Ergebnis erzielt worden sei, so Müller, könne nach dem Verlauf der ersten fünf Monate 1984 die Prognose gewagt werden, daß Rosenthal einen höheren Gewinn als 1983 erreichen werde. Per Ende Mai *stieg der Auftragseingang* in der Gruppe um 17 Prozent und der Umsatz um 13 Prozent.

Rosenthal	1983	±%
Weltumsatz		
(Mill. DM)	626,0	+ 4,0
Inlandsumsatz	507,0	+ 7,7
Exportanteil (%)	41,5	(38,6)
vom Weltumsatz entfielen auf:		
Technische Keramik	191,0	+ 2,8
Porzellan	236,0	+ 10,1
Glas	53,8	+ 5,1
Möbel	23,4	+ 14,1
Handelsbereich	103,5	- 7,1
Bilanzsumme [1])	295,9	+ 12,4
Grundkapital	30,0	unver.
Eigenkapital	56,5	unver.
Sachinvestitionen	23,4	- 32,0
Abschreibungen	22,2	+ 1,8
Cash-flow [2])	39,7	+ 36,0
Jahresüberschuß	4,1	- 25,5
Dividende (DM)	7,00	(8,50)
Ergebnis		
je Aktie (DM)	14,70	(12,70)
Beschäftigte [3])	7311	- 5,2

[1])bereinigte Konzernbilanzsumme; [2])nach DVFA; [3])im Jahresdurchschnitt, davon im Inland 6306 (6591).

	26.6	25.6.
H Aach M Berei. 9	950 bG	970 T
H Ach. M Vers 6+1	305 G	305 G
D Aach. Ruck 9	920 T	920 T
D Adag *4	280 T	280 T
M Ack-Gögg. 0	115,5	113,2bG
M Adca 0	–	117 G
D Adler 9	298 G	298 G
F Adt AG 4	103	101
F AEG-Telef. 0	97,1	96
D AEG-Kabel 8	265 G	265 G
S Aesculap 8	516 bG	519 G
F AGAB 5	121,5	121
D Agrippina *7	600 G	600
M Agrob 0	215 TG	210
M dgl. Vz 0	200	200
M Aigner	278,5	263bG
M Akt. Kaufb. *18	1400 B	1400 B
H Agiv 9	310 B	310 G
H Albingia 7	570 G	570
D Alexanderw. 0	121	126,9
Hr Allerthal *0	182 G	182 G
S A.Re.**6,3+1,75	1660 G	1660
S d.NA**6,3+1,75	1200	1190
S d.59%E.6,3+1,75	2005	2110bB
D Allianz Leb. 9	4200 T	4270
D Allianz V. 10	789	789
S Allweiler St. 8	330 B	330 G
S dgl. Vz. 9	235 G	235 G
F Altana 10	297,5	296,8
F Andreae-N.Z. 0	160	160,2 G
H Audi NSU 0	268 G	265 G
M Augsburger Kg. 0	98 bG	101
S Badenwerk 6	137 bG	136,1bG
F Bd Württ Bk. 9+1	410 G	410 G
D Balcke-Dürr 0	186	186
F Bank v. 1899 *12	420 G	470 G
D Banning ** 20	950 T	950 T
H BASF 5	162	161,5
H Bavaria 3	182 G	188 bG
D Bayer 4	165	164
F B. Br. Sch. -3 6	260 G	260
M Bayer. Hdls. 10	302	275
M Bayer. Hartst. *12	1180 G	1160bB
M Bayer. Hypo 9	277	276
M Bayer. Lloyd 0	294,5 G	294,5
H BMW 10	387	384
M Bayer. Vbk. 10	322,5	321,8
H Beiersdorf 8	350	349
F BHF-Bank 9+1,5	255	255
B Berl. Kindl 4	129 bG	129
B Bekula 5+1	92	91,2
B Berthold 0	256,5	257
S Bill.+Berg 10	205	200
F Binding 7	218	218
M Blattmetall 9,5	1080	1050G
D Boch.Gels. Str. 0	280 T	280 T
D Bonner Zement 2	210 B	210 B
F Brau AG 5	190 B	190 B
M Brhs. Amb. *5+3	820 G	820 G
F Braun Vz. 15,2	455 G	455 G
H Br H.Hypo 10	315 G	315 G
Hn Brsch.Jute *0	98	100 B

	26.6.	25.6
H Breitenb.-C. *28	580 G	580 G
H Br. Straßb. *0	–	440 B
H Br. Vulkan 0	66,5	67
F Br. Wollk. 6	124	122
F BBC 6	215,2	214
S BSU Textil % 28	1250 G	1250 G
D Buckau-W. 0	137 G	137 G
D Buderus *12	420 G	410
M Bgl.Br.Ing. *11+1	740 G	740 G
S Bgl.Brh.Rov. *0	370 G	370 G
S Calw D. **18	829 bB	850 bG
F Casella 10	418 G	418 G
F Ceag 0	110	110
F Chem. Vw. *0	290 bG	290
D Colonia 5	315	312 bG
D Commerzb. 0	155	154
D Cobk. Reste RM	10,9 T	10,9 T
D Conc. Chem. *7+8	250 bG	245 bG
B Conc. Sp. *0	370 T	370 T
D Contigas 7,5	285 G	285 G
D Conti Gummi 0	125,7	124,7
D Dahlb. St. 6,875	272	270 T
D dgl. Vz. 12,9	445 G	445 G
S Daimler 10,5+1	566	559,5
M Deckel AG 0	127	128
D Dt. Atl. Tel. 9	360 bG	360 T
H Daag 0	293 bB	295 bB
D Dt. Babcock St. 0	155	154
D dgl. Vz. 0	157	157
F Dt. Bank 11	339,2	337
D Dt. Centrb. 12	490 G	490 G
D Dt. Conti Rück 0	3700 T	3700 T
D dgl. NA 0	1180 T	1180 B
F Dt. Eff.+Wbk. 8	355 G	335 bG
F Degussa 9	383	386
H Dt. Hyp. H.-Bln. 9	237 G	237 G
H Dt.Hyp F.-Br.10+2,5	390 G	388 G
S DLW 10	289 G	291
Hn Dt. Spezialgl. 8	207	205,5
F Dt. Steinz. *6	234	233
H DaTeWe 8	400 G	400 G
F Dt. Texaco 7,7	220 B	226 bB
B Dt. Eisenh. *0	155 G	155
M Diamalt 0	99 B	99 bB
D Didier 5,5	169	166
F D.bl. Quellen 7,5	250 T	255 T
D Dieng Hold 0	179	179,8
D Dittm. & N **60	4000 G	4000 G
D DAB 3	118	118
D Dm. Ritter 7,7	265 G	265 G
D DUB-Schulth. 7	249,5	247,5
D Duewag 4	113	115 T
D Dresdn. Bank 6	150,5	149,5
D Dyckerh. Z 5	227	224 T
D dgl. Vz. 5	227	222 G
F Dywidag 8	169,5	178
D Edelst. Witten *: 0	225 B	225 B
F Eichbaum-Br. 5	170 bG	175 G
D Eisb. Verk. 10	252 G	252 G
M Ekatit-Ried. 5	7,5 bG	7 bB
H Elbschloß 5,5	387 G	387 G
M Ev. Oberfr.N 4,5	275 bB	280 G

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

	26.6.	25.6.
M A. Alpenm. 14%	380 TB	380 TB
F Allgusta *16	950 G	950 G
F Alte Leipz.8**7	467	467
F dgl. 50% NA *5	449	449
M BCT	180 T	180 bG
F Berl. AG Ind.*4	220 G	220 G
D Berl. Leben 9	830 G	830 G
M Bernard **28+7	3150	3150
F Bibl. Institut 5	540 B	560 G
F Börst. Kränzl *0	330	333
D Dachz. Idunah.*0	650 T	650 T
F Deere Lanz *6	180 G	180 G
F Dielastw. 0	66 G	62 G
F DM Hansa 5,55	210 G	210 G
D Garbe, Lahm 0	180 T	182
F Gas, K'laut.7,5	355	360 B
F Georg A. 4	182 G	182 G
F Gerling **50	1385 G	1385 G
F dgl. NA 5	137,5 G	137,5 G
F dgl. Vz. 5	135	133 G
D Gem. Epe 0	73 G	73
F Grossm. *13	250 G	250 G
F Hanfw. Oberu. *0	140 B	140 B
D Koenig & B. 5+2,5	190 T	190 T
D dgl. NA 5+2,5	180 T	180 T
D Köln Verw. 3,5	320 T	320 T
F Korf Stahl 0	9,05	9,5
F Langbein-Pf. 0	69 B	68 G
F M. Fahr *10	440 B	450 B
S Min. Oberk. 8	415	415
Hn Nwd. Hefe *11	440 G	440 G
Hn Osn. Bierbr. *0	265 G	265 G
F Papier Weiss 0	135,5	130
F Sarona V. 8,25	215	215
D Schött *0	–	–
F Schwab 5	345 G	340 G
M SM Software	350 bB	339
M Tewidata	150,1	155 bB
F Tonw. Wiesl. *10	850	850
F Vectas G. 3	400 B	400 B
F Westdt. Vict. 0	–	–
F Wibau 4	6,80	7

Unnotierte Werte

F Global Nat **0	15,80	16,05
F Henninger Con	2,5 bG	2,5
F Properties Int.	33 G	32 G
F Uoc **0	0,96 bG	0,96 bG

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. * Stücke in 100 DM, ** abweichende Stückelung, kein Zeichen = Stücke in 50 DM. (Kurse ohne Gewähr)

Berufshandel trieb die Kurse

Der Schlichtungsvorschlag Lebers in den Metalltarifauseinandersetzungen veranlaßte den Berufshandel an der Dienstagbörse zu Käufen, die auf verhältnismäßig breiter Front zu freundlichen Kursen führten. Die private Bankenkundschaft, wie auch das Ausland dagegen hielten sich mit Käufen weiter zurück, weil man nicht mehr zu Vorschußlorbeeren im Tarifkonflikt bereit war. Am Chemiemarkt stiegen die Notierungen bis um 1 Mark. Stärker waren die Tagesgewinne (außer bei VW) am Automarkt. Kleine Gewinne bei den Bankaktien. Stromversorger lagen gut behauptet. Unterschiedlich stark stiegen die Stahl- und Rohstoffaktien, unter denen Preussag mit plus 5 DM herausragten.

Am Rentenmarkt tendierten öffentliche Anleihen und Bundesobligationen bei sehr kleinem Geschäft kaum verändert. DM-Auslandsanleihen lagen eher schwächer. Pfandbriefe bei ruhigem Geschäft meist knapp behauptet.

FINANZANZEIGEN

Auslosungsbekanntmachung

In der am 18. Juni 1984 vorgenommenen Auslosung wurden zur Rückzahlung per 1. Oktober 1984 gezogen:

8½ % Inhaberschuldverschreibungen Emission 26
Kenn-Nummer – 264 275 – der
Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –
die Endnummer: 1

Als ausgelost gelten alle oben angeführten Schuldverschreibungen mit der jeweils gezogenen Endnummer.

Die Einlösung der am 18. Juni 1984 ausgelosten Stücke erfolgt ab 1. Oktober 1984 zum Nennwert gegen Einreichung der Schuldverschreibungen mit Zinsscheinen per 1. 4. 1985 uff. bei der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –, Hamburg, bei allen anderen Girozentralen und Landesbank sowie bei den Sparkassen.

Die Verzinsung der fälligen Stücke endet am 30. September 1984. Der Betrag etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag abgezogen.

Restanten:

per 1. 10. 1981: Stücke mit der Endziffer: 9
per 1. 10. 1982: Stücke mit der Endziffer: 2
per 1. 10. 1983: Stücke mit der Endziffer: 6

Hamburg, im Juni 1984

HAMBURGISCHE LANDESBANK
-GIROZENTRALE-

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

AEG-TELEFUNKEN Kabelwerke AG Rheydt
Mönchengladbach 2

Wertpapier-Kenn-Nummer 634 800

Dividendenbekanntmachung

In der ordentlichen Hauptversammlung am 15. Juni 1984 wurde beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1983 in Höhe von 9.216.000,– DM zur Ausschüttung einer Dividende von 8,– DM je Aktie im Nennwert von 50,– DM auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 57.600.000,– DM zu verwenden.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 4,50 DM je Aktie verbunden, das auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet wird.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt ab 18. 6. 1984 gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 7 nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer durch die nachfolgenden Stellen:

Gesellschaftskasse in Mönchengladbach 2
Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln und Frankfurt/Main
Commerzbank AG., Düsseldorf, Köln und Mönchengladbach 2
Deutsche Bank AG., Düsseldorf, Köln und Mönchengladbach 2
Dresdner Bank AG., Düsseldorf, Köln und Mönchengladbach 2
Bankhaus Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf, Essen, Frankfurt/Main
Bank für Handel und Industrie AG., Berlin
Berliner Commerzbank AG., Berlin
Deutsche Bank Berlin AG., Berlin

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn ein inländischer Aktionär der auszahlenden Stelle eine Freistellungsbescheinigung seines Finanzamtes nach §§ 2b oder 13a KapStDV vorlegt bzw. eine solche Bescheinigung seiner Depotbank einreicht.

Mönchengladbach 2, im Juni 1984 — Der Vorstand

WAK 1983

Neues von der IBM:

Was jetzt besonders schön wird.

a

Alles, was in einem Unternehmen zu Papier gebracht wird, ist so etwas wie eine Visitenkarte. Es muß nicht nur im Inhalt seine Qualität haben, sondern auch in seiner Form. Und wenn man sich inzwischen beim Inhalt vom Computer helfen läßt, warum nicht auch bei der Form.

Dafür gibt es jetzt einen Drucker, der große Mengen Papier so bedruckt, wie man es von einem Computer nicht erwartet. Es ist das Laser-Drucksystem IBM 3800 Modell 3. Es druckt sozusagen in Korrespondenz-Qualität. Es druckt in etwa 200 verschiedenen Schriftarten. Und es druckt nicht nur den Text, sondern auch Graphiken und Abbildungen. Man kann richtig schöne Angebote, Teilekataloge, Werbebriefe, Wartungshandbücher, Schulungsunterlagen und was einem sonst so alles einfällt gleich vom Computer herstellen lassen.

Aber es gibt natürlich auch eine ganze Menge Drucksachen, die nicht besonders individuell aussehen müssen, sondern die besonders schnell und preisgünstig in Umlauf kommen müssen. Dafür gibt es jetzt einen mechanischen Drucker, der in Hochgeschwindigkeit druckt. Es ist der Zeilendrucker IBM 4248. Er druckt bis zu 3600 Zeilen pro Minute und bis zu 168 Positionen pro Zeile. Er hat die Funktion „Horizontale Kopie" und kann somit gleichzeitig neben dem Original ein zweites drucken.

Man kann mit ihm Drucksachen wie zum Beispiel Kontoauszüge, Zahlungsbelege oder Rechnungen mit anhängenden Zahlkarten in großen Mengen termingerecht ausdrucken.

Oder es gibt kleinere Druckaufgaben, die weder besonders individuell noch besonders schnell durchgeführt werden müssen. Dafür gibt es den Zeilendrucker IBM 3262-5.

Er ist besonders preiswert, und man kann mit ihm viele Aufgaben, die einen häufigen Formularwechsel erfordern, lösen.

Ob man nun schön, individuell, schnell oder preiswert drucken will, die IBM hat für jede Anforderung den richtigen Drucker.

Wenn Sie mehr über das umfangreiche Drucker-Programm der IBM wissen wollen, schreiben Sie bitte unter dem Stichwort „Drucker" an IBM Deutschland GmbH, Postfach 31 37, 7000 Stuttgart 1.



FUSSBALL / Heute abend findet in Paris das EM-Finale zwischen Frankreich und Spanien statt

● Frankreichs Staats-Präsident François Mitterrand und Spaniens Regierungs-Chef Felipe Gonzales sind Ehrengäste im Pariser Prinzenpark-Stadion, wo Frankreich und Spanien heute (20 Uhr) das Endspiel um die Fußball-Europameisterschaft bestreiten. – Sie sind zugleich Gast von Jacques Georges (66), dem neuen französischen Präsidenten der Europäischen Fußball-Union (UEFA).

● Spaniens Trainer Miguel Munoz hat Sorgen vor dem Endspiel gegen Frankreich. Er muß die nach zwei gelben Karten gesperrten Maceda und Gordillo ersetzen. Außerdem ist der Einsatz von Goicoechea und Salva wegen Verletzung gefährdet. Verbandschef Pablo Porta erhöhte die EM-Prämie auf 54 000 Mark – ungeachtet, ob es gegen die Franzosen einen Sieg gibt.

Didier Six ist im Finale nicht dabei, da zog er sich zurück und rauchte erst einmal eine Zigarette

MARTIN HÄGELE, Paris

Wenn Monsieur Michel Hidalgo (51) irgend so ein Sauhund wäre, wie sie sein Beruf häufig nach oben *schwemmt, dann würde ihm* die Wahl leichter fallen. Aber so. Frankreichs Natioaltrainer ist hauptsächlich Mensch, eine Art Vaterfigur. Deshalb ist es ja auch so schwer. Hidalgo soll entscheiden, wer heute abend im Prinzenpark-Stadion in Paris als Europameister in die Fußballwelt grüßen darf. Wer krieg ein Trikot? Und wer muß zuschauen?

Holt Hidalgo den Sünder Amoros zurück, dessen Sperre nach dem Platzverweis im Eröffnungsspiel gegen Dänemark abgebrummt ist?

Bringt er es übers Herz, dafür Patrick Battiston zu opfern? Battiston, der seit dem Foul des deutschen Torwarts Harald Schumacher als Nationalheld und Märtyrer gleichzeitig gilt?

Oder muß Domergue raus, der zwei Tore im Halbfinale zum 3:2-Erfolg über Portugal erzielte und damit alle gallischen Hoffnungen ins Finale rettete?

Darf Six (29) zum ersten Mal in seiner Karriere einen Titel gewinnen? „Ich war ein Dummkopf, daß ich von Stuttgart letztes Jahr wegging", hat er neulich gesagt.

Hidalgo: „Ich versuche, die Mannschaft gerecht aufzustellen, aber es läßt sich nicht verhindern, daß man einige enttäuschen muß." Diese Worte schickt Hidalgo voraus, bevor er die Elf aufzählt, zu der er sich nach langem Überlegen durchgerungen hat: „Torwart Bats, Die Abwehr mit Battiston, Domergue, Bossis und Leroux, im Mittelfeld mit Tigana, Giresse, Platini, Fernandez oder Genghini, im Angriff Lacombe, Bellone oder Ferreri".

Und was ist mit Didier Six?

Bellone sei frischer, erklärt Hidalgo, und er wolle in diesem Endspiel mit einem klassischen Linksaußen beginnen. „Aber wenn Six im Laufe des Spiels reinkommt, dann wird er mit seiner großen Erfahrung für Verwirrung bei den Spaniern sorgen".

Der Ex-Stuttgarter reagierte beleidigt auf diese öffentliche Degradierung: „Diese Entscheidung ist absolut ungerecht". sagte er, und verlangte eine Zigarette, um sich etwas abzuregen. Dann schlug er sich in die Büsche: „Nein, nein keine Interviews mehr".

Abgesehen von taktischen Aufgaben hat Monsieur Hidalgo seinen Leuten eine ganz klare Anweisung gegeben. Mit viel Pathos in der Stimme erklärte er: „Euer ganzes Leben hängt an diesen 90 Minuten. Ihr müßt über Euch hinauswachsen, und das wollen, wovon Ihr Euer Leben lang geträumt habt".

Daß der Pokal mit den Franzosen auf die Ehrenrunde geht, daran zweifeln nicht einmal die schlimmsten Schwarzmaler. Und auch die Spieler sehen den Fall nüchterner als ihr Trainer. Zum Beispiel Libero Bossis: „Ich freue mich auf das Endspiel und die Spanier. Die Spanier sind mir lieber als die Dänen. Denn ein dänisches Trikot besitze ich schon".

Da wird das Fell schon verteilt, obwohl das Vieh noch ganz keck aus der Wäsche sieht. Nur eines, so Bossis, sei schade: „Wir hätten viel lieber gegen eine komplette spanische Mannschaft gespielt, denn dann ist der Sieg wertvoller".

Sind die Spanier nur noch lahme Kühe?

Liebend gern würde Miguel Munoz (61) mit seinem französischen Kollegen tauschen. Sein Finalteam stellt sich sozusagen von selbst auf. Alle die noch halbwegs laufen können.

Der Abwehrchef und Torjäger Maceda ist fürs Finale ebenso gesperrt wie der fleißige und deckungstreue Gordillo, der eisenharte Goicoechea klagt über ein malades Knie, mit Camacho und Urquiaga verfügt Munoz nur noch über zwei gesunde Verteidiger.

Weit und breit scheint gar kein spanischer Spieler in Sicht, der auch nur in etwa die Kreise des Michel Platini stören könnte.

„Sind Sie ein Fußballgott", hat ganz ernsthaft ein Reporter den Kapitän der Equipe Trikolore gefragt. Offensichtlich suchte der Mann einen Superlativ für Superstar. *Man könne* Gott und Fußball nicht vergleichen, hat ihm der Katholik Michel Platini *geantwortet* und *dem Journalisten* einen anderen Vergleich vorgeschlagen: „Schreiben Sie lieber, ich spiele ein *bißchen* brasilianisch".

Michel Hidalgo aber nimmt nach dem Finale seinen Abschied – unwiderruflich. Sein 75. Länderspiel seit 1976 soll die Krönung bringen. „Es wird ein schwerer Augenblick für mich. Doch ich bin nicht der König, der an seinem Posten klebt," besteht er. Bis zur Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko sind es nur noch zwei Jahre, doch trotz inständiger Bitten macht Hidalgo nach der EM für den ehemaligen Nationalspieler und bisherigen Trainer der Olympia-Mannschaft, Henri Michel, den Stuhl frei und zieht sich als Technischer Direktor des Verbandes in den organisatorischen Bereich zurück. Seine neue Aufgabe umreißt er so: „Ich werde auch künftig an den einzelnen Kadern mitarbeiten."

Endgültig: Derwall betreut nicht mehr die Nationalelf

dpa, Paris

Das Kapitel Jupp Derwall als Fußball-Bundestrainer der deutschen Nationalmannschaft ist beendet. Das erklärte der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Hermann Neuberger, gestern im Pariser Hilton-Hotel. Neuberger: „Derwalls Entscheidung stand lange fest. Schon nach dem Länderspiel im März gegen die UdSSR in Hannover hat er mich um ein Gespräch gebeten. Wir trafen uns in meiner Wohnung, und er erklärte mir, daß er die Angelegenheit für zu verfahren hielte, mich nicht in die Schußlinie bringen und daher vom Amt des Bundestrainers zurücktreten wolle."

Der DFB-Präsident Hermann Neuberger jedoch *hielt* den Zeitpunkt kurz vor der Europameistzerschaft für nicht gut und bat Derwall, sein Amt bis zum Turnier auszzuüben. Am Tag nach der Rückkehr aus Frankreich fragte Neuberger den Bundestrainer: *„Hat sich an Ihrer Haltung* etwas geändert?". Derwall: „Nein."

Zukünftig soll Derwall Aufgaben im internationalen Sektor übernehmen. Neuberger: „Ich bin hier schon in Paris von den Vertretern einiger Nationalverbände angesprochen worden." Der DFB wird also den Vertrag mit Derwall bis 1986 erfüllen. Er soll offiziell den Titel eines Bundestrainers behalten.

Dies spricht dafür, daß als Über*gangslösung das Modell mit einem* technischen Direktor – wahrscheinlich Franz Beckenbauer – und einem *DFB-Trainer (Ribbeck oder Köppel)* eingeführt wird, bis 1985 Helmut Benthaus seinen Vertrag beim neuen *Meister VfB Stuttgart erfüllt hat.*

Neuberger bestätigte, daß er schon im Frühjahr ersten Kontakt mit Benthaus aufgenommen habe. Einen Kontakt, den Derwall persönlich einleitete. Derwall sprach Benthaus bei einem Treffen an: „Neuberger wird bald auf Dich zukommen." Neuberger unterrichtete von dieser Absicht *zunächst jedoch Stuttgarts Präsident* Gerhard Mayer-Vorfelder.

Heute wird Jupp Derwall mit seinem Assistenten Horst Köppel das EM-Finale in Paris besuchen. Zuvor wird er mit Neuberger über seinen zukünftigen Wirkungsbereich reden.

NACHRICHTEN

Schwimmen: Weltrekord

Indianapolis *(dpa) – Der 19 Jahre* alte John Moffet schwamm am ersten Tag der amerikanischen Olympia-Ausscheidungen in Indianapolis Weltrekord über 100 Meter Brust. In 1:02,13 Minuten verbesserte er die al*te Rekordmarke seines Landsmannes* Steve Lundquist um fünf Hundertstelsekunden.

Rallye: Blomqvist siegt

Rotorua (sid) – Die Schweden Stig Blomqvist und Björn Cederberg gewannen auf Audi Quattro die Rallye Neuseeland vor dem finnischen Lancia-Team Marku Alen/Ilkka Kivimäki. Dritter wurde Titelverteidiger Hannu Mikkola (Finnland).

Strafen reduziert

Brüssel (sid) – Die Strafen für die in den belgischen Fußball-Skandal verwickelten Spieler sind in zweiter Instanz vom Berufungs-Komitee des belgischen Verbandes nochmals reduziert worden. Die meisten Spieler sind jetzt nur noch bis zum 2. Januar 1985 gesperrt, darunter die Nationalspieler Plessers, Meeuws, Daerden und Vandersmissen (alle von Standard Lüttich).

ZAHLEN

TENNIS

Turnier in Wimbledon, Herren-Einzel, 1. Runde: Becker (Deutschland) – Willenbourg (USA) 6:0, 6:0, 6:4, Lewis (Neuseeland) – Stadler (Schweiz) 6:3, 6:2, 6:2, Sundstroem (Schweden) – Boileau (Belgien) 6:4, 7:6, 7:5, Schwaier (Deutschland) – Amritraj (Indien) 6:3, 6:4, 6:2, McEnroe (USA) – McNamee (Australien) 6:4, 6:4, 6:7, 6:1, Lendl (CSSR) – Stockton (USA) 4:6, 6:0, 6:3, 5:7, 6:4, Simonsson (Schweden) – Glickstein (Israel) 4:6, 6:2, 3:6, 6:3, 6:4, Lloyd (England) – Maurer (Deutschland) 3:6, 6:3, 3:6, 6:4, 6:3, Davis (USA) – Jarryd (Schweden) 4:6, 6:4, 6:3, 6:2, Meister (USA) – Beutel (Deutschland) 6:3, 3:6, 7:6, 7:5, Connors (USA) – Bourne (USA) 7:5, 7:5, 6:4, Curren (Südafrika) – Denton (USA) 6:4, 3:6, 4:6, 7:6, 6:4, Gehring (Deutschland) – Slozil (CSSR) 6:4, 6:7, 7:5, 4:2 wegen Dunkelheit abgebrochen. – **Damen-Einzel:** Piatek (USA) – Hanika (Deutschland) 6:2, 2:6, 10:8, Sayers (Australien) – Robin White (USA) 6:3, 6:3, Croft (England) – Delhees-Jauch (Schweiz) 6:3, 6:0, Wendy White (USA) – Jausovec (Jugoslawien) 7:6, 7:6, Hobbs (England) – Reynolds (USA) 6:2, 7:6.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 366 017,60, 2: 73 833,70, 3: 7996,20, 4: 134,60, 5: 9,90. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 1323,80, 2: 48,20, 3: 6,40. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot 173 711,00, 2: 57 903,60, 3: 3985,00, 4: 133,40, 5: 10,00. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 666,80, 2: 77,90, Rennen B: Klasse 1: 2762,80, 2: 327,70, Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot 192 891,80 (Ohne Gewähr).

WIMBLEDON / Sylvia Hanika ausgeschieden – Talent Boris Becker

Tiriac: „Ein Diamant, der geschliffen werden muß"

H. J. POHMANN, Berlin

Als er neun Jahre alt war, reisten Sportwart und Verbandstrainer des badischen Tennisverbandes mit dem Knirps ins württembergische Städtchen Biberach. Käseweiß durfte er da den beiden Bundestrainern Richard Schönborn und Günter Bosch im Rahmen einer Sichtung 15 Minuten vorspielen. Das Resultat war niederschmetternd. „Boris ist für Leistungstennis ungeeignet." Gestern nun stand mit dem noch 16jährigen Boris Becker der jüngste deutsche Tennisspieler aller Zeiten im Hauptfeld von Wimbledon. In der ersten Runde besiegte er den Amerikaner Willenbourg 6:0, 6:0, 6:4. Vielleicht war es für den rotblonden jungen Mann aus dem badischen Leimen ein günstiger Umstand, seinerzeit nicht zu den Auserwählten der DTB-Trainer zu gehören. Denn nun wurde der stämmige Boris von dem Verbandstrainer Boris Breskvar (42) sorgsam aufgebaut und außerhalb des Platzes von seinem sportlichen Ziehvater, dem Sportwart *Wolf Dieter Späth,* betreut.

War Boris Becker im Januar noch auf Rang 664 der internationalen Computer-Rangliste, so hat er sich mittlerweile auf den 164. Platz nach vorne gespielt. Unterstützt vom Deut*schen Tennis-Bund wurden ihm alle* Turnierstarts ermöglicht, notfalls auch mit Wild Cards (sogenannte Freikarten) auf den *Grand-Prix-*Turnieren in Hamburg und München.

Alles schien blendend zu verlaufen, wenn *nicht beim Monte-Carlo-Open* geschäftstüchtige Ex-Profis und Managergruppen auf den technisch versierten Becker aufmerksam geworden wären. Auf einmal bekundete der Pole Wojtek Fibak Interesse, mit dem deutschen Talent im Doppel zu starten. Und der Rumäne Ion Tiriac, Manager von Vilas und Landsmann von Bosch, streckte seine Fühler aus. Das ist „typisch für diese beiden", befand John McEnroe. Auch die Vertreter der beiden großen Managergruppen, Pro Serv und McCormack, fingen an, sich Gedanken über den „Diamanten zu machen, der nur geschliffen werden muß" (Originalton Tiriac).

Fortgesetzt wurde das Feilschen um das Talent bei den Internationa*len Meisterschaften am Hamburger* Rothenbaum. Mal verhandelte der Sportdirektor des DTB, Günter San*ders, mit den Unterhändlern* von McCormack im Interconti-Hotel, mal versuchte Bosch, Tiriac für seinen *Schützling zu gewinnen.* Am 15. Juni verschickte dann der DTB folgende Pressenotiz: „Die Managerfunktion von *Boris Becker hat Ion Tiriac* übernommen. Und Bundestrainer Günter Bosch scheidet ebenfalls in beidersei*tigem Einvernehmen aus den Dien*sten des DTB aus. Der DTB steht den Bemühungen der Herren Tiriac und Bosch, Boris Becker auf internationaler Ebene weiter nach oben zu bringen, positiv gegenüber."

Gleichzeitig durfte Becker aus dem laufenden Ausbildungsvertrag mit dem Verband ausscheiden, verpflichtete sich aber dafür, falls nominiert, kostenlos das Davis-Cup-Abstiegsspiel gegen Rumänien im September zu bestreiten. Andernfalls hätte das Trio, angeführt von dem Schlitzohr Tiriac, die bislang angelaufenen Kosten für Becker *1984* von *33 000 DM* dem DTB zurückerstatten müssen. Wie überhaupt zuerst einmal die finanzielle Seite ein Problem werden könnte. Insider schätzen die jährlichen Kosten von Bosch und Becker, *die Tiriac aufbringen muß, auf* 250 000 DM in einer Saison, inklusive Gehalt für Bosch, Reisen, Hotel- und *Verpflegungskosten. Fortan soll* Becker lediglich auf Grand-Prix-Turnieren starten und kommt für ju*gendliche internationale* Cup-Wettbewerbe nicht mehr in Frage.

Schwaier auch stark

CLAUS GEISSMAR, London

Die deutsche Bilanz am ersten Tag des Wimbledon-Turniers in London war nicht sehr erfreulich: *Mit Boris* Becker (siehe auch nebenstehenden Bericht) und Hans Jörg Schwaier überstanden nur zwei deutsche Spieler die erste Runde. Ausgeschieden sind dagegen Andreas Maurer, Hans-*Dieter Beutel und Sylvia Hanika.*

Hans Jörg Schwaier zeigte eine beeindruckende Leistung bei seinem Sieg über den Inder Vijaj Amritraj (30). Amritraj, der über große Wimbledon-Erfahrungen verfügt und 1978 Björn Borg an den Rand einer Niederlage brachte, konnte Schwaier in drei Sätzen (6:3, 6:4, 6:2) nie in Gefahr bringen. Andreas Maurer hatte dagegen das doppelte Pech, auf Wimbledons „Platz der Unglücksraben" gegen Englands Publikumsliebling John Lloyd spielen zu müssen. Court Nummer zwei verdankt seinen *Spitznamen der Tatsache, daß es hier* oft zu Favoritenstürzen kommt. Andreas Maurer wirkte in der ersten *Hälfte seines Fünf-Satz-Kampfes* (3:6, 6:3, 3:6, 6:4, 6:3) so überlegen, daß Chris Evert-Lloyd nicht länger zusehen konnte. Die Ehefrau des Engländers verließ ihren Platz auf dem Spielerbalkon, um John Lloyd seinem Schicksal zu überlassen.

Mit sechs Herren und fünf Damen sind die deutschen Interessen in Wimbledon zum ersten Mal wieder zahlenmäßig stark vertreten. Sylvia Hanika bestätigte allerdings in ihrem ersten Spiel, daß sie nicht mehr zur Weltspitze gehört. Ihre knappe Niederlage (6:2, 2:6, 10:8) gegen die Amerikanerin Mary Lou Piatek (22) war voraussehbar.

Titelverteidiger John McEnroe gab sich nach seinem ersten Spiel recht zahm. Er sagte: „Eigentlich wollte ich gar nicht zur Pressekonferenz kommen, denn über Tennis wird sowieso nicht geredet."

STAND ● PUNKT / *Und Hollywood läßt grüßen*

Dwight, jetzt mußt du auch noch Rekord *springen,* das bist du den Leuten schuldig." Das habe eine innere Stimme zu ihm gesagt. Die Sprüche des Dwight Stones: *30* Jahre, und immer noch der Show zugewandt. Aber immerhin: Über die neue amerikanische Rekordhöhe von *2,34* Meter ist er drüber geflogen. 1972 war er schon dabei, als es in München um die Hochsprung-Medaillen ging, und nun, 12 Jahre später, gehört er in Los Angeles noch immer zu den Medaillen-Kandidaten.

Ein Phänomen, dieser *30* jährige Südkalifornier. Wen hat er nicht schon alles auf die Palme gebracht: Von den Gerichten (wegen des Amateurstatuts) über Verbandspräsidien (auch deshalb) bis hin zu seinen zehn Jahre jüngeren Konkurrenten (Comeback-Drohungen). – Seine Sprüche gingen um die Welt – „Nicht Bobby Fischer, sondern ich bin das größte Ego Amerikas."

Schade nur, daß er bei Olympia im amerikanischen Nationaltrikot antreten muß. Seine Micky-Mouse-Hemden stehen ihm besser – Hollywood läßt grüßen. K.Bl.

Europa scheint weit weg zu sein – Fernsehen in Neuseeland und Australien

Mehr Programmstunden als Schafe

Laut nüchterner Lexikon-Fakten *beträgt die Einwohnerzahl* Neuseelands knapp die Hälfte von London, nämlich rund dreieinhalb Millionen. Diese dünne Bevölkerungsschicht verteilt sich über zwei Inseln von der Größe des neuseeländischen *Mutterlandes* Großbritannien. Der alte Spruch, daß auf jeden Neuseeländer 100 Schafe kommen, hat sicherlich einen wahren Kern. „Kein Wunder, wenn das Fernsehen bei uns so eine große Rolle spielt. In manchen Gegenden sehen die *Leute* tagelang nur Natur und kein anderes menschliches Gesicht", sagt die junge neuseeländische Regisseurin Yvonne MacKay, die seit vier Jahren für das Fernsehen Dokumentarfilme produ*ziert.*

Mehr als 80 Prozent aller neuseeländischen Haushalte besitzen einen Fernsehapparat – *meist Farbe.* Über ein Drittel nennt zwei oder mehr Apparate sein eigen. „Television New Zealand" (TVNZ) strahlt zwei Programme aus. „Network 1" erreicht 99,98 Prozent der Bevölkerung, „Network 2" immerhin 96,23 Prozent.

„Unser Fernsehen", sagt die Regisseurin MacKay, „ist ein merkwürdiges Mixtum compositum. Einerseits ist es eine öffentlich-rechtliche Anstalt, die sich vor dem Parlament verantworten muß. Andererseits aber ist es überflutet von Werbung. Fünf Tage in der Woche haben wir Werbespots, die in ihrer Unverblümtheit an das amerikanische Fernsehen erinnern."

Sonntags allerdings fällt die Werbung aus. Beide Sender haben auch ein Übereinkommen getroffen, wechselweise einen werbefreien Wochentag einzuführen. 85 Prozent der Einnahmen des neuseeländischen Fernsehens stammen aus der Werbung, nur 15 Prozent aus Gebühren, die in den letzten Jahren nicht erhöht wurden und bei etwa 100 Mark im Jahr liegen.

Natürlich verzichten auch Neuseelands Fernseh-Zuschauer nicht auf Serien wie „Dallas" oder „Dynasty" (Der Denver Clan) aus den USA oder „Falcon Crest" und „Coronation Street" aus Großbritannien. Aus diesen beiden Ländern kommen fast 90 Prozent aller Importe.

Aber insgesamt machen die Einkäufe aus Übersee „nur" 55 Prozent im TVNZ-Programm aus. In den Studios in Auckland, Christchurch und Dunedin entstehen hauseigene Produktionen – Fernsehspiele, viele Dokumentarfilme insbesondere über die Maoris und die Antarktis, Shows, die sich an englischen und amerikanischen Vorbildern orientieren, und Lern-Programme, die ergänzt werden durch Regional-Nachrichten. Demnächst allerdings wird es für die altbewährten Anstalten Konkurrenz geben: Das Privatfernsehen steht vor der Tür. Kommentar eines neuseeländischen Produzenten: „Wir werden bald mehr Programmstunden als Schafe auf den Inseln haben!"

Neuseelands Nachbar Australien, von seinen Ausmaßen halb so groß wie Europa und nur ein 36tel so stark besiedelt wie der alte Kontinent, konnte vor zwei Jahren das 25jährige Jubiläum seines Fernsehens feiern. Es dauerte neun Jahre und bedurfte heftiger Parlamentsdebatten, ehe 1957 die ersten hausgemachten Fernsehsendungen ausgestrahlt wurden.

1948 hatte die Regierung ein Statut verabschiedet, das theoretisch die Einrichtung eines nationalen Fernsehens zuließ. Doch dann vergingen mehrere Jahre mit Pro und Contra, bis im Januar 1957 Australiens sechs Millionen Einwohner in den Genuß dieses damals noch aufregenden Mediums gelangen konnten. Seit den Pionierjahren des australischen Fernsehens sind die Sender wie Pilze aus dem Boden gesprossen. Neun Kanäle gibt es und 50 Fernsehstationen, die von der Werbung leben. Dazu kommen 86 regionale Fernsehstationen.

Das staatliche Fernsehen, „Australian Broadcasting Corporation" (ABC), hatte in den siebziger und frühen achtziger Jahren viel Mühe, sich der Konkurrenz der *kommerziellen* Fernsehgesellschaften zu erwehren. Hier dominieren Showsendungen, *Spielfilme* und *Unterhaltung rund* um die Uhr. ABC dagegen sieht eine der wesentlichen Aufgaben darin, Kultur und Bildung zu verbreiten. Heute aber werden einige der beliebtesten Unterhaltungssendungen Australiens wie *„Mastermind"* und „In the Wild" von der ABC ausgestrahlt. Mitarbeiter der ABC reisen durch die *ganze Welt, um* Spielfilme einzukaufen, und Sport, laut Umfragen führend auf der Beliebtheitsskala, nimmt *einen* breiten Raum ein.

Ähnlich wie die Neuseeländer kaufen auch Australiens Fernseh-Verantwortliche eine *Fülle von Sendungen* im Ausland ein. Auch hier stehen die USA und Großbritannien an der Spitze. „*Unser Geschmack* ähnelt eher dem der amerikanischen Zuschauer als dem der englischen", sagt David Stratton, *verantwortlich für Filmein*käufe des australischen Fernsehens. „Wir blicken nach Amerika, und Europa *scheint sehr weit entfernt zu lie*gen. Hollywood liegt vor unserer Tür, und nur unsere Begeisterung für Cricket *im Fernsehen gleicht der* unserer englischen 'Vettern'.

M. v. SCHWARZKOPF

KRITIK

Weiches Herz für Frauen

Wie der Zufall es so fügt, macht ein bisher in Deutschland unbekanntes amerikanisches Mindertalent sich gleich zweimal bemerkbar: Donald P. Bellisario, dessen Film „Airwolf" gerade in den Kinos angelaufen ist und dessen Fernsehserie „Magnum" nach dem Pilotfilm nun in die erste Folge gegangen ist. Schauplatz von „Magnum" ist Hawai, und irgendwo hat man noch im Hinterkopf, daß da schon einmal ein Fernsehdetektiv sein Wesen getrieben hat. Wie hieß er denn bloß noch? Daß man sich nicht so recht erinnern kann, hat auch seinen Grund: Die amerikanischen Serienbandwürmer sind austauschbar bis in die Einzelheiten hinein.

„Magnum" macht da keine Ausnahme: Der Held (gespielt von Tom Selleck) kriegt ein eindimensionales Image verpaßt: Kumpeliger He-man mit einem weichen Herzen für Frauen. Dazu eine Männerkumpanei mit lockeren Sprüchen, Sonne und Ferienlandschaft, große Autos und eine Menge Action. Fertiggestrickt ist die Einheitsmasche, und so wird „Magnum" auch weitergehen. Nach fünf Minuten weiß man, wie die Geschichte laufen wird, und da sind denn auch die Macher so gelangweilt, daß sie die Einzelheiten gar nicht mehr interessieren: Die als rot angekündigte Sung-Vase etwa erwies sich als blau, und der Onkel Ho vom Anfang war am Schluß zum Cousin geworden.

SVEN HANSEN

Zu Gast bei Lady Carolin

Als wäre dieser Sommer bisher nicht schon unerträglich genug, versauert dem arglosen Betrachter nun auch noch die ARD die Saison, stromstoßweise, jedes Mal ein Viertelstündchen, und das zwölfmal – mit Carolin Reiber, jener farblos überlackierten Fernseh-Dame, die immer von neun bis viertel nach neun ein paar Liedchen wohl vorstellen darf, angeblich alles „von der Oper bis zum Schlager". Solches jedenfalls läßt der Untertitel zu **Nur ein Viertelstündchen** befürchten. Und das Auftaktereignis war auch gleich Lady Carolins Schlag in den Solarplexus: sie würde sich freuen, wenn wir – gemeint waren die Zuschauer – „auf einen Drink bei ihr vorbeischauen" würden, meint, das Erste Fernsehen habe sich, o Wunder, ausbedungen, im Sommer „keine Wiederholungen" zu bringen und böte nun „genau das richtige Rezept für eine Party", merke: lauter alte oder ältliche Kamellen, drei unerträgliche Schlager und gerade mal ein einziges recht gutes Lied.

Die drei Lieder: Udo Jürgens mit einer den Sommer besingenden Weise, ein nicht minder überflüssiger Reinhard Fendrich; die alle acht Takte die Garderobe wechselnde Schaufensterpuppe Audrey Landers aus „Dalles" mit einem Lobpreis eines weißen Strandes und, wohl eher außer Konkurrenz, eine Su Kramer mit angejazztem „Summertime" – ließen sich, so gestärkt, schmunzelnden Auges restlos goutieren. Durch Reibersches „Vorbeischauen", versteht sich.

ALEXANDER SCHMITZ



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 An heiligen Wassern
Schweizer Film (1960)
12.00 Umschau
12.10 Frauengeschichten
Eva Rühmkorf: Nachhilfe für ein Grundrecht
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Was man heilen nennt...
Über Pflanzenheilkunde und Homöopathie
Obwohl immer mehr Patienten Medikamente ablehnen und verstärkt nach natürlichen Behandlungsmethoden verlangen, ist der Unterschied zwischen Pflanzenheilkunde und Homöopathie sogar Ärzten und Apothekern weitgehend unbekannt. Der Bericht von Theo Ott versucht, diesen Unterschied zu verdeutlichen.
16.55 Die rote Zora und ihre Bande
17.25 Doctor Snuggles
3. Teil: Die freche Entführung von Fräulein Reinlich
Der Zauberer Professor Smaragd braucht dringend eine Haushälterin, die ihm sein Schloß sauberhält.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
19.50 Sportschau
Fußball-Europameisterschaft
Live-Übertragung aus Paris
Reporter: Heribert Faßbender
In der Pause gegen 20.45 Uhr: Tagesschau
22.00 Brennpunkt
Aktuelle Sendung
22.30 Tagesthemen
23.00 Show-Bühne (1)
Alfred Biolek stellt junge Unterhaltungskünstler vor
0.25 Tagesschau

17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Der lange Treck
In der Wildnis
19.00 heute
19.30 Jako gehört zu uns
Kanadischer Jugendfilm (1979)
Das Ehepaar Webster zieht mit seinen Kindern in die Großstadt Toronto, in der Hoffnung, für seinen ältesten Sohn John, einen mongoloiden Jungen, einen geeigneten Therapieplatz zu finden. Als sie sich endlich für ein Heim entschieden, müssen sie John darauf vorbereiten, daß dies für ihn den Abschied von seinem geliebten Zuhause bedeutet...
20.15 ZDF Magazin
Moderation: Fritz Schenk
21.00 Der Denver-Clan
21.45 heute-journal
22.05 Mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
22.10 Der Vater der Raumfahrt
Hermann Oberth wird 90
Film von Heinrich Schliemann
22.40 Polster-Willi
23.00 Die zweite Frau
Thriller
Die hübsche, aber etwas weltfremde Jenny Frith heiratet den charmanten Paul Tanner. Doch taucht ein alter Freund Tanners auf.
0.55 heute

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 off-off
21.55 [illegible]
Spielfilm, Schweiz/Frankreich (1978)
0.10 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 [illegible]
19.15 Praktische Tips
19.30 Das Jahr im Garten: Juli
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Die dritte Haut oder Die Dinge um uns herum
21.45 Hotel
Amerikanischer Spielfilm (1961)
0.15 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Bei Nacht sind alle Jacken blau (2)
19.00 Unbekanntes Hinterland: Spanien (5)
20.15 Das aktuelle Thema
21.00 Hessen Drei unterwegs
21.30 Drei aktuell
21.45 Mumu
UdSSR-Film nach Iwan Turgenjew
22.50 Idylle
Gedicht von Günter Kunert

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 California-Sound (1)
20.15 Sammelsurium
21.00 Vom Teufel verführt
Amerikanischer Spielfilm (1955)
22.20 Big Sur

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '84
19.45 Blast's mit!
20.00 Klimbim
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Malu
22.35 Z. E. N.
22.40 München-Straßburg und zurück: Alfons Goppel
23.10 Rundschau
23.15 News of the Week



Lisobet (Liv Alsterlund) fühlt sich der großen Schwester gegenüber benachteiligt, in „Madita" – Um 15.55 Uhr im ZDF
FOTO: TELEBUNK

Wem gehört mein Kopf?

reich – Der Slogan der siebziger Jahre „Mein Bauch gehört mir": die Proklamation der totalen Asozialität: im günstigsten Fall ein horrender Irrtum bezüglich des Menschen in seinen Funktionen; im übelsten Fall eine ontologische Asebie. Was hieße: mein Kopf gehört mir? Es hieße: zurück zur Intelligenz der Amöbe; hieße: zurück ins menschliche Nichtsein; zurück ins Nichts. Mein Kopf ist ein menschlicher Kopf, *und als solcher* ein edler Körperteil, aber just insofern, als er nicht mir gehört: voll ist von vor mir und neben mir schon Gedachtem, und dieses Gedachte nun reproduziert zum Gebrauche derer, die nach mir kommen. Gerade als ein Organ der Fortpflanzung – also des Teilnehmens, also von Teilhabe in der sozialen und in der historischen Dimension zugleich – gehört mein Kopf nicht mir; wie zum Beispiel auch meine Hand als Organ der Fortpflanzung der unser Menschsein erweiternden Dinge nicht mir gehört. Dort, wo ich ich bin, bin ich's als pars pro toto.

Ins Psychologische umgewendet: Etwas für sich reklamieren heißt logischerweise: ich will es nicht hergeben, will es nicht teilen. Doch ich bekomme nur, was ich gebe, mich bereichert nur, was ich verschwende; und ich besitze nur, was ich teile. Es ergo sum.

Also nichts gehört mir; nicht einmal ich selber. Ich gehöre der Welt; und nicht bloß dieser, unserer Welt, ich gehöre dem Universum: dem einen Ganzen, von dem ich, für eine winzige Weile, als Individuum abgetrennt bin und in Autonomie versetzt; allein bloß in scheinbare Autonomie. In Wahrheit – und die Fähigkeit, mitzuleiden, beweist das – bin ich identisch geliebten mit allem, was war, was ist, was sein wird. Vor alledem, was anscheinend nicht ich selber bin, sagt mir mein *Mitleiden*: „Das bist Du!"

„Mein Bauch gehört mir"? Ja, ja, ich weiß schon, wie das gemeint war. Aber man wird doch wohl noch – um das Wort beim Jargon und damit beim Schlafittchen zu nehmen – hinterfragen dürfen?

Nobelpreisträgertagung

Freiräume in der Natur entdeckt

Nicht alle Lebensprozesse seien bis ins letzte Detail vorprogrammiert, vielmehr habe sich die Natur auf molekularer Ebene eine gewisse „Freiheit" vorbehalten. Deshalb könnten nicht alle Folgen biochemischer Vorgänge exakt vorausgesagt werden. Mit dieser Feststellung überraschte Professor Werner Arber die Teilnehmer der 34. Tagung der Nobelpreisträger, die Graf Lennart Bernadotte in Lindau eröffnete. Die diesjährige Veranstaltung, die 12. Tagung der Medizinpreisträger, zeigt die Bedeutung der modernen molekularbiologischen Forschung für die Entwicklung der Medizin.

Mit seiner Feststellung, daß sich die Natur Freiräume reserviert habe, rüttelt der Mikrobiologe und Nobelpreisträger aus Basel an den Grundfesten der modernen Molekularbiologie. Bislang herrschte nämlich die Ansicht, daß alles Geschehen streng nach Naturgesetzen ablaufe und daß demzufolge auch alles vorherzusehen sei. Im makrobiologischen Bereich gilt nach wie vor die strenge Kausalität. Die biologischen Moleküle führen ihre Funktionen in ganz spezifischer Weise aus. Spezielle Enzyme spalten beispielsweise die Nukleinsäuremoleküle, also die Träger der genetischen Information. Andere biologische Reaktionen können sie weder einleiten noch kontrollieren. Betrachtet man jedoch das Geschehen in der Zelle, so läßt sich nicht immer sagen, an welcher Stelle ein bestimmtes Enzym den Strang mit der genetischen Information zerschneidet.

Die Infektion von Coli-Bakterien mit Viren war für Professor Arber ein anschauliches Beispiel zur Demonstration seiner Hypothese von den Freiräumen in der Natur. Im allgemeinen vermehren sich Viren, wenn sie in eine Bakterienzelle eingedrungen sind, und bewirken, daß die Wirtszelle zugrunde geht. Diese Aussage muß heute modifiziert werden, wenn man nicht die gesamte Bakterienkultur betrachtet, sondern die einzelne Bakterienzelle. Dann offenbart sich nämlich, daß nur in etwa 70 Prozent der Fälle der Eindringling sich vermehrt und den Wirt zerstört. In etwa 30 Prozent wird jedoch das virale Genom in die bakterielle Erbinformation eingebaut, ohne daß sich eine Veränderung bemerkbar macht. Das verlängerte Fadenmolekül wird vielmehr von Generation zu Generation vererbt. Jede Zelle trägt so den „schlafenden" viralen Anteil.

Auf die zentrale Frage, wann eine bestimmte Zelle nach der Infektion den Weg der Virusvermehrung beschreitet und wann das virale Genom integriert wird, haben die Molekularbiologen allerdings bislang noch keine Antwort parat.

K. MÜLLER-CHRISTIANSEN

Der Tod in der Literatur des 19. Jahrhunderts

Das Ende eines fröhlichen Tages

Mord und Totschlag, Krankheit und Elend sind unsere täglichen Gäste. Das Fernsehen liebt die drastischen Zustände, im Spiel wie in den Reportagen und Nachrichten. Daraus ergibt sich eine recht seltsame Weltsicht. Der Tod ist nicht als die Erfüllung des Lebens interessant, sondern nur als Gewalttat, als Mord oder Krieg, als ein Ereignis, das den Menschen unvorbereitet überfällt. Der Tod wird im Leben nicht mehr mitgedacht, er wird gewöhnlich verdrängt. Der Streit um die „Sterbehilfe" zeigt nur zu genau, daß uns die „ars moriendi" verlorengegangen ist.

Nicht anders sieht es bei den *Krankheiten aus. Sie erscheinen in* der veröffentlichten Meinung nur als Hypochondrie oder als ein Betriebsunfall, der im Krankenhaus als allmächtiger Reparaturwerkstatt schnell behoben werden kann. Zugleich mangelt es nicht an Klagen über eine angeblich unmenschliche Apparatemedizin und einer Überschätzung sogenannter natürlicher Heilverfahren. Die Ärzte schließlich erscheinen als Wundermänner, die auch das letzte Fünkchen Leben zu neuer Glut anzufachen vermögen, oder als geldgierige Pfuscher im weißen Kittel. Allen diesen Urteilen fehlt gewöhnlich Mitte und Maß, weil die Menschen verlernt haben, mit der Krankheit zu leben.

Deshalb ist es lehrreich, zu erfahren, wie sich frühere Zeiten dieser Themen annahmen. Wie „Arzt, Krankheit und Tod im erzählerischen Werk Theodor Fontanes" dargestellt werden, hat Katharina von Faber-Castell untersucht (Juris Druck + Verlag, Zürich). Die Arbeit erschien im Rahmen der Zürcher Medizingeschichtlichen Abhandlungen. Es geht also nicht um eine literarische Analyse, sondern um die Spiegelung der Wirklichkeit in der Literatur.

An Krankheit und Tod mangelt es bei Fontane nicht. Wiederholt enden seine Romane mit dem Tod der Heldin. „Cécile" begeht Selbstmord, „Stine" wird, obwohl ihr Ende offengelassen ist, kaum wieder auf die Beine *kommen, „Effi Briest" und Hilde* in „Ellernklipp" – so unterschiedlich auch das Schicksal ist, das ihnen der Dichter gibt – siechen an einer nicht näher bezeichneten Krankheit dahin, weil ihnen der Lebensmut abhanden kam. Nicht anders ist es bei den Männern, dem alten Stechlin, Pertubal in „Vor dem Sturm" oder Hugo Grossmann in „Mathilde Möhring", gleichgültig, ob sich ein erfülltes Leben vollendet, die tödliche Verwundung den jungen Polen trifft oder die Schwindsucht unerbittlich voranschreitet. Ihnen ist ihr Ende bewußt, und sie akzeptieren das. Denn bei Fontane stirbt „jeder seinen eigenen Tod".

Die Ärzte, auch das arbeitet Katharina von Faber-Castell überzeugend heraus, sind bei Fontane keine Wundermänner. Es sind Praktiker, die ihre Grenzen nur zu genau kennen. Sie wissen, wo es mehr auf den Zuspruch als auf alle ihre Tinkturen und Mittelchen ankommt. Und sie wissen, wann es das Beste ist zu schweigen. Doktor Leist, der Pertubal Hoffnungen macht, obwohl beide wissen, daß es keine Hoffnung mehr gibt, verliert darum nur folgerichtig das Vertrauen seines Patienten.

Die Krankheit selbst ist für Fontane kein Anlaß zur Wehleidigkeit oder zur Elendsschilderung. Sie ist eher ein atmosphärisches Element, stark von der psychischen Konstitution bestimmt. Die Autorin kritisiert deshalb zum Schluß: „Trotz dieser Vielzahl und Vielfalt aber bleibt der Tod in Fontanes Werk oft nur ein Ereignis, das den Charakter einer Nachricht hat, und die spannungsvollen, gefühlsbeladenen Bilder, die der Tod in der menschlichen Vorstellung weckt, kaum widerspiegelt." Und sie fährt fort: „Der Tod wird zum spirituellen Geschehen. Die Qual der Agonie, der Todeskampf, d. h. alle Zeichen körperlichen Verfalls, werden nicht einmal angedeutet." Als Gegenbeispiel erinnert die Autorin „an Flauberts ergreifende Sterbeszene in „Madame Bovary"".

Aber ist Fontane wirklich ein Schönfärber, der dem Ernst des Lebensendes nicht gerecht wird, weil er – wie es abschließend heißt – „dem Geschehen wohl alles Grauen, das er vermeiden will, damit aber auch seine Gewichtigkeit, seine reale Dimension" nimmt? Wird in der deutschen Literatur sonst realistisch oder gar naturalistisch gestorben? In den Theaterstücken fehlt es, dem Genre gemäß, nicht an dramatischen Todesszenen.

Kleists „Penthesilea" stürzt sich, nachdem ihr Pfeil Achill niederge*streckt hat, mit ihren Hunden auf den* Geliebten und schlägt die Zähne in sein Fleisch. Als sie sich dann ihrer Verwirrung und des Wahns bewußt wird, gibt sie sich selbst den Tod, ohne Waffe oder Gift, nur durch ihre Willenskraft. In einer ähnlichen Dimension bewegt sich Rhodope in Hebbels „Gyges und sein Ring". Sie heiratet ihn, nachdem er im Zweikampf den König Kandaules getötet hat, ersticht sich aber sofort danach. Und in der „bürgerlichen" Szenerie der „Maria Magdalena" wählt Klara den Freitod, indem sie sich in den Brunnen stürzt. Der Tod kommt nicht unerwartet, aber er wird nicht ausgemalt oder – wie in der „Penthesilea" – nur indirekt berichtet. Selbst bei Gerhart Hauptmann stirbt der alte Hilse in den „Webern" abrupt unter den Kugeln der Polizei, weil er, starrköpfig, nicht von seinem gewohnten Platz am Webstuhl weicht. Lediglich „Hanneles Himmelfahrt" malt das Sterben des Kindes breit, eher rührselig als anrührend, aus.

Auch die erzählende Literatur begnügt sich mit Diskretion, selbst bei dem grotesken Tod des „Klein Zaches" von E. T. A. Hoffmann in einem Wasserkrug. Auch das schreckliche Sterben des Marchese in Kleists „Bettelweib von Locarno", nachdem er das Zimmer „überall mit Holz getäfelt, an allen vier Ecken, müde seines Lebens, angesteckt" hat, wird lediglich mit einem Adjektiv angedeutet: „... *er war auf elendigliche Weise* bereits umgekommen."

In Gottfried Kellers „Romeo und Julia auf dem Dorfe" gehen die Kinder der verfeindeten Familien am Ende eines fröhlichen Tages gemeinsam in den Tod. Sie binden ein „großes Schiff, hoch mit Heu beladen", los und lassen sich den Fluß hinabtreiben. „Als sich die Stadt näherte, glitten im Froste des Herbstmorgens zwei bleiche Gestalten, die sich fest umwanden, von der dunklen Masse herunter in die kalten Fluten." Und selbst das jahrelange Siechtum des Juden Abdias in Stifters Erzählung begnügt sich mit karger Botschaft über die Krankheit und das Ende: „Abdias saß nach diesem Ereignisse (dem Tod seiner Tochter Ditha) auf dem Bänkchen vor seinem Hause und sagte nichts, sondern schaute die Sonne an. Er saß viele Jahre ... und er wußte nicht, wie lange er gesessen war, denn nach glaublichen Aussagen war er wahnsinnig gewesen ... Eines Tages saß er nicht mehr dort, die Sonne schien auf den leeren Platz und auf einen frischen Grabhügel."

Fontane ist also keine Ausnahme. Die Zurückhaltung der Dichter des 19. Jahrhunderts gegenüber dem Sterben und dem Tod (wie übrigens auch gegenüber der Sexualität) beruht nicht auf einem Tabu, das keiner zu mißachten wagt, sie entspringt vielmehr dem Respekt vor jenen Lebensbereichen, die den Menschen auf sich selbst zurückverweisen, auf *die* Kraft seines *Glaubens* (oder Unglaubens).

Es war der Protopope Awakum, der auf der Flucht, um nicht dem alten Glauben abschwören zu müssen, von seiner erschöpften Frau gefragt wurde: „Wohin gehen wir?" – „Ins Grab", lautete die Antwort. Die Kunst der Gegenwart, indem sie das Sterben zu einem singulären, sensationellen Ereignis stilisiert, versucht diese einfache Wahrheit zu leugnen. Cui bono?

PETER DITTMAR



Anziehungspunkt vieler Homosexueller: Das Berlin der zwanziger Jahre, hier ein „Tanzcafé" (um 1925), gemalt von Otto Schoff FOTO: BINDER/THIELE

Berlin Museum: „Eldorado" zeigt Geschichte und Alltag der Homosexualität

Die Schönen von der Motz-Straße

Nur ganz Naive könnten unter dem Titel „Eldorado" eine Ausstellung präkolumbischen Goldes vermuten. Im Berlin Museum geht es um andere „Eldorados", um Lokale in der Motz- und Martin-Luther-Straße, die während der zwanziger Jahre bei Schicken, Schwulen, Schönen, bei Leuten von Film, Börse, Theater und Literatur – und zwar beiderlei Geschlechts – unerhört „in" waren. Denn die Ausstellung bemüht sich um „Geschichte, Alltag und Kultur homosexueller Frauen und Männer in Berlin 1850-1950".

Ursprünglich hatte das Berlin Museum einer Arbeitsgruppe nur einen Ausstellungsraum überlassen wollen. Als aber der Plan bekannt wurde, gab es Proteste und demonstrative Austritte aus dem Museums-Förderer-verein. Es ehrt die Leitung des stadtgeschichtlichen Museums, daß sie schließlich selbst als Veranstalter die Ausstellung übernahm, die von verschiedenen Arbeitsgruppen vor*bereitet worden war. Gewisse Reser*viertheiten bei einigen Leihgebern, die Zurückweisung von Einladungen zur Eröffnung haben deutlich gemacht, daß es noch immer nicht leicht ist, dieses Thema aufzugreifen.

Berlin hat in den zwanziger Jahren, weil es eine größere Freizügigkeit, eine stärkere Toleranz, auch die Anonymität der Weltstadt versprach, viele Homosexuelle angezogen. Namhafte Literaten, darunter Döblin, Sternheim und Hauptmann, und bildende Künstler haben das Thema der gleichgeschlechtlichen Liebe aufgegriffen oder die „Szene" dargestellt. Von Otto Dix findet man in der Ausstellung das berühmte „Eldorado"-Aquarell, das dem Unternehmen den Namen gab, von Jeanne Mammen vielerlei Belege frau-fraulicher Zuwendung. Auch der „Führer durch das lasterhafte Berlin" von 1930 mit den Illustrationen von Christian Schad, nach dem sich die Sammler die Finger lecken, ist hier zu besichtigen.

Eine der herausragenden Gestalten in der Schau ist der Gründer und Leiter des Instituts für Sexualwissenschaft, Magnus Hirschfeld. Da er Jude war, den Nationalsozialisten außerdem die ganze Richtung nicht *paßte, wurde sein Institut 1933 ge*schlossen, die Bibliothek geplündert und Hirschfelds Veröffentlichungen bei den Bücherverbrennungen auf den Scheiterhaufen geworfen. Dieses düstere Kapitel, auch das Schicksal vieler Homosexueller, die in Konzentrationslager kamen, werden hier dokumentiert.

Männliche und weibliche Homosexualität sind in der Ausstellung – streng, aber ordentlich – voneinander getrennt, wobei der lesbische Teil deutliche Schwächen hat. Auch auf der männlichen Seite sind einige Aspekte zu neckisch dargestellt. Immerhin hat man vernünftigerweise auf die übliche Prominenten-Galerie verzichtet. Überhaupt vermeidet diese Ausstellung, die ja nicht von Profis gemacht wurde, propagandistische Töne und Exhibitionen. Sie trägt keine Leidensmiene zur Schau. Kurzweilig und unverklemmt inszeniert sie die Lebendigkeit der sogenannten „Subkultur" mit ihren Lokalitäten, Treffpunkten und Publikationen. Selbst von wohlangesehenen Zeitschriften – wie z. B. Flechtheims „Querschnitt" – erfährt man hier, daß sie über das Thema Homosexualität berichteten. So wird – ergänzt durch den lesenswerten Katalog – ein spezi*fisches Stück aus Berlins „Geschich*te, Alltag und Kultur" bewußt, das zur Lebendigkeit und Toleranz dieser Stadt gehört. (Bis 8. Juli, Katalog, Frölich & Kaufmann, 28 Mark, im Buchhandel 34 Mark)

PETER HANS GÖPFERT

Schlußpunkt an der Wiener Burg: Rudolf Noelte inszeniert „Maria Stuart"

Der Mensch in der Kälte der Politik

Die Szene erinnert ein wenig an Giorgio de Chirico. Ein trapezförmiger, leerer Platz, eingezwängt in Geschichte, die zur Architektur erstarrte. Und scharf trennt das Gemäuer Licht und Schatten: ein unwirtlicher Ort, an dem es die Menschen frieren muß. Aber das ist eben nur fast de Chirico. Ganz so kalt mochte es Rudolf Noelte bei seiner Wiener Burgtheater-Inszenierung von Schillers „Maria Stuart" denn doch wieder nicht haben. Ein paar Efeuranken, hinten ein gemalter Park – ganz ohne *lyrische Anmutung mag Noelte Ge*schichte nicht begreifen.

Hier also, vor dem Schloß Fotheringhay, treffen sich beide Königinnen. Hier entscheidet sich das Schicksal der Maria Stuart: Gnade durch ihre Rivalin Elisabeth oder Unterzeichnung des Todesurteils. Und in dieser Szene entscheidet sich zumeist auch das Schicksal einer „Stuart"-Inszenierung. Der Regisseur muß die Karten auf den Tisch legen. Das Verhältnis von Persönlichkeit und Geschichte ist zu klären.

In Bonn, wo Peter Eschberg die „Maria Stuart" zu Beginn der Spielzeit inszenierte, entschied sich die Regie für den Unterleib. Die Psyche regierte die Geschichte. Noelte tendiert in Wien mehr zum Kopf. Seine Maria (Andrea Jonasson) entscheidet sich nicht aus sinnlichem Reflex gegen die Unterwerfung. Sie quält sich, sie will leben. Sie lehnt die Unterwerfung aus einem inneren – fast möchte man sagen: sittlichen – Widerstand heraus ab. Und so ist auch Elisabeth (Martha Wallner) nicht so sehr als Frau herausgefordert, vielmehr als Königin. Sie wird in einen Entscheidungszwang getrieben, der emotional kaum gestützt und darum so viel schwerer ist.

Blütenreiner Noelte, möchte man sagen. Der Mensch in der Geschichte ist bei ihm a priori tragisch. Ewige Wiederholung. Sachzwänge. Menschliches Versagen. *Bei Noelte ist Elisa*beth eine mindestens so tragische Figur. „O Sklaverei des Volksdienstes. Wie bin ich's müde, diesem Götzen zu schmeicheln." Dieser Satz Elisabeths gewinnt hier eine überragende Bedeutung. Dagegen fällt der sittliche Triumph Marias, unschuldig aufs Schafott zu steigen, ab. Die Szene gerinnt zu dezidierter, kunstvoller Langeweile. Noelte vermag Schiller hier nur widerwillig zu folgen.

Der Psychologe Noelte brauchte eigentlich ein *Geschichts-Drama* neuer Prägung. An den Klassikern läßt sich sein Geschichtsverständnis kaum exemplifizieren. Sein Salzburger „Danton" und sein Bonner „Hamlet" schafften die Wendung ins Tragische der Geschichte noch, weil hier das Scheitern des Politischen zu belegen war. Bei Schiller siegt das Politische äußerlich. Und die sittliche Idee triumphiert im Scheitern. Beides wendet sich gegen Noelte.

Der Versuch, Schiller zu einer Art psychologischem Kammerspiel zu beruhigen, gebiert im Detail viele hinreißende Szenen. Die Auseinandersetzungen Elisabeths mit ihrem Kronrat vollziehen sich bei Noelte wie in einem Wohnzimmer. Ein in sich zerrissener Leicester (Frank Hoffmann), ein kühler Staatsbeamter Burgleigh (Kurt Meisel), ein sanft nervöser Mortimer (Sebastian Baur) oder ein kraftvoll gütiger Shrewsbury *(überragend: Paul Hoffmann) – sie* alle schaffen eine persönliche Atmosphäre, in der das Politische als eine sehr menschliche Dimension auftritt.

Aber das dehnt sich, das zerfließt in schönen Einzelheiten. Menschen sind so, gewiß. Politik spielt sich realiter wohl auch viel eher so ab und nicht als abgehobener ideeller Entscheidungsprozeß. Nur: Mit Schiller kann man das nicht machen. Er lebt vom *Außerordentlichen.* Matthias Kralj hat *mit* seinem Bühnenbild des gemilderten Chirico-Platzes im Sinne Noeltes gehandelt: die Kälte der Geschichte und das wärmende menschliche Detail. Beides jedoch nimmt sich gegenseitig den Atem. Und daß Noelte den Eros milderte, ihn als Ar*gument herabspielte, ist konsequent* gedacht, aber es nivelliert auch den Kampf. Berechtigt: Mäßiger Beifall.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Hellers „Feuertheater" über dem Reichstag

dpa, **Berlin**

Der Wiener Künstler André Heller will mit 40 000 Raketen, Knallkörpern und Lichtern in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli in unmittelbarer Nähe des Berliner Reichtages für insgesamt eine Million Mark ein „wahrhaftiges Kunstwerk der Liebe und Phantasie" zünden. Es ist Hellers zweites „Feuertheater" nach der Premiere von Lissabon. Er versicherte, das Ereignis werde bei jedem Wetter stattfinden. Bei Regen erhofft sich Heller ein zusätzliches „bizarres, surreales Erlebnis". So könnten bei niedrig hängenden Wolken zum Beispiel „leuchtende Delphine am Himmel tanzen". Synchron mit dem Lichtzauber werden die Besucher in eine „Klangwolke" aus Musik von Mussorgsky, Händel, Strawinsky und Orff gehüllt.

Nach langer Haft in Kuba geht Vals nach Europa

AFP, **Caracas**

Der kubanische Schriftsteller Jorge Vals (51), der nach seiner Freilassung aus 20jähriger Haft in Kuba in Venezuela eingetroffen war, erklärte in Caracas, daß er heute nach Europa weiterreisen werde. Vals, der 1964 wegen „konterrevolutionärer Aktivitäten" zu 20 Jahren Haft verurteilt worden war, sagte, durch die Poesie habe er die Freiheit wiedererlangt. „Von hundert Worten, die ich im Gefängnis schrieb, sind 99 verlorengegangen. Nur die Gedichte konnten rauskommen, in den Taschen meiner Freunde oder meiner Frau."

Theodor Däubler im Schiller-Nationalmuseum

DW. **Marbach a. N.**

Parallel zur großen Sommerausstellung über Schiller auf deutschen Bühnen nach 1945 läuft im Marbacher Schiller-Nationalmuseum eine Kabinett-Ausstellung. Sie ist dem Dichter des „Nordlicht", Theodor Däubler (1876-1934), zu seinem 50. Todestag gewidmet. Däubler, der engen Kontakt zu führenden Künstlerpersönlichkeiten hielt, wurde, *was im begleitenden „Marbacher Magazin"* Nr. 30 (bearbeitet von Friedhelm Kemp und Friedrich Pfäfflin, 112 S., 8 Mark) ausführlich dokumentiert wird, häufig porträtiert, u. a. von Barlach, Davringhausen, Dix, Grosz und Lehmbruck. (Bis 9. Sept.)

Schmuck des Biedermeier und des Klassizismus

DW. **Pforzheim**

Mit der Ausstellung „Eisen, Gold und bunte Steine" zeigt das Schmuckmuseum in Pforzheim einen Überblick über bürgerlichen Schmuck aus der Zeit des Klassizismus und des Biedermeier in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Ausgestellt sind mehr als dreihundert Schmuckstücke sowie Portraits, Modekupfer und Entwurfszeichnungen. Die Übersicht wurde von Brigitte Marquardt erarbeitet, die erst jüngst ein Buch zum selben Thema publiziert hat (s. WELT v. 26. 5.). Die Ausstellung dauert vom 7. Juli bis 9. Sept.

Goyas Caprichos im Wilhelm-Busch-Museum

DW. **Hannover**

„Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer" heißt das erste Blatt der achtzigteiligen Radierfolge „Los Caprichos" von Francisco Goya. Der spanische Maler hatte sie in sechsjähriger *Arbeit ohne* Auftrag geschaffen. Es sind Graphiken, die auf eine sehr eigenwillige Weise die Schwächen und Eigenheiten der Menschen ins Bild setzen. Dummheit, Gutgläubigkeit, Eitelkeit und Schurkerei sind die immer wiederkehrenden Themen. Die 80 Blätter, die das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover unlängst erwerben konnte, werden bis zum 16. September gezeigt.

Die Gesellschaft verändern: Michel Foucault FOTO: MARC GARAUGER

Zum Tode des französischen Philosophen Foucault

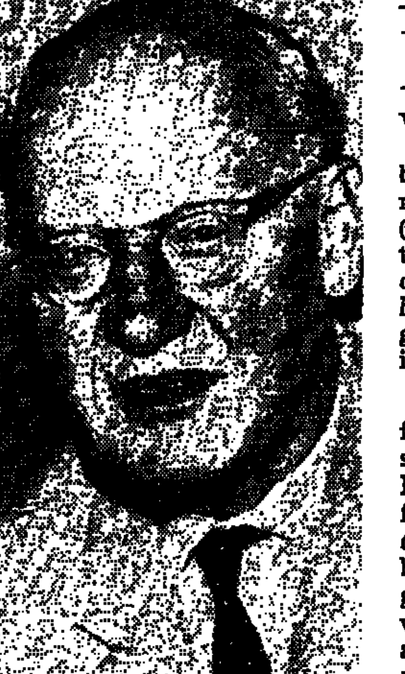
Archäologie der Ideen

Große Geister zeichnet es aus, daß sie radikal kritisiert werden. Gemessen an der Radikalität der Kritik, die Michel Foucault erfahren hat, gehört der Historiker und Philosopoh, der jetzt 57jährig gestorben ist, zu den großen Geistern des zwanzigsten Jahrhunderts.

Der Einfluß Foucaults, der seit 1970 eine Professur für Ideengeschichte am Collège de France in Paris innehatte, ging weit über die Grenzen Frankreichs hinaus. Foucault gehörte der Schule der „Strukturalisten" an. Mit Vehemenz und moralischem *Rigorismus warf er sich auf* die Untersuchungen von Themen, die andere Mitglieder seiner Profession wegen der unmittelbar praktischen Bedeutung scheuten: das Verhältnis der Worte zu den Dingen, das Verhältnis von Wahnsinn und Gesellschaft, die Geschichte des Gefängnisses, die Sexualität. Als Historiker ging er dabei „archäologisch" vor. Er wollte die praktisch-moralische Konsequenz seiner Gedanken historisch begründen, Geschichte und Gesellschaft als lebendig gewachsen und damit veränderbar darstellen.

Jean Baudrillard wurde einer seiner schärfsten Kritiker und schrieb, das beste sei, Foucault zu vergessen. Jean Améry sah in Foucault den Gegenaufklärer par excellence und sagte über ihn, er sei ein die Geschichte verachtender Historiker, ein Humanist, der den Tod des Menschen mit poetischer Feierlichkeit verkünde, der die Bühne des französischen Geistes verdunkelt und in abgründige Wirrnis gestürzt habe. Die Archäologie der Erinnerung an Foucault wird irgendwann Irrtümer schärfer erkennen. Aber wenn sich einmal herausstellen wird, daß Geistesgeschichte eine Geschichte des Irrtums ist, wird gerade Foucault der verdienstvollste Wegbereiter dieser Erkenntnis sein.

GERHARD CHARLES RUMP



Nestor der Alten Geschichte: Alfred Heuß FOTO: PIK

Der Althistoriker Alfred Heuß wird 75 Jahre alt

Erhalt der Geschichte

Vor Jahren formulierte Alfred Heuß, der heute seinen 75. Geburtstag feiert, ein Paradoxon. In seinem Buch „Verlust der Geschichte" (1959) stellte er die für einen Universitätshistoriker beklemmende Frage, ob nicht die wissenschaftliche Behandlung der Geschichte dazu beitrage, daß Geschichte als lebendige Erinnerung verlorengeht.

Mehr als vier Jahrzehnte lehrte Alfred Heuß an der Universität Geschichte. Er wurde in Gautzsch bei Leipzig geboren, habilitierte sich 1936 für Alte Geschichte, unterrichtete an den Universitäten Leipzig, Königsberg, Breslau, Kiel, Köln und Göttingen. Im November letzten Jahres wurde ihm vom Bundespräsidenten als erstem Preisträger der Historikerpreis des Historischen Kollegs verliehen.

Die „Römische Geschichte" von Alfred Heuß, die 1961 erschien und mehrere Auflagen erlebte, gilt heute als ein klassisches Werk deutscher Geschichtswissenschaft. Der Althistoriker Heuß hat sich jedoch nie auf sein Spezialfach begrenzt, unentwegt hat ihn das Thema der Weltgeschichte beschäftigt, noch allgemeiner: das Problem der Universalität.

Mit Golo Mann und Alfred Nitschke begann er 1960 die zehnbändige „Propyläen Weltgeschichte" herauszugeben. Sie wurde zu einem der größten Bucherfolge der Nachkriegszeit. Heuß gab damit auch eine Antwort auf die Eingangsfrage: Um sich die Geschichte zu erhalten, muß man ein Bewußtsein von ihr entwickeln. (Morgen erscheint in der WELT die Besprechung von Heußens neuestem Werk, „Versagen und Verhängnis", das sich mit dem „Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses" auseinandersetzt.)

HELLMUT DIWALD

„Man läßt sie einfach vor sich hindämmern“

Kritik an üblicher Behandlung der Schlaganfall-Patienten

JOCHEN AUMILLER, München

Der Schlaganfall ist fast so häufig wie der Herzinfarkt. Mehr als 100 000 Menschen sterben jährlich in Deutschland daran, etwa 200 000 erleiden ihn. Das Schicksal der Patienten bleibt ungewiß – trotz moderner Rehabilitationsverfahren, die bei vielen Kranken die oft schwer belastenden Folgezustände wie schwere Lähmungen und Siechtum vermeiden oder wenigstens lindern können. Auf der siebten Jahrestagung der Internationalen Neuropsychologischen Gesellschaft in Aachen beklagte Professor Klaus Poeck, daß vielen Patienten eine moderne Therapie vorenthalten werde: „Man läßt sie einfach vor sich hindämmern.“ Poeck ergänzte, daß auch viele Angehörige von den neuen Hilfsmöglichkeiten nichts wüßten. Vorurteile bestimmten vielfach das Verhalten gegenüber diesen Kranken, die oft als geistig behindert abgestempelt würden, obwohl zumindest ein Teil von ihnen „geistig voll da“ sei. Gerade sie aber müßten ihre Hilflosigkeit um so bedrückender empfinden, als sie in die Isolation getrieben würden.

Inzwischen kann mit ausgeklügelten Trainingsprogrammen erreicht werden, daß ausgefallene Hirnfunktionen wie Sprechen oder Lesen von anderen Hirnregionen übernommen werden. Auch operative Verfahren werden zunehmend eingesetzt. Damit können Hirnteile, die durch den Verschluß einer Hirnarterie nur mangelhaft mit Energie versorgt werden, über Umweggefäße besser durchblutet werden. Diese Eingriffe ähneln den sogenannten Bypassoperationen, mit denen heute schon vielen Herzinfarktpatienten wirksam geholfen wurde.

Aber nicht alle Hirninfarktpatienten kommen für solche „Umleitungsoperationen“ in Frage. Häufig liegt die Ursache der gedrosselten Blutzuleitung in dem „menschlichen Zentralcomputer“ außerhalb des Kopfes, vor allem im Alter. Die Pumpleistung reicht nicht mehr aus, um eine ausreichende Durchblutung des Gehirns aufrechtzuerhalten. Hier müssen die Mediziner versuchen, das Herz zu stärken. Aber auch Verengungen der Halsschlagader können an einer Mangelversorgung des *Gehirns* schuld sein. Solche Engstellen lassen sich ebenfalls operativ entfernen.

Entscheidend für eine möglichst erfolgreiche Therapie ist ihr frühzeitiger und ausreichend langer Einsatz. Und genau das ist der Schwachpunkt in der Versorgungspraxis. Wie Professor K.-A. Jochheim vom Rehabilitationszentrum der Universität Köln schreibt, müssen wirksame therapeutische Maßnahmen zur Verminderung des entstandenen Schadens „spätestens in den ersten 12 bis 24 Stunden nach dem Ereignis“ einsetzen. Verbesserungen sind *nicht* nach wenigen Tagen zu erwarten, sie kommen erst nach Wochen intensiver Therapie. Dem steht, so Jochheim, die Tendenz in den internen Krankenhausabteilungen entgegen, die Liegezeiten möglichst zu verkürzen. Für den Schlaganfall-Patienten bedeutet dies: „Schon sehr bald wird die Weiche in Richtung Altenpflegeheim gestellt, obwohl damit ein schwer vorstellbarer Freiheitsverlust für den Betroffenen und eine erhebliche finanzielle Belastung für die engere Familie und die öffentliche Hand verbunden ist.“ Weitere Verkürzungen der Liegezeiten in den Krankenhäusern haben vor allem für diese Patientengruppe fatale Konsequenzen: Die Kluft zwischen den heute üblichen und möglichen Therapieergebnissen wird noch größer.

Die Rehabilitation der Schlaganfall-Patienten – das fordern die Experten bereits seit langem – muß bereits in der Akutklinik beginnen und dann in einer Anschlußheilbehandlung adäquat von Fachleuten weitergeführt werden, ähnlich wie es für die Herzinfarktpatienten bereits gang und gäbe ist.



Kein „Händeschütteln“ unter den Computern

Shuttle-Defekt offenbar viel größer als angenommen

A. BÄRWOLF, Hamburg

Die Computer hatten sich mal wieder nicht die „Hände geschüttelt“. Und wenn die fünf Hauptcomputer an Bord des neuen US-Raumflugzeugs „Discovery“ nicht nahtlos elektronisch zusammenarbeiten, wird natürlich nicht geflogen.

Ein Reserveflugcomputer hatte gestern ausgetauscht werden müssen, als er neun Minuten vor der geplanten Startzeit eine Programmergänzung nicht annehmen wollte. Er wurde ersetzt durch ein identisches Gerät aus dem Schwesterraumschiff „Challenger“. Das neue Gerät arbeitet seitdem einwandfrei.

Das Nervensystem der komplexen geflügelten Raumflugmaschine Space *Shuttle ist das sogenannte* Avionik-System. Diese Avionik setzt sich aus mehr als dreihundert elektronischen Bauelementen, „Black Boxes“, zusammen, die über das ganze Raumflugzeug verteilt sind. Mehr als fünfhundert Kilometer Kabel verbinden die „Schwarzen Kästen“, die mit einem Satz von fünf Computern verbunden sind. Die in den fünf Computern gespeicherten und vom Datenverarbeitungssystem ausgeführten Programme sind ohne ihresgleichen und umfassen jeden Aspekt des Shuttle-Fluges vom Countdown bis zum Ausrollen. Diese komplizierte Computerelektronik ist der Hauptgrund dafür, daß die Sowjets bisher nicht mit einem Gegenstück zum Shuttle aufwarten können.

Die fünf Computer, jeder von ihnen nicht größer als ein kleiner Koffer, sind identisch und vollsynchronisiert. Vier der Computer, zu einer Gruppe zusammengeschaltet, sind die sogenannten Primärcomputer. Der fünfte, der am Montag ausgefallen war, ist der Reserverechner. Alle fünf müssen aber gleichzeitig und gleich gut funktionieren, obwohl ein Computer allein die gesamte Arbeit bewältigen könnte.

Einer der vier Primärcomputer ist der „Boss“. Wer es ist, bestimmen die Astronauten. Jeder Computer ist in der Lage, in der Sekunde rund 325 000 Rechnungen auszuführen. Und bevor der „Chef“ ein Kommando an ein Raumschiffsystem geben kann, wird unter den vier Rechnern demokratisch abgestimmt.

Dabei „unterhalten“ sich die Computer in jeder Sekunde 440 mal. Irrt sich der Boss nach Ansicht der anderen einmal, wird er überstimmt und abgesetzt. Automatisch übernimmt der nächste Computer das Kommando. Letztlich steht dann immer noch der Reservecomputer zur Verfügung.

Versagt auch der, sind die Astronauten auch dann noch nicht am Ende. Irgendwo im Shuttle ist noch ein 6. Computer gelagert – von einer anderen Firma. Mit dessen Hilfe und ihren eigenen Kalkulationen und Befehlen müssen die Astronauten das Raumflugzeug selber zur Erde zurückbringen.

Der Aufschub um 24 Stunden hat die Qualität der geheimen biologischen Substanz an Bord der „Discovery“ nicht beeinträchtigt.



Dauerwelle

FOTO: MANFRED VOLLMER

Stolz und Sorge beim Kölner Behindertenwerk

twk, Köln

Der Intarsienschrank im Sitzungszimmer zeigt in kunstvoller Verarbeitung sechs Gebäude, ganz aus verschiedenen Hölzern modelliert. Hergestellt hat diese Kostbarkeit ein Mann, der lediglich über einen Daumenstumpf, aber keine Finger verfügte. *Braucht ein solcher Behinderter* Fingerspitzengefühl für seine Arbeit? Nach Ansicht der katholischen Josefs-Gesellschaft, Besitzerin des Schranks, braucht er zunächst einmal intensive Fürsorge und eine sorgfältige Ausbildung.

Dieser Tage feiert die Josefs-Gesellschaft, der größte deutsche katholische Rehabilitationsträger für Körperbehinderte, ihren 80. Geburtstag. Sie hat sich die Betreuung körperbehinderter Menschen von der Wiege bis zur selbständigen Berufstätigkeit zum Ziel gesetzt. Aus einem bescheidenen *Anfang* im Jahre 1904 wurde eine private Gesellschaft mit 30 000 Mitgliedern. Sie besitzt Ausbildungszentren an zehn Orten, vorwiegend im Rheingebiet, und verfügt über erhebliche finanzielle Mittel. In drei Zentren in Nordrhein-Westfalen – Bigge, Maria Veen und Engers – hat die Gesellschaft jeweils einen Kindergarten, eine Internatsschule sowie ein Berufsförderungswerk. 2500 Patienten werden von 2000 Betreuern versorgt und ausgebildet. Die Ausbildung schließt moderne Technologie wie die Bedienung von Computern *mit ein.*

Im Jubiläumsjahr plagt den Vorstand nach den Worten seines Sprechers Clemens Kathke allerdings die Sorge, daß die Kosten für diese gewaltige Organisation ins Unermeßliche wachsen. Der Personalaufwand macht derzeit fast 80 Prozent des Etats der Gesellschaft aus. Die Krux liegt darin, daß es immer weniger Ordensmitglieder gibt, an deren Stelle Sozialarbeiter eingestellt werden müssen, die viel Geld kosten. Früher galt soziale Tätigkeit als Teil der christlichen Verkündigung, konnte also unentgeltlich angesetzt werden. Heute wiegen die bezahlten Laien die Arbeit der Ordensschwestern nicht auf. So stellte sich inzwischen heraus, daß die Arbeit einer Ordensschwester bestenfalls nur von zwei Laien bewältigt wird.

Doppelmord vom Grunewald aufgeklärt?

23jähriger Aushilfskellner gesteht diese und weitere Taten

F. DIEDERICHS, Berlin

Einer der schwierigsten Kriminalfälle der Berliner Nachkriegsgeschichte, der Doppelmord an zwei jungen Berlin-Besucherinnen aus Norwegen, ist aufgeklärt. Der letzte von insgesamt 699 Hinweisen und Spuren führte die Fahnder jetzt auf die Spur des 23jährigen Aushilfskellners Fredi Rudnik, der am Montag nach tagelangen Verhören ein Geständnis ablegte. Rudnik war festgenommen worden, nachdem er unweit seiner Arbeitsstelle im Europa-Center eine 19jährige Touristin aus München mit einer Pistole in einen Kellerraum entführt und dort vergewaltigt hatte.

Die junge Frau lieferte der Polizei eine präzise Täterbeschreibung, so daß Rudnik mehrere Stunden nach dieser Tat in seiner Wohnung festgenommen werden konnte. Routinemäßig ermittelten die Beamten auch bei diesem Fall, ob der Täter für den bis dahin ungeklärten Doppelmord im Berliner Grunewald im März 1982 in Frage kommen könnte. „Gewisse Parallelen zur Tatausführung“, so der Chef der Berliner Mordkommission, Werner Gerhard, „sind uns aufgefallen, da der Täter in beiden Fällen äußerst brutal und sadistisch vorgegangen ist.“

Womit dann keiner der verhörenden Beamten rechnete: Rudnik gestand „relativ schnell“, so die Kripo, das Verbrechen, das für Schlagzeilen weit über Berlin hinaus gesorgt hatte. Rudnik hatte damals die beiden 18 und 19 Jahre alten Schülerinnen, die zusammen mit 32 Mitschülern für eine Woche Berlin besuchten, vor einem Jazz-Keller kennengelernt. Er bot den Mädchen an, sie in eine Pizzeria zu fahren. Nachdem diese dort eine Pizza gekauft hatten, fuhr er sie nicht zu dem Musiklokal zurück, sondern steuerte seinen Wagen in den menschenleeren Grunewald. Dort schüchterte er die Frauen mit einer Pistole ein, fesselte eines der Mädchen an einen Baum und vergewaltigte die andere junge Frau. Anschließend sperrte er dieses Opfer in den Kofferraum und befreite das gefesselte Mädchen, das wieder auf dem Beifahrersitz Platz nehmen mußte. Als es von dort unvermittelt aus dem Auto sprang, fuhr er hinter ihr her und überrollte sie. Die Tote schleifte er dann in den Wald. Mit ihrer noch im Kofferraum eingesperrten Freundin fuhr er mehrere Stunden ziellos im Stadtgebiet herum, kehrte schließlich in den Wald zurück und erdrosselte sie dort.

Einer, der nach Berlin kam, um der Bundeswehr zu entgehen: Fredi Rudnik. FOTO: DPA

Im Zuge der Vernehmungen gestand Rudnik der Polizei noch elf weitere Sexualverbrechen an jungen Frauen. Von den Betroffenen hatten bisher nur vier die Tat angezeigt.

Derzeit ungeklärt ist noch die Frage, ob Rudnik für weitere Verbrechen in Berlin und in seiner Heimatstadt Bochum verantwortlich ist. Denn auch im Ruhrgebiet trat er bereits mehrfach als Krimineller in Erscheinung. Die Bochumer Kriminalpolizei teilte dazu mit, Rudnik habe bereits als Elfjähriger versucht, die Bundesbahn zu erpressen. Als 15jähriger versuchte er, eine Elfjährige zu mißbrauchen. Dafür erhielt er eine langjährige Jugendstrafe, nach deren Verbüßung er psychiatrisch behandelt wurde. 1980 siedelte er, um nicht zur Bundeswehr zu müssen, nach Berlin über.

Psychogramme entlarven die Täter

dpa, Washington

Als die Polizei in einer Großstadt des amerikanischen Mittelwestens vor einigen Monaten die Leichen von zwei Teenagern entdeckte, konnte sie die beiden rasch identifizieren. Aber die Beamten hatten keine Vorstellung, wer sie warum umgebracht hatte. Etwa 300 solcher Fälle gibt es jährlich in den USA. Hilfe bei ihrer Lösung erhielt die örtliche Polizei von der amerikanischen Bundespolizei FBI, die ein Psychogramm des Täters ausarbeitete.

Ausgehend von diesem erstellten Persönlichkeitsprofil, konzentrierte die *Polizei ihre Nachforschungen auf* den Stiefvater des Mädchens. Auf ihn paßte die Beschreibung. Den Beamten gelang es, genug Beweismaterial zu ermitteln, um eine Mordanklage zu ermöglichen. Der Mann wurde verurteilt.

Seit sieben Jahren wendet das FBI diese Methode in unerklärlichen Mordfällen an. Mit Erfolg. In 70 Prozent der aufgeklärten Fälle war das Psychogramm zutreffend. Zuständig für diese Psychogramme ist die Sondereinheit für Verhaltensforschung, die der FBI-Hochschule in Quantico / Virginia angeschlossen ist.

Die Technik klingt denkbar einfach. Die FBI-Spezialisten haben Hunderte von Mordfällen genau analysiert und sich mit den Charakteren der ermittelten Tätern befaßt. Tritt ein neuer Fall auf, versuchen sie einen vergleichbaren zu finden, um dann Rückschlüsse auf den Täter zu ziehen.

So hat das FBI herausgefunden, daß ein Täter, der so vorsichtig ist, die Leichen in einen Fluß zu werfen, vermutlich älter ist. Werden die Opfer in einem abgelegenen Gebiet entdeckt, *deutet dies auf jemanden, der sich oft* im Freien aufhält. Je bösartiger die Verletzungen der Opfer sind und je mehr sie sich gegen die Geschlechtsorgane richten, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Opfer ihren Mörder kannten. Ein Mörder, der sein Opfer von Angesicht zu Angesicht tötet, will es sterben sehen. Von einem Mann, der ein Vergewaltigungsopfer mit nur einem Schnitt durch die Kehle tötete, nehmen die Profis an, daß er schon vorher gemordet hat.

Kokainhändler überrumpelten Spezialfahnder

dpa, Hannover

Mit 700 000 Mark aus der niedersächsischen Staatskasse haben sich zwei Rauschgifthändler in Hannover davongemacht. Die beiden Männer, nach denen jetzt im In- und Ausland gefahndet wird, ließen es erst gar nicht zu dem von der Polizei geplanten Scheingeschäft kommen, sondern überrumpelten den Spezialfahnder des Landeskriminalamtes. Der Rauschgiftexperte des LKA hatte seit 1983 Kontakte zu einem 44 Jahre alten österreichischen Kaufmann, der ihm fünf Kilo Kokain für 700 000 Mark anbot. Diese Menge entspricht einem Handelswert von rund zwei Millionen Mark. Die Männer vereinbarten ein Treffen in einem hannoverschen Hotel. Dort erschien ein 37 Jahre alter Jugoslawe als Verkäufer. Der Mann bestand darauf, den Handel in einem Hotel in der Nähe des Flughafens vorzunehmen. Die etwa 30 an dem Einsatz beteiligten Polizeibeamten mußten deshalb umgeleitet werden. Bevor der LKA-Spezialfahnder mit dem Jugoslawen das Hotelzimmer betrat, wurde er von einem plötzlich auftauchenden zweiten Täter überwältigt. Beide Männer verschwanden mit dem Geld. Das Funkgerät des Überrumpelten war ausgerechnet zu diesem *Zeitpunkt* ausgefallen, so daß der Kripo-Mann erst über das Haustelefon seine Kollegen verständigen konnte. Sollte das Geld, das von einer hannoverschen Bank zur Verfügung gestellt wurde, nicht auftauchen, wird das Land Niedersachsen dafür geradestehen müssen.

Zu Tode geschleift

AP, Wieselrieth

Drei Holländer sind bei einem schweren Verkehrsunfall bei Wieselrieth im Oberpfälzer Landkreis Neustadt an der Waldnaab ums Leben gekommen. Der Fahrer eines rumänischen Lastzuges mißachtete eine Vorfahrt.

Heroinopfer

dpa, Frankfurt

Mit einer Überdosis Heroin hat ein 16jähriger in Frankfurt seinem Leben ein Ende gesetzt. Seine Leiche wurde Montag abend in der Wohnung seiner Freundin gefunden. In diesem Jahr wurden in Frankfurt schon 16 Rauschgifttote gezählt.

Riesen-Leuchtturm

AFP, Paris

Der größte Leuchtturm der Welt wird im nächsten Jahr vor der bretonischen Insel Quessant in Dienst genommen. Die Baukosten werden auf rund 70 Millionen Mark geschätzt. Der Turm wird 100 Meter aus dem Wasser ragen. Sein Leuchtstrahl hat eine Reichweite von rund 50 Kilometer.

Skandal um Tierarzt

dpa, London

Ein Chirurg an einem Krankenhaus der südenglischen Stadt Canterbury ließ sich bei einer Bruch-Operation von einem befreundeten Tierarzt helfen. Jetzt mußte er seinen Posten quittieren. Dem Patienten, den der Tierarzt lediglich zu Beginn und zum Schluß der Operation mitverarztete, entstand kein Schaden. Dennoch erregte der Vorfall in England ungeheures Aufsehen. Der Ärztesprecher, John Dawson, erklärte, im Schadensfall wäre jeder Versicherungsschutz hinfällig.

Mieterprobleme

AFP, Paris

Marlene Dietrich soll nach Informationen der Zeitung „France Soir“ möglicherweise aus ihrem Luxusappartement geworfen werden. Die 82jährige weigert sich hartnäckig, die angeblich immensen Nebenkosten zu zahlen. Nunmehr haben die Besitzer, drei belgische Millionärsbrüder, ein Verfahren angestrengt. Am 12. Juli wird verhandelt. Die Vermieter wollen angeblich „aufs Ganze gehen“.

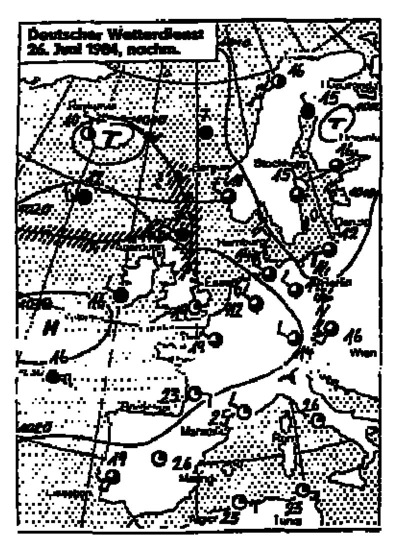
Doch kein UFO

rtr, Moskau

Die gewaltige Explosion in Sibirien am 30. Juni 1908 ist nach neuesten Berichten nicht durch die Bruchlandung eines außerirdischen *Flugkörpers* verursacht worden. Bei Tass hieß es, Wissenschaftler der sibirischen Meteoritenkommission hätten keine radioaktiven Rückstände festgestellt. Nach Meinung einiger Experten war an dieser Stelle ein nuklear betriebenes UFO abgestürzt.

WETTER: Im Süden wärmer

Wetterlage: Während sich ein Hochkeil von Westen her in den Süden Deutschlands vorschiebt, wird der übrige Bereich weiterhin von kühler und wolkenreicher Meeresluft beeinflußt.



Vorhersage für Mittwoch:

Norden, Westen und Berlin: Meist stark bewölkt und gelegentlich leichter Regen. Nachmittagstemperaturen 14 bis *18 Grad*, nächtliche Tiefstwerte um 12 Grad.

Süden und Südwesten: Heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Nachmittagstemperaturen 20 bis 23 Grad, im Südwesten bis 25 Grad, nächtliche Tiefstwerte um 12 Grad.

Weitere Aussichten:

Noch keine durchgreifende Wetteränderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	29°
Bonn	15°	Kopenh.	18°
Dresden	11°	Las Palmas	20°
Essen	12°	London	19°
Frankfurt	16°	Madrid	26°
Hamburg	14°	Mailand	27°
List/Sylt	13°	Mallorca	28°
München	14°	Moskau	19°
Stuttgart	17°	Nizza	23°
Algier	23°	Oslo	17°
Amsterdam	16°	Paris	19°
Athen	27°	Prag	12°
Barcelona	24°	Rom	26°
Brüssel	17°	Stockholm	15°
Budapest	15°	Tel Aviv	30°
Bukarest	19°	Tunis	23°
Helsinki	16°	Wien	16°
Istanbul	19°	Zürich	19°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 4.52 Uhr, Untergang: 21.51 Uhr; **Mondaufgang:** 3.49 Uhr, Untergang: 21.46 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Freibeuter halten Kurs auf Stevensons „Schatzinsel“

dpa, San José

Eine kleine Insel im Pazifik, rund 500 Kilometer vom zentralamerikanischen Festland entfernt, feiert Jubiläum: 1684 gab der englische Freibeuter William Dampier einen 30 Quadratkilomter großen Basaltfelsen seinen noch heute gültigen Namen: „Kokos-Insel“ – nach der Bepflanzung. Der steil aus dem Pazifik aufragende Felsen, rund 4,5 Kilometer breit und sechs Kilometer lang, auf dem Durchschnittstemperaturen von 26 Grad Celsius herrschen bei einer Luftfeuchtigkeit von nahezu 100 Prozent, beflügelt immer wieder die Phantasie der Schatzsucher auf allen Kontinenten.

Die Insel, die heute zu Costa Rica gehört, regte Robert Louis Stevenson zu seinem Buch „Die Schatzinsel“ an. Unter den Piraten war die Insel wegen ihrer abgeschiedenen Lage und als Nahrungsmittel- und Frischwasserdepot beliebt und beherbergt aus dieser Zeit eine ganze Reihe von Schätzen. Im Handbuch des British Foreign Office, Band XXII/1920, steht ein Satz, der immer wieder Anstoß für Expeditionen gab und gibt: „Die Existenz verborgener Schätze auf der Insel ist erwiesen und seit vielen Jahren nicht nur den Einwohnern von Costa Rica, sondern in allen bedeutenden Küstenstädten von Lima bis Vancouver allgemein bekannt.

*Wieviel die hier vergrabenen Pira*tenschätze wert sind, wagt niemand zu schätzen. Hunderte von Expeditionen fanden allein in diesem Jahrhundert statt. Die Glücksritter hatten es aber vor allem auf den legendären Staats- und Kirchenhort von Peru abgesehen, der seit 1821 als verschollen gilt. Sein heutiger Wert wird auf mindestens 250 Millionen Mark geschätzt.

Als bester Kenner der Kokosinsel gilt der in Costa Rica lebende deutschstämmige Schriftsteller Peter Disch-Lauxmann. Nach zwölfjähriger Recherche glaubt er zu wissen, warum bisher nur so wenig Ergiebiges gefunden wurde: Die Insel ist vulkanischen Ursprungs. Erdbeben, Regenfälle und Erdrutsche verändern zudem das Landschaftsbild ständig. Selbst die Piraten würden ihre alten Verstecke nicht mehr wiederfinden.

MEXIKO · Kokos-Insel · KOLUMBIEN · PERU

Kaum eine andere Schatzinsel wird so sehr mit Deutschen in Verbindung gebracht wie das von Kokospalmen und Orchideen überwucherte Paradies im größten Ozean der Erde. Einmal wurde der einstige Piratenstützpunkt sogar „im Namen Kaiser Wilhelms“ von einem „Kapitän Schwarz vom Dampfer Nemo“ in Besitz genommen. Das war vor 100 Jahren, am 31. Januar 1884. Ein peinlicher Irrtum, denn schon damals gehörte die Kokosinsel zum Staatsgebiet Costa Ricas.

Viel enger mit dem geheimnisvollen Basaltfelsen ist ein anderer deutscher Name verknüpft, der des bei Stettin gebürtigen August Gissler. Durch Erlaß des costaricanischen Präsidenten wurde er am 11. November 1897 zum ersten und bislang einzigen Gouverneur der Kokosinsel ernannt. Gissler, ein weitgereister Abenteurer, hatte dort wenige Jahre zuvor mit seiner Frau Clara und einigen deutschen Familien eine Siedlung gegründet. Das eigentliche Ziel aber waren die Piratenschätze. 20 Jahre verbrachte Gissler auf der Insel. Er fand ganze 33 Goldmünzen.

Auch der deutsche Weltumsegler Rollo Gebhard träumt von der Kokosinsel. 1975 stattete er ihr einen Besuch ab. Die verblüffendste Entdeckung machte Gebhard, als er auf das steinerne Tagebuch in der Chatham-Bucht stieß: Hunderte von *Inschriften aus den letzten 300 Jahren* waren in Felsblöcke gemeißelt. Darunter 1935 die des „Seeteufel Graf Luckner“. Dieser hatte im ersten Weltkrieg mit seinem Schiff Kapertouren auf eigene Faust unternommen.

Der Suche nach den Schätzen der Kokosinsel hat sich der 1981 in Berlin gegründete Verein „Kultur-Schatz-Forschung Cocos e.V.“ verschrieben. Ihr erklärtes Ziel: Eine eigene Expedition. FRANZ-JOSEF H. ANDORF

ZU GUTER LETZT

„Streik? Jetzt tapezieren. Farbe und Tapeten zu Sonderpreisen.“ Hinweistafel vor einem Mannheimer Farbengeschäft.